

Klare Verhältnisse für ein modernes Österreich

Die Nationalratswahlen 1970 und 1971



Foto: Rudolf Blaha

Die Radio-Berichterstattung des ORF über Wahlkampf und
Wahltag bei den Nationalratswahlen 1970 und 1971

verfasst von

Mag. Tina Plasil

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung

2. Die Nationalratswahlen 1970

2.1. Vorbedingungen

2.2. Der Wahlkampf 1970

2.2.1. Der Wahlkampf der SPÖ

- a) Selbstdarstellung der Partei: Ein modernes Image
- b) Bruno Kreisky Medienstar
- c) Kritik an Politik und Gruselpopaganda der ÖVP
- d) Testimonialwerbung - wer bekennt sich zur SPÖ
- e) Die Männer im Hintergrund

2.2.2. Der Wahlkampf der ÖVP

- a) Fortschritt und Sicherheit
- b) Attacken und Gruselpopaganda gegen die SPÖ
- c) Der kamerascheue Bundeskanzler

2.2.3. Der Wahlkampf der FPÖ

- a) Formel 70 - damit die Richtung stimmt
- b) Nein zur SPÖ

2.2.4. Der Wahlkampf der KPÖ

2.2.5. Koalitionsmöglichkeiten

2.2.6. Wählerrends im Laufe des Wahlkampfes

2.2.7. Resümee

2.3. Der Wahltag: 1. März 1970

2.3.1. Technik und Struktur

2.3.2. Hochrechnungen und Stellungnahmen

2.4. Wahlergebnisse und Folgen

3. Die Nationalratswahlen 1971

3.1. Vorbedingungen mit veränderten Vorzeichen

3.2. Der Wahlkampf 1971

3.2.1. Der Wahlkampf der SPÖ

- a) Klare Verhältnisse
- b) Werbezuckerl für die Jugend
- c) Bruno, der Sonnenkönig
- d) Testimonialwerbung

3.2.2. Der Wahlkampf der ÖVP

- a) Kritik an der sozialistischen Regierung
- b) 107 Vorschläge für Österreich
- c) Verwirrung durch zu viele Personen
- d) Die Unabhängigen und die Schlammschlacht

3.2.3. Der Wahlkampf der FPÖ

3.2.4. Der Wahlkampf der KPÖ

3.2.5. Andere Parteien

3.2.6. Koalitionsmöglichkeiten

3.2.7. Resümee

3.3. Der Wahltag: 10. Oktober 1971

3.3.1. Technik und Struktur

3.3.2. Hochrechnungen und Stellungnahmen

3.4. Wahlergebnisse und Folgen

4. Literatur

1. Einleitung

Die Nationalratswahlen 1970 und 1971 stellten einen Umbruch in der österreichischen Innenpolitik dar. 1970 löste die SPÖ-Minderheitsregierung die ÖVP-Alleinregierung ab, 1971 wurde die SPÖ in den Neuwahlen in ihrem Amt bestätigt und bildete mit einem Stimmenzuwachs von 1,6 Prozent eine Alleinregierung, die bis 1983 fortgesetzt werden sollte.

Bahnbrechend war nicht nur das Umschwenken von schwarz auf rot, sondern auch das erstmalige Wirksamwerden des Mediums Fernsehen im Wahlkampf. Auf dieses Thema wird in allgemeinen Werken, sowie auch in speziellen Diplomarbeiten das Augenmerk gelegt, wie auch auf die Wirkung der üblichen Plakatwerbung und deren Veränderung in den Siebzigerjahren.

Es ist klar, dass durch das Auftreten von Fernsehen nicht nur die Plakatwerbung, sondern auch der Hörfunk in den Hintergrund gedrängt wurde. Dennoch darf man nicht vergessen, dass im Jahr 1970 noch nicht jeder Haushalt über einen Zugang zu dem neuen Medium verfügte. 1968 gab es schon (oder lediglich) 1.125.126 gemeldete TV-Geräte in Österreich.¹ Demgegenüber standen 2.011.771 Hauptbewilligungen für Radiogeräte im Jahr 1970. Der Hörfunk galt damals immer noch als schnellste und ortsunabhängige Informationsquelle.²

In der Literatur wurde der Hörfunk so gut wie gar nicht erwähnt. Grund dafür war wohl der bisher limitierte Zugang zu den Radio-Journalen, man konzentrierte sich auf Plakatwerbung und das neue Medium Fernsehen. Interessanterweise gibt es spezielle Diplomarbeiten über die Wahlkampfführung der SPÖ, nicht jedoch über jene der ÖVP, was zu einer geringeren Informationsdichte im Bereich Wahlkampf der Konservativen führt. Im Gegensatz dazu wird in den Journalbeiträgen auf alle Parteien eingegangen. Ein weiterer Mangel in der Literatur stellt die Tatsache dar, dass dem Wahlkampf 1970 sehr große Aufmerksamkeit gewidmet wurde, den Neuwahlen von 1971 jedoch nicht. Das ist verständlich, da es in der Parteispitze und Wahlkampfführung der SPÖ 1970 große Veränderungen gegeben hatte, die 1971 im Prinzip einfach weitergeführt wurden. Dennoch war auch die Wahl 1971 wichtig, schließlich ging es um die Entscheidung SPÖ-Alleinregierung oder Rückkehr zur großen Koalition. In den Hörfunkjournalen wurde über den Wahlkampf 1971 natürlich genauso ausführlich berichtet wie 1970, wobei hier darauf hingewiesen werden soll, dass im ORF nur ausgewählte Beiträge aufgehoben wurden. Somit ist keine komplette Sicht auf die Berichterstattung möglich. Aus Wahlzeiten sind von 1971 etwas mehr Beiträge vorhanden als von 1970.

Es lässt sich unschwer feststellen, dass in den Journalen weniger von wahltaktischen Überlegungen die Rede ist, als von Tatsachen, Aussagen und Zahlen: Wer könnte mit wem eine

¹ Lepuschitz, Dinah. Die Nationalratswahlen der Zweiten Republik im Spiegel der Plakate. Wien 1996. S.83

² Wocheisländer, Jutta. Die Rolle der Medien bei den Nationalratswahlen der Zweiten Republik. Wien 2002. S. 185

Koalition eingehen, welche Partei liegt wie weit vorne, wer hat was über wen gesagt. Im distanzierten Blick der Wissenschaft rücken Taktik und Strategie in den Vordergrund. Im tagesaktuellen Geschehen sind hingegen die Fakten relevant. Dies spiegelt sich je nach Thema in der Menge der zitierten Literatur bzw. Journalbeiträge wider. Spezielles Augenmerk wurde auf die Sonderberichterstattung am Wahltag gelegt.

In der vorliegenden Arbeit soll erstmals auch der Hörfunk in die Analyse der Wahlberichterstattung einbezogen werden. Diese Arbeit soll damit beispielhaft für weitere Projekte wirken, die sich speziell mit der politischen Darstellung von Ereignissen im Hörfunk beschäftigen wollen.

2. Die Nationalratswahlen 1970

2.1. Vorbedingungen

In der Zweiten Republik hatte sich bis 1966 immer die große Koalition durchgesetzt, wobei die ÖVP die stärkere Partei war und den Bundeskanzler stellte. Ausnahme war die provisorische Regierung 1945 unter Karl Renner. Seit 1949 hatte eine kontinuierliche Verschiebung von „rechts nach links“ stattgefunden, die SPÖ hatte ihre Stimmen bis 1971 von 39 auf 50 Prozent erhöht.³

Im Jahr 1966 bekam die ÖVP 47 Prozent der Stimmen und bildete unter Bundeskanzler Klaus eine Alleinregierung. Diese sah sich vor allem mit wirtschaftlichen Problemen konfrontiert, da sich die westliche Welt in den späten Sechzigerjahren in einer Rezession befand. Die Wachstumsrate des Bruttonationalprodukts sank, ebenso die Produktionsrate der österreichischen Industrie, die Lohnsumme in der Industrie blieb jedoch gleich, was real bedeutete, dass die Lohnsumme sank. Die Wirtschaftsrezession zwang die ÖVP-Regierung zu unpopulären Maßnahmen, vor allem im Bereich der Steuern durch die Einführung von Sonderabgaben. Für Kriechbaumer waren dies „richtige wirtschaftspolitische Maßnahmen“, die sich jedoch erst Ende 1969 auszuwirken begannen. Bis 1970 war die Wachstumsrate bei einer geringen Inflation gestiegen, eine Entwicklung, von der die Klaus-Regierung nicht mehr profitieren konnte, obwohl sie dafür die Basis geliefert hatte.⁴

Doch 1970 war Österreich noch das Schlusslicht Westeuropas. Pro-Kopf-Einkommen und Lebensstandard waren damals nur in den drei europäischen Diktaturen Griechenland, Spanien und Portugal schlechter.⁵

Nach den Wahlen 1966 fand sich die SPÖ erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg in der Oppositionsrolle wieder. Sechs Prozent trennten sie von der ÖVP - eine bisher nie da gewesene Differenz.⁶ Wie nach Wahlniederlagen allgemein üblich, kam es zu einem Wechsel an der SPÖ-Spitze. 1967 löste Bruno Kreisky den bisherigen SPÖ-Parteiboss Bruno Pittermann ab. Gleichzeitig nutzte die SPÖ die folgenden vier Jahre, um notwendige Reformen und Veränderungen innerhalb der Partei durchzuführen.

³ Kriechbaumer, Robert. Österreichs Innenpolitik 1970 – 1975. München, Wien 1981. S. 79

⁴ Ders. S. 15.

⁵ Rachbauer, Thomas. Das Wahlkampfmanagement der SPÖ bei den Nationalratswahlen von 1970 bis 2002. Hall in Tirol 2003. S.55

⁶ Kriechbaumer. S. 14

2.2. Der Wahlkampf 1970

2.2.1. Der Wahlkampf der SPÖ

Bei der SPÖ ließ sich kein genauer Anfang des Wahlkampfes feststellen. In den vier Jahren der Opposition wurde dauerhaft Vorarbeit geleistet. Vielmehr muss man die Reformen innerhalb der Partei seit 1967 schon als Vorbereitung auf die Wahlen von 1970 werten. Das Image der SPÖ änderte sich in einem längeren Prozess, nicht erst kurz vor der Wahl.⁷

Der neue Parteichef Kreisky überließ die „Kleinarbeit der Opposition“ anderen und hielt sich im Parlament zurück. Weiters nützte er die folgenden drei Jahre, um sich auf den Persönlichkeitswahlkampf 1970 vorzubereiten, das heißt, seine Person in der Öffentlichkeit aufzubauen und sich dem „Wähler als staatsmännischer Spitzenkandidat“ zu präsentieren. Demgegenüber stand der „Abbau und Verschleiß“ des Gegenkandidaten Bundeskanzler Klaus, der als Regierungschef dauernd im Kreuzfeuer der Interessen und Oppositionsparteien stand. Gleichzeitig sollte das Ansehen des ÖVP-Spitzenkandidat Klaus noch herabgesetzt werden – die SPÖ ließ in ihren Oppositionsjahren keine Möglichkeit aus, den VP-Regierungschef zu kritisieren. Allerdings, so Vodopivec, gab Klaus auch genügend Anlass dazu.⁸ Kreisky war aber darauf bedacht, nicht selbst das Image des unsympathischen „Neinsagers“ auf sich zu laden, sondern überließ die Kritik an der Regierungspolitik anderen, besonders dem ehemaligen Parteichef Pittermann.⁹ Dem entgegenzusetzen, wäre meine persönliche Wahrnehmung beim Hören der Hörfunkjournale der späten Sechzigerjahre, wo mir dennoch Kreisky als der Hauptkritiker in der SPÖ aufgefallen war. Das mag aber auch mit Kreiskys Versuch zusammenhängen, sich so oft wie möglich in der Öffentlichkeit zu zeigen, um an seinem Bekanntheitsgrad und der Darstellung seines politischen Geschicks zu arbeiten.

Nicht nur an Kreiskys Persönlichkeit, sondern an der gesamten SPÖ wurde gefeilt. Die Partei sollte sich öffnen, modernisieren, individualisieren. Durch Kreiskys Charakter verlor die SPÖ ihr Proletarierimage, man verzichtete auf die klassische sozialistische Ideologie. Kreisky versuchte sich als Großbürger darzustellen, eine „Mischung aus Bourgeois und Sozialist“.¹⁰ Man verzichtete fast zur Gänze auf die Erörterung von Ideologie und Grundsatzfragen.¹¹

⁷ Gruber, Wolfgang. Die Nationalratswahlkämpfe der SPÖ von 1970 – 1990. Ein Beispiel für die Übernahme ökonomischer Werbemethoden in die politische Werbung. Wien 1994. S. 70

⁸ Vodopivec, Alexander. Der verspielte Ballhausplatz. Vom schwarzen zum roten Österreich. Wien, München, Zürich 1970. S. 166 f.

⁹ Gruber. S. 70

¹⁰ Kriechbaumer. S. 20 und 22

¹¹ Lepuschitz. S. 89

Weiters wurde schon weit im Vorfeld ein überzeugendes Parteiprogramm präsentiert, entwickelt von der imposanten Anzahl von 1.400 Experten. Diese kamen nicht nur aus der sozialdemokratischen Liga, sondern auch aus dem bürgerlichen Lager.¹² Das Parteiprogramm gab den Österreichern das Gefühl, dass man Österreich moderner machen könnte¹³. Es stellte einen Kontrapunkt zur „Aktion 20“ dar, die 1966 von der ÖVP vorgelegt worden war, und sollte politische Alternativen erarbeiten.¹⁴ Es umfasste Wirtschafts-, Human-, Sozial-, Justiz-, Wohnbau- und Kulturprogramm. Das Programm wurde über die Parteigrenzen hinweg auch in der Öffentlichkeit besprochen. Durch die wissenschaftliche und nicht parteipolitische Fundierung des Programms, erlangte die SPÖ ein Image des modernen, technischen Fortschritts. Gleichzeitig distanzierte sich Kreisky von der KPÖ, erklärte schon 1969, keine Koalition eingehen zu wollen und machte auch dadurch einen weiteren Schritt in Richtung Mitte.¹⁵ Kreisky hatte es geschafft, einer der Parteien Europas, die der Tradition am meisten verhaftet war, ein neues Antlitz zu geben.¹⁶ Dadurch wurden neue Wählerschichten angesprochen.

Kreisky sagte offenherzig, dass er alle einlade, ein Stück des Weges mit ihm zu gehen. Als letzte kamen bürgerliche Wähler zu dem SP-Wählerblock dazu, sie waren aber 1983 auch die ersten, die sich von der SPÖ wieder abwandten. Es scheint also zutreffend, dass die Persönlichkeit und das Politikverständnis Kreiskys für einige Zeit auch bürgerliche Wähler anzusprechen vermochten.¹⁷ Kriechbaumer zitiert den Historiker Fritz Kaufmann, der sagte, dass „...seit den Tagen Viktor Adlers ... keine Persönlichkeit die Leitung der sozialistischen Partei übernommen“ habe, „die weniger den populären Vorstellungen von einem Führer der roten Arbeiter entsprach als Kreisky.“¹⁸

Die Intensivphase des Wahlkampfes begann ungefähr zwei Monate vor dem Wahltag, also im Jänner 1970. Einerseits standen die kritischen Punkte der SP-Wahlkampfplanung bereits fest, andererseits hatte man aber stets das Verhalten der politischen Gegner vor Augen, um darauf flexibel reagieren zu können.¹⁹ In allen Parteien startete der Wahlkampf durchaus aktiv, mit Plakat- und Inseratenreihen, klang dann aber zum Wahltag hin ab. Offenbar ging man davon aus, dass sich der Wähler schon lange vor der Wahl entscheiden würde.²⁰

¹² Gruber. S. 69 f.

¹³ Kriechbaumer. S. 21 f.

¹⁴ Wochesländer. S. 181.

¹⁵ Gruber. S. 69 f.

¹⁶ Kriechbaumer. S. 22

¹⁷ Rachbauer. S. 60

¹⁸ Kriechbaumer. S. 16

¹⁹ Rachbauer.. S. 58

²⁰ Hölzl, Norbert. Propagandaschlachten. Die österreichischen Wahlkämpfe 1945 bis 1971. Wien 1974. S. 140

a) Selbstdarstellung der Partei: Ein modernes Image

Die SPÖ führte im Jahr 1970 erstmals einen fortschrittlichen und modernen Wahlkampf: Sie konzentrierte sich auf Positivwerbung und verzichtete, bis auf wenige Ausnahmen, auf boshafte Diffamierung des Gegners.²¹ Die Wahlplakate waren sachlich und meist emotionsfrei gegen die ÖVP gerichtet.²² Durch ihre neue Werbestrategie verzichtete die SPÖ auf Angsterzeugung und beschränkte sich lediglich auf ein paar Seitenhiebe in Richtung ÖVP.²³

Im Vordergrund des SPÖ-Wahlkampfes stand also die Werbung für das neue Image der Partei. Unter diesem Gesichtspunkt wurden Forderungen und Versprechen für die Entwicklung eines modernen Österreichs publiziert. Grundlagen dabei waren laut Gruber:

- Die Eindämmung der Preissteigerungen und die Stabilität des Schillings
- Der Bau von 775.000 neuen Wohnungen in den folgenden zehn Jahren
- Die Verkürzung des Präsenzdienstes auf 6 Monate
- Die Schaffung moderner Schulen und besserer Bildung für alle
- Die schnelle und weitere Industrialisierung des Landes, um die Arbeitsplätze und den Wohlstand zu sichern

Mit Ausnahme der Präsenzdienstzeitverkürzung und dem Wohnungsbau, wofür es konkrete Pläne gab, waren alle Forderungen und Ziele eher vage formuliert.²⁴ Dennoch hatte die SPÖ mit ihren 1.400 Experten die Aura der Ordnungsmacht mit wissenschaftlichem Touch um sich.²⁵

Der Slogan „Wählen Sie das moderne Österreich – SPÖ“ war allgegenwärtig, vor allem auf den Werbeplakaten. Darunter standen variable Phrasen wie „Steigende Kaufkraft. Ein gesundes Leben.“, „Mehr und bessere Wohnungen erreichbar für alle.“, „Moderne Industrien, sichere Arbeitsplätze, stabile Währung“ oder „Fortschrittliche Bildung, Aufstieg für jeden, alle sollen es besser haben.“ Man konzentrierte sich demnach auf einen einprägsamen Slogan, der sich auf allen Plakaten wiederholte. Auch dieses Faktum ist ein Beispiel für die neue Wahlkampf-Ära der SPÖ. Gleichzeitig zierten Bilder glücklicher Frauen, Männer und Kinder die Plakate, abgebildet im Supermarkt, am Arbeitsplatz und in der Schule. Interessant war, dass der Mann am Arbeitsplatz ein Vertreter der Mittelklasse und kein Arbeiter war. Das konnte als Symbol für die veränderte Gesinnung der SPÖ, die von nun an nicht mehr nur als Arbeiterpartei auftreten wollte, verstanden werden. Letztlich konnte die SPÖ auch den Wähler von diesen selbst gestalteten Qualitäten überzeugen.²⁶ „Modern“ war das Schlagwort der SPÖ im Jahr 1970: Der Wahlkampf war modern, die Partei war modern, die Inhalte waren modern. Und mit ihnen sollte

²¹ Gruber. S. 76

²² Wochezländer. S. 181

²³ Lepuschitz. S. 84

²⁴ Gruber. S.72 f.

²⁵ Hölzl. S. 155

²⁶ Lepuschitz. S.84 f.

auch Österreich modern werden. Neben dem Schlagwort „modern“ warb man mit Weitblick und Zukunftsperspektive. Das wurde unter dem Motto „Bessere Lebensqualität“ angepriesen. Die SPÖ gab sich als zukunftsorientierte Partei, die den wirtschaftlichen Aufschwung bringen und die Gesellschaft offener und toleranter machen wollte.²⁷

Bei der Erstellung der Kandidatenliste stützte sich die SPÖ auf das Motto „Erfahrung und Erneuerung“. „Erfahrung“ sollte implizieren, dass erfahrene, bewährte Leute im Team verblieben. Mit „Erneuerung“ zeigte man an, dass mit der Einsetzung neuer Gesichter, auch Offenheit, Flexibilität und Modernität in die SPÖ einziehen würden. Am 12. Jänner 1970 fixierte der SPÖ-Parteirat einstimmig die Kandidatenliste für die Nationalratswahlen. Auch für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Sicherheit im Land hielt sich die SPÖ für verantwortlich. Der SPÖ-Vorsitzende Kreisky erklärte dies zum wichtigsten Gebot und betonte, dass es nicht das Verdienst der ÖVP-Regierung gewesen wäre:

„Wer anderes als die sozialistische Partei hat diese ruhige Entwicklung gewährleistet? Denn die sozialistische Partei war sich auch in der Opposition ihrer ganzen Verantwortung bewusst. (...) Und wahrlich: Der Provokationen hat es genug gegeben. Die sozialistische Partei hat auch in der Opposition mit Verantwortungsbewusstsein gehandelt, sie ist mit einer Tradition aus der Zeit der Regierungsbeteiligung treu geblieben. Und sie wird auch in Zukunft ein Garant dieser Grundsätze eines geordneten, demokratischen Staatswesens sein. (...)“²⁸

Die ÖVP-nahe Zeitschrift „Conturen“ gab zwar zu, dass der Wahlkampf der SPÖ „sehr argumentativ und einprägsam“ geführt wurde, doch führte das zu einer direkten Kritik: „Es gelang ihr [Anm.: der SPÖ] damals, die bisherige Regierung „madig“ zu machen und sich selbst als Zukunftspartei, als Partei des „modernen Österreichs“, darzustellen. Auch die Sachkompetenz holte die SPÖ rasch an sich, nachdem sie mit ihren „1.400 Experten“ an die Öffentlichkeit trat, die sie der „Aktion 20“ der Volkspartei nachempfunden hatte. Leider hat die ÖVP die Tatsache, dass sie mit der „Aktion 20“ als erste Partei die wissenschaftliche Politikberatung in Österreich eingeführt hatte, nicht entsprechend propagandistisch verwerten können“.²⁹

Die Jugend spielte eine große Rolle im Wahlkampf 1970. Durch die Herabsetzung des Wahlalters wurden 400.000 Erstwähler wahlberechtigt, sie wurden zu einer der wichtigsten

²⁷ Rachbauer. S. 60

²⁸ JA-700112_a.

²⁹ Faulhaber, Thomas: Eine Dokumentation des SPÖ-Wahlkampfes 1969/70. In: Conturen. vip Nr. 8A / Winter 1982/83. Wien. S. 31

Zielgruppen in diesem Wahlkampf. Die SPÖ versuchte, die Jugend mit Plakaten anzusprechen, auf denen junge Menschen abgebildet waren.³⁰

b) Bruno Kreisky Medienstar

Neben dem Slogan „Für ein modernes Österreich“ war der Spitzenkandidat Bruno Kreisky das Zugpferd des Wahlkampfes 1970. Erstmals bestritt die SPÖ den Wahlkampf mit nur einem Wahlredner, nämlich Bruno Kreisky. Seine Persönlichkeit beeinflusste den Wahlkampf für seine Partei positiv.³¹ Sein Vorgänger Pittermann hatte keinen Hehl aus seiner Abneigung gegen die Konzentration auf seine Person in den Wahlkämpfen gemacht. Anders hingegen Kreisky.³² Schon 1966 beschrieb der Wiener Journalist Arnold Klima Kreiskys Wirkung folgendermaßen:

„Er bleibt stets Herr der Lage, hat den Kontakt mit dem Publikum sofort, wo er ihn braucht. Dabei helfen ihm die Gewohnheiten, den Leuten offen, etwas forschend, in die Augen zu sehen, sein Interesse für alle Dinge (auch wenn sie mit Politik gar nichts zu tun haben), sein gern geübter Ausdruck leichten Erstaunens. Dr. Kreisky ist der väterliche Typ. Es wäre aber sehr falsch, daraus zu schließen, dass er ein ruhiger Mann ist.“³³

Auch wenn Kreisky den Mittelpunkt des Wahlkampfes darstellte, so war es doch interessant, dass sein Bild weder in Inseraten, noch auf Plakaten zu finden war.³⁴ Er selbst erklärte das mit den Worten:

„Wenn ich mich auch allen Vorschlägen akkomodiere, soviel Recht muss ich doch haben, wenn ich mir den Anblick von mir selbst sechs Wochen lang von den Plakatwänden herab ersparen darf.“

Kreisky wusste auch Kreisky zu dosieren.³⁵

Auf einer Pressekonferenz am 18. Februar konkretisierte er diese Aussage:

„Ich habe ausdrücklich meinen Freunden untersagt, denn das Recht habe ich, in der Öffentlichkeitsarbeit ein Kopfplakat von mir zu verwenden und zwar, weil ich vom Effekt einer solchen Werbung nichts halte. Ich bin der Meinung, dass die Zeit längst

³⁰ Gruber. S. 74

³¹ Hölzl. S. 156

³² Prochart, Helmut. Personalisierung und Kandidatenzentrierung in österreichischen Wahlkämpfen. Eine inhaltsanalytische Untersuchung der Wahlberichterstattung aus vier Jahrzehnten. Wien 1996. S. 65

³³ Hölzl. S. 158 f.

³⁴ Gruber. S. 73

³⁵ Hölzl. S. 156

vorbei ist, wo man jemanden den Leuten vorstellt, der sowieso durch das Fernsehen bekannt ist und diejenigen, die ihn dann in natura kennen lernen wollen, die können ihn sich ja anschauen bei diesen langen Reisen, die ja praktisch durch alle Bezirke führen. Ich halte also von der Effektivität solcher Plakate nichts, noch lächerlicher finde ich es, wenn man Jugendbildnisse durch Gebrauchsgrafiker, durch Gebrauchsporträtisten dann behandeln lässt. Ja entweder ist die Politik eine ernste Sache oder sie ist eine Schönheitskonkurrenz. Da ich der Meinung bin, sie ist keine Schönheitskonkurrenz, so halte ich meinen Standpunkt für richtig.³⁶

Es gab aber auch andere Erklärungen für das Fehlen von Kreiskys Porträt. Vodopivec deutete es als Rücksichtnahme auf Personen, die gegen Führungskult empfindlich waren.³⁷ In einem Interview gab Max Strache, der damalige Organisationssekretär der SPÖ, eine weitere Ursache zu Protokoll, warum Kreisky sich so gegen Kopfplakate mit seinem Bild wehrte:

„Es war sehr sensibel in dieser Zeit. Er meinte, mit einem Plakat von ihm, das unter Umständen irgendwelche jüdischen Zeichen [antisemitische Schmierereien, Anm. von Gruber] darauf hätte, hätte es eine negative Wirkung.“³⁸

Indirekt reagierte die ÖVP, indem ihr Spitzenkandidat Klaus auf Plakaten mit dem Attribut „Ein echter Österreicher“ versehen wurde. Von sozialistischer Seite bezeichnete man dies als antisemitisch, wobei der spätere SP-Außenminister Rudolf Kirchschräger auch die Möglichkeit nannte, dass sich dieser Slogan auf Kreiskys langen Auslandsaufenthalt in Schweden bezogen haben könnte. Auf die Vorwürfe, nicht „österreichisch“ genug zu sein, konterte Kreisky originell bei seinen Wahlwerbereisen, indem er je nach Bundesland in der entsprechenden Tracht auftrat. Auch wenn ihm dies nicht wirklich passte, zog er es durch.³⁹

So wurden nicht der Parteivorsitzende, sondern die Spitzenkandidaten der einzelnen Wahlkreise auf den Plakaten abgebildet. Dennoch stand Kreisky durch die ständige Erwähnung seines Namens, sowie durch seine Wahlreisen, im Zentrum des Wahlkampfes.⁴⁰

Kreisky erkannte sehr früh, dass die Öffentlichkeit über das neue Medium Fernsehen, das erstmals eine große Rolle in einem Wahlkampf spielte, besonders gut zu erreichen war.⁴¹ Durch die Reform des Rundfunk- und Fernsehprogramms 1967 waren diese beiden Massenmedien zu umfassenden Trägern politischer Information geworden. Kreisky erfasste rasch die Bedeutung

³⁶ JM-700218_a.

³⁷ Vodopivec. S. 21

³⁸ Gruber. S. 74 f.

³⁹ Lepuschitz. S. 86 f.

⁴⁰ Gruber. S. 74 f.

⁴¹ Rachbauer. S. 58

der Reform und versuchte sie für sich zu nutzen. Obwohl er sich nicht auf Plakaten und Inseraten zeigte, so hatte er keine Hemmungen im Fernsehen aufzutreten. Im Gegenteil: Ihm lag die Kamera, er wusste mit ihr umzugehen. „Sein betont langsames Sprechen, sein bürgerlich-intellektueller Habitus, sowie seine stets leicht dozierenden Formulierungen“ machten Kreisky „sehr rasch zu einem der zwei Fernsehstars.“ Als zweiten Fernsehstar bezeichnete Vodopivec den ÖVP-Generalsekretär Withalm.⁴²

In späteren Jahren wurde Kreisky der Titel „Medienkanzler“ zugesprochen. Er beherrschte den im Fernsehen geforderten small talk: Kreisky vereinfachte, brachte alles auf den Punkt. Der ÖVP-Kandidat Klaus war dabei chancenlos. Ein unterhaltsames Detail war Kreiskys physiologische Eigenschaft, stark zu schwitzen. Man wusste, dass in der TV-Diskussion zwischen den amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Kennedy und Nixon das Schwitzen Nixons als sehr negativ beurteilt wurde, und dass dieser letztendlich auch die Wahl verloren hatte. Da Kreisky vor der Kamera immer schwitzte und dagegen auch nichts zu tun war, beschloss man, den Umstand nicht zu verbergen, sondern – im Gegenteil – hervorzuheben, indem Kreisky öffentlich, auffallend und großzügig den Schweiß mit einem Tuch von der Stirn wischte. In einer TV-Diskussion mit dem Vorsitzenden des ÖIAG-Aufsichtsrats, Josef Taus, fielen Kreisky einige Zettel zu Boden, Taus bückte sich, um sie für ihn aufzuheben. Auch hier wurde im Vorfeld besprochen, dass, wann immer Kreisky etwas herunterfallen sollte, er sich nicht selbst bücken dürfe, denn schließlich wäre der andere ja jünger. Wahlkampfstrategie Blecha leugnete aber, dass diese Einlage vorsätzlich und geplant war.⁴³ Bei der Fernsehdiskussion mit Bundeskanzler Klaus am 28. Jänner 1970, lehnte Kreisky die Anrede „Herr Doktor“ ab, sprach aber Klaus sehr wohl mit „Herr Bundeskanzler“ an. Insgesamt wirkte Kreisky bei seinen medialen Auftritten „wie irgendein Staatsbürger, der gerade dabei ist, sich den Rock auszuziehen und die Krawatte zu lockern, um einmal deutlich seine Meinung zu sagen.“ Kreisky bot an, eine zweite TV-Diskussion abzuhalten, doch Klaus winkte ab, es wäre schon alles gesagt worden. Klaus litt unter Zeitmangel, wirkte dabei arrogant, während Kreisky verfügbar erschien. Klaus und Kreisky waren sehr unterschiedliche Charaktere.⁴⁴ Kreisky wirkte gesprächsbereit und diszipliniert, ruhig und ausgeglichen, freundlich und bescheiden.⁴⁵

c) Kritik an Politik und Gruselpopaganda der ÖVP

Neben der Selbstdarstellung der SPÖ, eine moderne Partei zu sein, und dem Aufbau von Bruno Kreiskys Persönlichkeit war die mehr oder weniger sachliche Kritik an Vorgängen in der ÖVP ein

⁴² Vodopivec. S. 168

⁴³ Rachbauer. S. 58 f.

⁴⁴ Hölzl. S. 157 f.

⁴⁵ Wochesländer. S. 179

wichtiger wahltaktischer Schritt. Man hielt dem Wähler die Versäumnisse der ÖVP vor Augen und präsentierte die eigenen Stärken und Pläne für die Zukunft, ohne die es kein modernes Österreich geben würde.⁴⁶

Beispielsweise gab die SPÖ der VP-Regierung die Schuld an den Preis- und Steuererhöhungen der letzten Jahre und warf ihr vor, die Bürger um ihr Geld gebracht zu haben. Man tat dies mit Slogans wie: „Es ist zum Heulen! Jetzt ist Ihr Tausender nur noch 860 Schilling wert. (...)“ oder „Das einzige, was die ÖVP-Regierung kann: Im Ausland Schulden machen! (...) Sagen Sie Nein zur Schuldenpolitik der ÖVP(...)“. Auf diese in Wahlzeiten durchaus üblichen Vorwürfe antwortete die ÖVP, überraschend spontan, mit „Wir sind an allem schuld“. Unter dieser Überschrift stand in Klammer „Auch daran, dass es allen Österreichern besser geht.“⁴⁷

Überhaupt konzentrierte sich die SPÖ auf Kritik in wirtschaftlichen Belangen. Auf einem Plakat zeigte man einen Schilling, der zwischen zwei Händen zerbröckelte und unterstrich das Bild mit den Worten „ÖVP-Regierung: steigende Preise. Teure Jahre. Die Zeche zahlen wir ... deshalb SPÖ.“ Ein anderes Plakat trug den Slogan „ÖVP – alles versprochen, nichts gehalten. Nicht noch einmal 4 Jahre (...) deshalb SPÖ“.⁴⁸

Die ÖVP hingegen blieb vorerst bei den klassischen Methoden der Angsterzeugung und Diffamierung. Mit den Worten „Es droht die rote Übermacht“ plakatierte sie eine rote Faust, die die rot-weiß-rote Fahne wegfegte, in einem VP-Werbefilm traten abermals Kapuzenmänner auf, als Kritik darauf, dass die SPÖ keine Namen möglicher zukünftiger Politiker nennen wollte.⁴⁹

Kreisky polemisierte heftig gegen diese Angstmacherei und trat mit nüchterner Haltung gegen die VP-Gruselpropaganda auf.⁵⁰ Er äußerte sich negativ zu Diffamierungen durch die ÖVP-Propaganda, die im Zuge des Wahlkampfes geäußert wurden. Besonders erboste ihn eine Glosse in einer Wochenzeitung, in der er selbst als Hauptperson eines Verbrecherromans dargestellt wurde. Kreisky wollte immer noch keine personellen Vorschläge für die Besetzung der Ministerposten äußern, er meinte, dass es auch noch so manche Alternativen gäbe. Der Grundsatz bei der Besetzung wäre aber „Erfahrung und Erneuerung“, denn „neue Aufgaben erfordern neue Männer und Frauen“.⁵¹

Doch auch die SPÖ konnte sich nicht ganz aus der Angstpropaganda heraushalten. In einem Kurier-Inserat Ende Jänner 1970 wurde eine schwarze Dampfwalze abgebildet, unterstrichen mit den Worten „Nicht überrollen lassen ... durch die geballte Macht der Konservativen. Es steht bereits 91:74. Eine Regierung der konservativen Übermacht. Sie können diesen Plan

⁴⁶ Dies. S. 181

⁴⁷ Hölzl. S. 153 f.

⁴⁸ Lepuschitz. S. 85

⁴⁹ Gruber. S. 72

⁵⁰ Hölzl. S. 154 f.

⁵¹ JM-700227_b.

durchkreuzen. Wählen Sie das moderne Österreich. SPÖ.“⁵² Der größte Fehltritt war ein sozialistischer Fernsehspot, in dem man die Heimwehr marschieren und Maschinengewehrschüsse hören konnte. Das sollte an das Bürgerkriegsjahr 1934 erinnern. Mit der Frage „Soll es wieder so kommen?“ sollte die Angst vor einer möglichen schwarz-blauen Koalition heraufbeschworen werden.⁵³

Bei einer Straßenumfrage wurden sowohl die Kapuzenmänner als auch einige SPÖ-Werbefilme von der Bevölkerung sehr negativ beurteilt. Generell war man der Meinung, „dass man sich vieles in dem Wahlkampf hätte sparen können.“⁵⁴

d) Testimonialwerbung - wer bekennt sich zur SPÖ

Ein wichtiger Gesichtspunkt in der Positivwerbung der SPÖ, vielleicht sogar ein Standardwerkzeug, war die Testimonialwerbung. So warb im Wahlkampf 1970 der Schauspieler Karlheinz Böhm für die Sozialistische Partei.⁵⁵ In diesem Zusammenhang gibt es auch ein Beispiel für die plötzliche Flexibilität der SPÖ, auf aktuelle Ereignisse einzugehen: Der österreichische Flugkapitän Herbert Thill, der seine durch eine Explosion beschädigte Maschine mit 38 Passagieren sicher nach Frankfurt zurückgefliegen hatte, warb nur fünf Tage nach dem Glück im Unglück mit den Worten:

„Ich sehe mehr von der Welt als fast jeder andere in diesem Land (...) Ich sehe keine andere Partei als die SPÖ mit Dr. Kreisky, die diese längst nötigen Reformen durchführen könnte.“⁵⁶

e) Die Männer im Hintergrund

Die Strategie war, dass zwischen externen Beratern und Parteistrategen unterschieden wurde. Die externen Berater leisteten die Forschungsarbeit und Entwicklung, die internen Zuständigen in den Parteigremien waren für die Umsetzung der Forschungsergebnisse in Werbeplakate, Wahlslogans, etc. verantwortlich. Zu Beginn der 1970er-Jahre war das IFES, das Institut für empirische Sozialforschung, für die Zielgruppenerstellung und die Analysen der passenden Werbemittel und deren Akzeptanz zuständig.⁵⁷ Erstmals wurden auch Werbemittel abgetestet,

⁵² Gruber. S. 71

⁵³ Hölzl. S. 148

⁵⁴ Woche sländer. S. 178

⁵⁵ Gruber. S. 74

⁵⁶ Hölzl. S. 156

⁵⁷ Rachbauer. S. 62

bei Umfragen in Form von persönlichen Interviews. Selbst die Akzeptanz von Plakaten und Werbeslogans wurde anhand der Reaktion der Rezipienten getestet.⁵⁸ Genauso gab es jeden Monat Mehrthemen-Umfragen mit einer Testgröße von 2.000 Probanden. Dabei wurde nicht nur die Parteipräferenz (die so genannte Sonntagsfrage: „Wen würden Sie wählen, wenn nächsten Sonntag Wahltag wäre?“) abgefragt, sondern auch die Sympathie für einzelne politische Persönlichkeiten auf einer Skala von plus fünf bis minus fünf.⁵⁹

Die wichtigsten Männer in der Planung des Wahlkampfes waren neben dem Parteivorsitzenden Kreisky Heinz Brantl und Karl Blecha. Brantl war ein Angestellter der SPÖ, Blecha war zu diesem Zeitpunkt Leiter des IFES-Institutes und kein Parteiangestellter. Blecha stützte sich aufgrund seiner Forschungen darauf, wann was im Wahlkampf zu geschehen hatte. Brantl war derjenige, der vieles formulierte und umsetzte. Er beriet Kreisky auch bei Kleidung und Gestik. Für das graphische Design wurde eine Agentur hinzugezogen. Der jeweils letzte Entwurf eines Themas oder Gegenstandes wurde Kreisky vorgelegt, der dann den Vorschlag annahm oder ablehnte.⁶⁰

2.2.2. Der Wahlkampf der ÖVP

a) Fortschritt und Sicherheit

„Fortschritt und Sicherheit“ war schon am ÖVP-Parteitag am 13. November 1969 das allgegenwärtige Motto. Selbige Worte wurden auch der Slogan für den Wahlkampf 1970. Ein Baugerüst mit einem Baum darauf im Raum, in dem der Parteitag abgehalten wurde, sollte das Symbol dafür sein, dass in der ersten Legislaturperiode der ÖVP-Alleinregierung das Gerüst zu den Reformen gebaut wurde, und eine weitere Amtsperiode das Haus zur Vollendung bringen würde. Generalsekretär Withalm übte Kritik an der SPÖ und präsentierte das Wahlkampfkonzept seiner Partei. Er erklärte sich für grundsätzlich offen gegenüber jeder möglichen Koalition, doch bevorzugte er das System der Alleinregierung mit einer starken Opposition. Damit bestätigte er, dass die ÖVP auch bei dieser Wahl wieder aufs Ganze gehen würde. Als Schwerpunkte des ÖVP-Programms nannte Bauernbunddirektor Sixtus Lanner die Nationalratsreform, Vorrang des Bildungssystems, Wirtschaftspolitik, dabei vor allem eine moderne Industriepolitik, Mittelstandspolitik und Wohnungsbereich, weiters Sozialpolitik und die Sicherheitspolitik mit Bundesheer und Außenpolitik. Im Rahmen der Nationalratsreform sollte die Legislaturperiode

⁵⁸ Ders. S. 66

⁵⁹ Ders. S. 63

⁶⁰ Ders. S. 57 f.

der Regierung auf fünf Jahre angehoben werden, „damit nicht immer gewählt, sondern auch entsprechend regiert werden kann“. Weiters ging es um die Schaffung eines permanent tagenden Parlamentes, die zeitgemäßere Gestaltung der Immunität und die Einführung des Abgeordneten auf Zeit. Lanner bezeichnete weiterhin das Programm der ÖVP als realistischer als die Programme der SPÖ und FPÖ.⁶¹ „Die Volkspartei bot also neuerlich kraftvoll und verlässlich ihre Kombination von Fortschritt und Sicherheit an.“⁶²

Am 14. Jänner 1970 gab die ÖVP ihre Kandidatenliste bekannt. Im Gegensatz zur SPÖ, bei der der nächste Parteitag dazu genutzt werden sollte, um einen Generationswechsel durchzuführen, hatte in der ÖVP der Generationswechsel bereits im Vorfeld bei der Zusammenstellung der Kandidatenliste stattgefunden. Der Redakteur Franz Kreuzer nannte neben Klaus, Withalm und Koren, auch Schleinzer, Waldheim und Mock als Personen der ÖVP-Regierungsspitze, die die Hauptakteure im Wahlkampf sein würden. Die anderen Minister sollten im Wahlkampf weniger erwähnt werden. Withalm betonte abermals, dass die ÖVP die absolute Mehrheit anstrebe, was dann aber nach dem Wahltag geschehen würde, obliege dem Wähler.⁶³

Im eigentlichen Wahlkampf zeigte sich die ÖVP stark in alte Wahlkampftraditionen verhaftet. Als dem ÖVP-Werbechef, Staatssekretär Karl Pisa, vorgeworfen wurde, dass die VP-Plakate ein „Graus“ wären, begründete er seine eigene Wahlkampfstrategie folgendermaßen:

„Wir haben im voraus geplant, die Plakate old-fashioned, die Inserate sophisticated und die TV-Spots shocking zu machen.“⁶⁴

Die ÖVP versuchte an ihrem Wahlerfolg von 1966 anzuknüpfen, doch der Werbestil „der Sechzigerjahre traf nicht mehr das Lebensgefühl der Bevölkerung von 1970.“ Klaus wurde auf den Plakaten als „echter Österreicher“ und Finanzminister Stephan Koren als „anerkannter Fachmann“ vorgestellt. In einem der so genannten „anspruchsvollen“ Inserate fand sich ein trockenes Elaborat über die Bildung, Vorzüge und Leistungen des Professor Koren, mit dem Versuch, leichte Rührung hervorzurufen.

„Kein Amateur. Ein Professor. (...) Das gibt es: einen beliebten Finanzminister. Kaum zu glauben! Aber da ist einmal: Er ist vom Fach. Hat also Volkswirtschaft studiert (unter anderem). Als Schwerverwundeter. Abgeschossen als Kampfflieger. Hat sich nicht unterkriegen lassen. (...) Und Vater von sechs Kindern. (...) Österreichs Wirtschaft ist wieder stärker gewachsen. 1969 real um 6,5%. Weit über dem

⁶¹ JM-691113_a

⁶² Hölzl. S. 151

⁶³ JM-700114_b.

⁶⁴ Hölzl. S. 140

*europäischen Durchschnitt. Der Professor hat überall dort eingepackt, wo ein Amateur wahrscheinlich eingepackt hätte. (...)*⁶⁵

Doch sollen hier nicht die Erfolge des Finanzministers Koren abgeschwächt werden: Er war beauftragt worden, Österreich aus der Rezession 1967 zu führen und war dabei auch durchaus erfolgreich. Es gelang ihm eine Reduktion des Defizits sowie eine Reform der Wirtschaftsstrukturen. Dennoch konnten weder er noch Inzerate im oben dargestellten Stil die Vorbehalte gegen die ÖVP zerstreuen.⁶⁶

Man ging dazu über, nicht mehr von Propaganda, sondern von Information zu sprechen. Diese Information brachte auch eine Neuheit auf das politische Parkett: Nicht die ÖVP als Partei, sondern die einzelnen Ministerien, brachten Plakate heraus, die die Österreicher davon unterrichteten, wie gut es ihnen durch die ÖVP-Alleinregierung ginge. Das Landwirtschaftsministerium versprach einen „Grünen Plan für moderne Bauern“, das Sozialministerium plakatierte die Summe, die es den Pensionisten und Rentnern auszuzahlen gedenke. Auch das neu geschaffene Ministerium für Bauten und Technik machte immer wieder auf sich aufmerksam. Beispielsweise in einem Inserat mit einem Bild von einem alten Waschbecken und den Worten „Damit ist jetzt Schluss!“ oder „Übersiedeln Sie! Jetzt liegt es an Ihnen, aus Ihrer alten Wohnung eine neue zu machen. Der Staat hilft Ihnen dabei.“ Alle Versprechen ereigneten sich unter dem Deckmantel der Ministerien und nicht der Partei selbst.⁶⁷

Die ÖVP betonte als ihre Errungenschaften den Wohlstand und inneren Frieden, Vollbeschäftigung und eine stabile Währung. Unterstrichen wurden die Errungenschaften mit typischen Wiener Kaffeehausbildern oder auch dem glücklichen Lächeln eines Kranführers.⁶⁸

Generalsekretär Hermann Withalm sagte auf einer Pressekonferenz wenige Tage vor der Wahl, dass die Hauptaufgabe der neuen Regierung unter der Führung der ÖVP im Bereich Finanzpolitik die Milderung der Steuerprogression sein müsste. Weiters wäre eine Reform der Überstundenbesteuerung und eine Bundesheerreform notwendig.⁶⁹ Kritisiert wurden aber die Schlechtmachereien durch die SPÖ. Auf derselben Pressekonferenz kritisierte Bundeskanzler Josef Klaus die Wahlwerbung der SPÖ und meinte, in dieser Pressekonferenz ginge es um Richtigstellungen:

„Meine sehr verehrten Damen und Herren: Es bedeutet selbstverständlich nichts Neues, dass in einem Wahlkampf Übertreibungen in der Kritik des Gegners

⁶⁵ Ders. S. 145 f.

⁶⁶ Lepuschitz. S. 87

⁶⁷ Hölzl. S. 143 f.

⁶⁸ Lepuschitz. S. 86

⁶⁹ JM-700225_d.

stattfinden. Es wird dabei jedoch oft eines übersehen: Und zwar, dass solche Kritik, die das übliche Maß übersteigt, geeignet ist, das betreffende Land im Auslande in einer anderen Weise darzustellen als es dies verdient. Wenn im Laufe eines Wahlkampfes, wie es diesmal war, jederzeit überprüfbare Sachverhalte entstellt wurden, und in einzelnen Fällen eine Darstellung gewählt wurde, die geeignet ist, eine Schädigung des Rufes und des Ansehens und des Kredits Österreichs im Ausland zu bewirken. Wenn Behauptungen über angebliche Ziele der Regierungspolitik aufgestellt wurden, die frei erfunden sind, dann ist es, glaube ich, Anlass genug, dass sich die Bundesregierung der Öffentlichkeit in einer Pressekonferenz stellt, um einer vierfachen Aufgabe nachzukommen. 1. Eine Richtigstellung vorzunehmen, die im Interesse des Staates gelegen ist. 2. Um Richtigstellungen vorzunehmen, die im Interesse verschiedener Bevölkerungsgruppen wichtig sind. 3. Aber auch um einmal klarzustellen, in welcher wirtschaftlichen und politischen Ausgangslage sich Österreich am Ende der abgelaufenen Legislaturperiode befindet, festzustellen, wie die Eröffnungsbilanz 1970 für Österreich aussieht und 4. Möglichkeiten darzulegen, die sich für unser Land aufgrund dieser Ausgangspositionen in den Siebzigerjahren ergeben.“

Bundeskanzler Klaus hielt es auch nicht für ratsam, dass die SPÖ durch Gerüchte über Steuererhöhungen und Kürzungen der Familienbeihilfen die Bevölkerung in Unruhe versetzte. Im Gegenteil, so Klaus, seien Steuererleichterungen geplant, sowie zum sechsten Male eine Minderung der Progression. Er denke nicht daran, sich den Forderungen nach Verlängerung der Bindungen von Bausparverträge zu beugen. Weiters wies er den Vorwurf des ruinierten Staatshaushaltes, der Schuldenpolitik, des Fehlens der Wirtschafts-, Industrie- und Strukturpolitik, der Infrastruktur zurück. Er konterte mit Zahlen darüber, wie gut sich Österreich seit 1966 wirtschaftlich entwickelt hatte.⁷⁰

b) Attacken und Gruselpropaganda gegen die SPÖ

„Schockierend“ sollten letztlich die Wahlwerbefilme sein, doch im Grunde genommen waren sie genauso altmodisch wie die Plakate. Man versuchte, die Angst vor einer sozialistischen Übermacht zu schüren, wie das bis in die Sechzigerjahre auch gut funktioniert hatte. Man zeigte einen Propagandafilm, in dem Kapuzenmänner auf dem Motorrad ein PKW von der Fahrbahn abdrängten. Die Personen, die ihre Gesichter hinter Kapuzen versteckt hielten, standen für das Schattenkabinett, das Kreisky nicht bekannt geben wollte. Dadurch wurde der ÖVP die

⁷⁰ JM-700225_a

Möglichkeit verwehrt, einzelne Personen, die für Ministerposten in Frage kämen, direkt anzugreifen.⁷¹ Da sie dadurch keine realen Menschen kritisieren konnten, mussten sie Unbekannte in Form von Kapuzenmännern angreifen. Der PKW symbolisierte Österreich und den Weg, den die ÖVP-Regierung eingeschlagen hatte.⁷² In einer Pressekonferenz zum Thema „Fernsehfilmpropaganda mit den Kapuzenmännern“ sagte das ÖVP-Wahlkampfteam, dass die SPÖ zwar Bruno Kreisky als Bundeskanzlerkandidaten nannte, nicht aber andere Personen, die an der zukünftigen Regierung beteiligt sein könnten.⁷³

Das Wahlkampfkonzept der ÖVP bestand 1970 vorwiegend aus Attacken gegen die SPÖ. Beispielsweise gab es ein Plakat mit einem riesigen Fragezeichen auf grünem Hintergrund, umgeben von vier dunklen Gestalten. Dazu der Text: „Wer rot wählt, wählt eine Zukunft voller Fragezeichen! Wer nicht wählt oder FPÖ wählt, stärkt die SPÖ – darum ÖVP:“ Auf einem anderen Plakat zog eine Hand an der rot-weiß-roten Fahne, als wollte sie diese erwürgen. Dazu die Worte: „Es droht die rote Übermacht.“ Die Plakate zeugten von der wachsenden Nervosität der ÖVP angesichts einer sichtlich wiedererstarkten SPÖ. Weitere Parolen waren „Die Sozialisten wollen alles anders machen“ oder „Sozialismus kommt allen teuer“. Verziert wurden diese Sprüche mit den drei sozialistischen Pfeilen.⁷⁴ Doch Symbole wie Kapuzenmänner, Fragezeichen und die drei roten Sozialistenpfeile berührten den Wähler weder emotional noch rational.⁷⁵ Im Gegenteil: Kreisky wusste die Gruselpopaganda der ÖVP für sich selbst zu nutzen.

Auch der Versuch, sich selbst als die einzig mögliche Alternative hinzustellen, funktionierte nicht mehr wie im Jahr 1966, als die Wahl noch Klaus oder Pittermann hieß.

„Klaus oder Kreisky. Klare ÖVP-Mehrheit oder roter Bundeskanzler. Arbeitsfähige Regierung oder Kuhhandel mit den Koalitionen. Wirtschaftserfolg nach Koren-Plan oder Wirtschaftskrise durch Linksexperimente. Nach vier guten Jahren vier bessere Jahre oder eine Zukunft voller Fragezeichen. Entscheide!“⁷⁶

Die scharfe Alternative ging prompt daneben. „Kreisky war dem Wähler kein Krampus“.⁷⁷ Man könnte sich fragen, warum die ÖVP immer noch der Meinung war, mit dieser Art von

⁷¹ Hölzl. S. 146

⁷² Gruber. S. 72

⁷³ JA-700213_b

⁷⁴ Lepuschitz. S. 85 f.

⁷⁵ Wocheisländer. S. 181

⁷⁶ Hölzl. S. 151

⁷⁷ Ders. S. 155

Angsterzeugung arbeiten zu müssen.⁷⁸ Hölzl fasste den VP-Wahlkampf 1970 folgendermaßen zusammen:

„Die ÖVP war streckenweise noch zu sehr Gefangener der eigenen Erfolge mit den roten Gespenstern in den Wahlkämpfen der Sechzigerjahre, um eine mögliche Demokratisierung zu verwirklichen. 1970 zeigten die österreichischen Wähler deutlich, dass sie weder jener Sack ängstigt, in dem sich seit 1949 angeblich ein rotes Kätzlein versteckt hält, noch der Sack, den sich „a Schauspieler von der ÖVP“ für einen Fernsehauftritt überstülpt, um der Bevölkerung rasch noch ein wenig Gruseln vor den „Roten“ beizubringen.“⁷⁹

c) Der kamerascheue Bundeskanzler

Es war nicht mehr notwendig, das Image des Spitzenkandidaten Josef Klaus neu zu erfinden, schließlich war er als Bundeskanzler in der Öffentlichkeit schon hinlänglich bekannt. Und sogar sehr beliebt. Wie sich aus einer Umfrage Mitte August 1969 ergab, war er damals sogar beliebter als Bruno Kreisky.⁸⁰

Es gab viele Gründe, warum Klaus letztendlich die Wahl verloren hatte. Ein Grund war sein Unvermögen, mit dem neuen Medium Fernsehen umzugehen. Er konnte sich mit Kameras nie richtig anfreunden, wirkte immer etwas verkrampft.⁸¹ So war es meist der Werbechef Staatssekretär Pisa, der auf den Fernsehbildschirmen erschien, wenn es um Mitteilungen der Regierung ging, und nicht der Bundeskanzler selbst. Demgegenüber stand der Oppositionsführer Kreisky, der stets persönlich auftrat, um mit Journalisten vor laufender Kamera zu sprechen.⁸²

Dennoch trat Klaus bei der groß angelegten einstündigen Fernsehdiskussion am 28. Jänner 1970 vor laufender Kamera seinem fernsehroutinierten Kontrahenten gegenüber. Und er schlug sich gut. Unabhängige Kommentatoren räumten ihm sogar einen Punktesieg gegenüber Kreisky ein, der jedoch in keinem Stimmenvorsprung für die ÖVP resultierte. Klaus ging sehr gut vorbereitet in die Diskussion, agierte aber oft vom Podest des Kanzlers herab, fiel seinem Diskussionspartner immer wieder ins Wort und überzog die Redezeit. Klaus strahlte weltanschauliche und intellektuelle Introvertiertheit aus. Demgegenüber stand die Offenheit des Dr. Kreisky. Auch Bundeskanzler Klaus selbst erkannte am Ende seiner politischen Karriere,

⁷⁸ Lepuschitz. S. 86

⁷⁹ Hölzl. S. 159

⁸⁰ JM-690816_a.

⁸¹ Vodopivec. S. 168

⁸² Rachbauer. S. 58

dass er nicht mehr als modern und dynamisch empfunden wurde.⁸³ Im Fernsehen wirkte er streng, provinziell und konservativ und gab somit auch der ganzen Partei ein konservatives, nach rückwärts schauendes Flair.⁸⁴

2.2.3. Der Wahlkampf der FPÖ

a) Formel 70 - damit die Richtung stimmt

Der FPÖ wurde immer vorgeworfen, kein Programm zu haben. Deshalb machte sie sich rasch an die Erstellung eines solchen und veröffentlichte es schon 1969 unter dem viel versprechenden Namen „Formel 70“.⁸⁵ In einem Journalbeitrag Anfang Oktober wurden die Inhalte des Programms erläutert. Die „Formel 70“ wurde in vier Gruppen unterteilt. Ziel der „Gesellschaftsformel“ war die „offene Gesellschaft“, die Durchschaubarkeit des öffentlichen Lebens. Weiters wurden die Wahlrechtsreform, ein Bürgeranwalt und die Abschaffung des Bundesrates gefordert. In der „Bildungsformel“ war von einem „ganzheitlichen aufeinander abgestimmten Bildungssystem“ die Rede. Man forderte sehr unkonkret moderne und entrümpelte Lehrpläne. Genauer wurde es dann schon beim Geld: Bund und Länder sollten 10% ihres Bruttobudgets für das Bildungswesen aufbringen. Weiters sollten Altersklassen abgeschafft und Leistungsgruppen eingeführt werden. Das Wirtschafts- und Sozialprogramm trug den klingenden Namen „Aufstiegsformel“. In der „Europaformel“ sprach die FPÖ ein offenes Europa an, statt der beiden Blöcke sollte es ein europäisches Sicherheitssystem geben. Nicht weniger bescheiden ging es weiter bei den Plänen der FPÖ für Europa: Österreich sollte auch ein europäisches Konzept für Weltraumforschung anregen. Außerdem benötigte Europa eine gemeinsame Währung und auch hier sollte Österreich als Initiator wirken. Zudem müsste sich der europäische Wirtschaftsraum (EWR) öffnen und anderen Ländern verstärkt Möglichkeiten bieten. Wahlziel, so Parteichef Friedrich Peter, war die Mandatsstärke zu verdoppeln. Wer jedoch für eine Koalition mit der FPÖ vorstellbar wäre, darauf wollte Peter sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht festlegen.⁸⁶

Die FPÖ plaktierte einen nach oben zeigenden Daumen mit dem Spruch „Damit die Richtung stimmt“.⁸⁷ Es gab auch eine erweiterte Variante: „Kein roter Bundeskanzler – Kein schwarzes Österreich – dann stimmt die Richtung“.⁸⁸ Auch das abgebildete FPÖ-Team stand für die richtige

⁸³ Hölzl. S. 156 f.

⁸⁴ Vodopivec. S. 177

⁸⁵ Woche sländer. S. 176

⁸⁶ JM-691003_b

⁸⁷ Hölzl. S. 148 f.

⁸⁸ Woche sländer. S. 182

Richtung. Die Plakate der FPÖ richteten sich fast ausschließlich gegen die beiden Großparteien, vor allem die SPÖ, doch konnte die Kritik nicht als übermäßig böse bezeichnet werden.⁸⁹

b) Nein zur SPÖ

Wie auch die SPÖ hatte die FPÖ vier Jahre hindurch die ÖVP angegriffen und heftige Diskussionen geliefert. Als dann der Wahlkampf anbrach, machte die FPÖ eine Wende und attackierte plötzlich nicht mehr die Regierungspartei, sondern die zweite Oppositionspartei.⁹⁰

„Wer die FPÖ nicht wählt, stärkt den Sozialismus. Und Sozialismus heißt Kleinstwohnungen in Emmentalerbauten, Parteibuchwirtschaft im Betrieb, viel geringere Löhne als in Westeuropa. Diese SPÖ-Politik zeigt nicht in die Zukunft, sondern ins Museum. Darum wollen wir Freiheitlichen nichts mit ihr zu tun haben.“

Die FPÖ schien dabei zu vergessen, dass die SPÖ seit vier Jahren nicht mehr an der Regierung beteiligt war und dass sich die SPÖ seit Pittermann sehr gewandelt hatte.⁹¹ Zum Auftakt des Wahlkampfes am 16. Jänner 1970 definierte FP-Obmann Peter nicht nur seine Koalitionsvorstellungen, sondern gab sich auch Wahlprognosen hin:

„Im Namen der Freiheitlichen Partei Österreichs habe ich folgende Erklärung abzugeben. Nach den Ergebnissen der Wahlen 1969 ist bei den kommenden Nationalratswahlen eine absolute oder relative Mehrheit der SPÖ ausgeschlossen und eine absolute Mehrheit der Volkspartei unwahrscheinlich. (...)“

Dass Friedrich Peter darin nicht komplett falsch lag, sollte sich nach dem Wahltag zeigen. Doch sollte der Umstand, dass keine Partei eine absolute Mehrheit erzielte, der FPÖ trotz allem keine Koalitionschancen bringen.

In den Hörfunkjournalen kam jeglichen Koalitionsdebatten ein prominenter Platz zu. Umso öfter wurden also Peters folgende Erläuterungen wiederholt. Nach seiner Prognose konkretisierte Peter seine Vorstellungen einer FP-Regierungsbeteiligung: Er erklärte es aus „sachlichen und personellen Gründen“ für unmöglich, mit der SPÖ eine Koalition einzugehen. Weiters sprach er sich gegen eine große Koalition aus. Eine Koalition war für ihn demnach nur mit der ÖVP möglich, wenn auch nur unter gewissen Bedingungen:

⁸⁹ Lepuschitz. S. 88

⁹⁰ Hölzl. S. 159

⁹¹ Ders. S. 149 f.

„Die Freiheitliche Partei Österreichs ist zur Übernahme einer Regierungsverantwortung nur dann bereit, wenn mehr Wähler als bisher ihre Übereinstimmung mit dem Kurs der Freiheitlichen erkennen lassen, und wenn einschneidende Veränderungen im Sinne der „Formel 70“ der künftigen Regierungspolitik mitbestimmen. Dazu gehören: Nutzung der Neutralität Österreichs für eine eigenständige, aktive Außenpolitik mit dem Ziel der wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas. Umfassende Reformen des Bildungswesens von der Pflichtschule bis zur Universität. Durchsetzung der Grundsätze von Leistung, Verantwortung und Mobilität im Bereich der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Steigerung der Wirtschaftskraft durch gezielte Strukturpolitik unter Ausschluss weiterer Verstaatlichung. Reform des leistungshemmenden und wirtschaftsfeindlichen Steuersystems.

Die Beteiligung an einer Regierung, die sich zu diesen Veränderungen nicht bekennt, kommt für die FPÖ nicht in Frage. In diesem Fall wird die Freiheitliche Partei Österreichs wie bisher ihre Aufgabe als Opposition und Kontrolle allein erfüllen. Damit ist die Entscheidung der Freiheitlichen Partei Österreichs gefallen: Gegen den absoluten Machtmissbrauch der ÖVP-Mehrheit, gegen den Rückfall in die schwarz-rote Koalition und die dadurch verbundene Machtausweitung der SPÖ und für eine klare Politik des Fortschrittes in den Siebzigerjahren.“⁹²

Peter wollte also Österreich vor einem roten Kanzler und sogar vor roten Ministern bewahren. Zugleich warnte er vor einer schwarzen Übermacht, ein Umstand, der nicht einmal mehr der SPÖ Angst einjagen konnte, geschweige denn der Bevölkerung. Denn nach vier Jahren ÖVP-Alleinherrschaft gab es kein Schreckgespenst der schwarzen Übermacht mehr. Im Gegensatz zu Klaus glaubte Peter also nicht an eine absolute Mehrheit der ÖVP und hoffte, bei einer relativen schwarzen Mehrheit selbst ins Spiel zu kommen. Schließlich war es dann die FPÖ, die noch 1970 der SPÖ behilflich war, ihr Budget als Minderheitsregierung durchzubringen.⁹³ Durch die Erklärung der Freiheitlichen, keinesfalls einem Sozialisten zur Kanzlerschaft zu verhelfen, wurde der Wahlkampf 1970 zur primären Konfrontation zwischen SPÖ und ÖVP.⁹⁴ Die FPÖ hatte sich damit selbst ins Abseits befördert.

Da die beiden Großparteien es ihm nicht gleichtaten, forderte Peter Ende Jänner von SPÖ und ÖVP, offen zu legen, was sie nach dem Wahltag genau zu tun gedachten, mit wem sie eine Koalition in Erwägung zogen und mit wem nicht. Dadurch würde vermieden, so Peter, dass die

⁹² JM-700116_a.

⁹³ Hölzl. S. 149 f.

⁹⁴ Woche sländer. S. 177

Parteien nach der Wahl das Gegenteil davon täten, was sie dem Wähler vor dem Wahltag versprochen hatten.⁹⁵ Doch weder Kreisky noch Klaus kamen der Aufforderung Peters konkret nach, was Peter sichtlich empörte: Bei der Abschlusspressekonferenz der FPÖ am 27. Februar 1970 versuchte Peter abermals, mit der Offenheit der Freiheitlichen zu punkten:

„Die österreichische Volkspartei hat sich bis zuletzt beharrlich geweigert, die Möglichkeit einer Koalition mit den Sozialisten auszuschließen. Damit garantiert die Freiheitliche Partei Österreichs als einzige Partei dem Wähler, dass jede freiheitliche Stimme eine Stimme gegen einen sozialistischen Bundeskanzler und gegen die schwarz-rote Koalition ist. Der Beschluss der Freiheitlichen Partei, keine Koalition mit der Sozialistischen Partei einzugehen, gilt für die gesamte kommende Gesetzgebungsperiode und ist unabänderlich. Die Landtagswahlen in jenen Bundesländern, in denen die Freiheitlichen sichere Grundmandate erwarten, in Salzburg, Vorarlberg und Kärnten haben eines klar bewiesen: Wer die Freiheitlichen stärkt, schwächt die Sozialisten. Wer hingegen die Freiheitlichen schwächt, stärkt die Sozialisten. Dass die Österreichische Volkspartei weiterhin in der Regierung sein wird, steht heute bereits fest. Der Wähler entscheidet am 1. März, ob der Regierungspartner der Österreichischen Volkspartei die Freiheitlichen oder die Sozialisten sein werden, denn nur eine stärkere Freiheitliche Partei ist in der Lage, Regierungsverantwortung zu übernehmen und dadurch den Rückfall in die Koalition der alten Parteien zu verhindern. Ob weiterhin in der Opposition und Kontrolle oder zum ersten Mal in der Regierungsverantwortung wird die Freiheitliche Partei in den nächsten vier Jahren der bisherigen ÖVP-Politik, der wirtschaftshemmenden Steuererhöhungen, die freiheitliche Alternative der Leistungsförderung und der sozialen Marktwirtschaft entgegensetzen.“

Hier sollte sich Peter aber kräftig täuschen, denn die ÖVP wurde weder die stärkste Partei, noch war sie an der nächsten Regierung beteiligt. Im Interview am selben Tag betonte FPÖ-Obmann Peter, dass er nichts gegen die Person Kreiskys hätte, jedoch gegen die Wirtschaftspolitik der SPÖ. Der ÖVP gestand er erfolgreiche Ansätze in der Wirtschaftspolitik zu, die jedoch nicht weiter ausgebaut wurden. Er erwartete bei dieser Wahl mehr Mandate zu bekommen als 1966. Bezüglich der Außenpolitik betonte Peter die Europapolitik, wohingegen die ÖVP sich vor allem

⁹⁵ JM-700129_b.

im Bereich der UNO engagieren wollte. Konkrete Verhandlungen mit der ÖVP gab es bisher noch nicht und würde es vor dem 1. März 1970 auch nicht geben, so Peter.⁹⁶

2.2.4. Der Wahlkampf der KPÖ

Schon bei den Wahlen 1966 hatte die KPÖ kein Mandat im Nationalrat erreicht. 1970 war die Kommunistische Partei in ihrer Wahlwerbung nicht sehr präsent. Sie arbeitete weiterhin mit klassenkämpferischen Parolen, die jedoch an Aggressivität verloren hatten. Auf einem Plakat kehrten überraschend Hammer und Sichel zurück, in Kombination mit der österreichischen Fahne und den Worten: „Keine Sicherheit durch Bundesheer – Sicherheit durch Neutralität.“ Weiters fand man: „Protestiert gegen den Ausverkauf Österreichs! Wählt KPÖ.“ Insgesamt trat man gegen Teuerung, Steuerdruck, Bunkerbauten und Magnatenherrschaft ein und für Arbeitsplätze, Schulen, Sportstätte und verstärkte Hilfe für die Gemeinden. Auf einem Plakat wurde der Parteivorsitzende Muhri mit dem Slogan „Eine echte Entscheidung“ präsentiert. Somit folgte auch die KPÖ dem Trend einer Persönlichkeitswahl.⁹⁷

2.2.5. Koalitionsmöglichkeiten

Ein wichtiger Punkt im Wahlkampf war das so genannte „Blauer-Peter-Spiel“. Beide Großparteien warnten vor einer Koalition des politischen Gegners mit der FPÖ, dem blauen Friedrich Peter.⁹⁸ Im Mittagsjournal des 8. Oktobers 1969 wurden zwei frühere, widersprüchliche Aussagen der FPÖ angesprochen: Einmal hatte der Parteivorsitzende Peter gesagt, dass die FPÖ von schwarz gleich weit entfernt wäre wie von rot, ein anderes Mal hatte er erklärt, sich eine kleine Koalition eher mit der ÖVP als mit der SPÖ vorstellen zu können. Darauf angesprochen, verteidigte sich Peter mit den Worten, dass die FPÖ eine Partei der Mitte sei, die in die Randbereiche der beiden Großparteien links und rechts der FPÖ übergreifen wollte und dass er keinerlei Stellungnahmen zu Koalitionsmöglichkeiten zu machen gedächte.⁹⁹ Ein Vorsatz, den er bald brechen sollte. Denn Peter erklärte zum Wahlauftakt am 16. Jänner 1970, dass er gegen einen roten Kanzler, aber auch gegen eine schwarze Alleinregierung eintreten würde. Das hieß, er würde mit der SPÖ keine Koalition eingehen, nur die Koalition mit der ÖVP

⁹⁶ JM-700227_a.

⁹⁷ Lepuschitz. S. 88

⁹⁸ Gruber. S. 71

⁹⁹ JM-691008_a.

blieb möglich. So fand das „Blaue-Peter-Spiel“– zumindest für die ÖVP – ein jähes Ende.¹⁰⁰ Peters Rede wurde im Mittagsjournal wörtlich veröffentlicht:

„Die Freiheitliche Partei Österreichs hält es daher für notwendig, den Wähler zu unterrichten, welche Haltung die Freiheitlichen nach dem 1. März zur Frage der Regierungsbildung einnehmen werden: (...)

1. Die Freiheitliche Partei Österreichs ist eine eigenständige politische Partei und hat keinerlei Bindungen an ÖVP oder SPÖ.

2. Die Freiheitliche Partei Österreichs wird aus sachlichen und personellen Gründen keine Regierungskoalition mit der Sozialistischen Partei Österreichs eingehen.

3. Die Freiheitliche Partei Österreichs ist nicht bereit, der ÖVP eine Fortsetzung ihrer bisherigen wirtschafts- und leistungseindlichen Politik zu ermöglichen.

4. Die FPÖ hat grundsätzlich wie jede andere demokratische Partei das Recht, ihre politischen Ziele durch Teilnahme an der Regierung zu verwirklichen.

5. Die Freiheitliche Partei Österreichs ist zur Übernahme einer Regierungsverantwortung nur dann bereit, wenn mehr Wähler als bisher ihre Übereinstimmung mit dem Kurs der Freiheitlichen erkennen lassen und wenn einschneidende Veränderungen im Sinne der „Formel 70“ die künftige Regierungspolitik mitbestimmen. (...)

(...) Damit ist die Entscheidung der Freiheitlichen Partei Österreichs gefallen: Gegen den absoluten Machtmissbrauch der ÖVP-Mehrheit, gegen den Rückfall in die schwarz-rote Koalition und die dadurch verbundene Machtausweitung der SPÖ und für eine klare Politik des Fortschrittes in den Siebzigerjahren.“

Nach dieser Rede war klar, dass die Möglichkeit einer schwarz-blauen Koalition bestand, falls die Volkspartei die Forderungen der Freiheitlichen akzeptierte. Die Möglichkeit einer rot-blauen Koalition hatte Peter jedoch ausgeschlossen. Als Gründe nannte Peter in einem Interview, dass die SPÖ in der Wirtschaftspolitik ein Subventions- und Verteilungdenken hat, von dem sich die FPÖ grundsätzlich zu distanzieren hatte. Er betonte aber, dass er den SPÖ-Vorsitzenden Kreisky persönlich schätzte. Als Reaktion auf diese Erklärung erwartete er sich einen großen Stimmzuwachs im Vergleich zum Jahr 1966. An der Regierung wollte sich die FPÖ aber nur beteiligen, wenn sie mindestens sechs Mandate erhielt. Im Falle einer Regierungsbeteiligung der FPÖ war Friedrich Peter der Meinung, dass er selbst kein Regierungsmitglied werden sollte,

¹⁰⁰ Gruber. S. 71

sondern dass er selbst die „Führung der parlamentarischen Kampfmannschaft, also der Nationalratsfraktion übernehmen sollte, um allfällige freiheitlichen Minister zu unterstützen“.¹⁰¹

So war der ÖVP die Möglichkeit genommen, die Gefahr von rot-blau an die Wand zu malen, die SPÖ hingegen konnte weiter gegen schwarz-blau polemisieren. Weiters war für Peter die Verlängerung der Alleinregierung der ÖVP im Vergleich zur großen Koalition das geringere Übel.¹⁰² Grundsätzlich strebte die FPÖ eine kleine Koalition mit der ÖVP an, von der sie annahm, keine absolute Mehrheit zu erreichen.¹⁰³

Die ÖVP reagierte auf Peters Aussage, keine Koalition mit den Sozialisten eingehen zu wollen, folgendermaßen: Withalm wertete es als Vorteil für die SPÖ und warf der FPÖ vor, der ÖVP damit nur Stimmen wegzunehmen.¹⁰⁴ Kreisky hingegen, der ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen SPÖ und ÖVP postulierte, sagte zur Auswirkung des Koalition-Neins der FPÖ:

„Ich bin der Meinung, dass das regional verschieden ist: Dass in gewissen Bundesländern die Erklärung, sofern sie bekannt ist, nicht geschadet hat und dass in gewissen Bundesländern, dass sie, ja, geschadet hat und zu einer totalen Desorientierung geführt hat.“

Eine Rechtskoalition zwischen ÖVP und FPÖ hielt Kreisky für möglich, falls die SPÖ nicht stark genug wäre, dies zu verhindern. Weiters gäbe es „die Möglichkeit einer neuen Form der Zusammenarbeit der beiden großen Parteien“, die jedoch andere Grundsätze zur Basis hätte als in der Vergangenheit. Eine kleine Koalition zwischen rot und blau bezeichnete er als „nicht drin“.

„Weil die FPÖ eine sehr konservative Partei ist, die unter anderem auch sehr reaktionäre Auffassungen der Sozialpolitik vertritt, und daher eine organische Zusammenarbeit nur schwer möglich erscheint.“

Er betonte aber das Streben der SPÖ, ihr Wahlziel zu erreichen, nämlich einen „so eindeutigen Wählerauftrag wie möglich“ zu erhalten. Der eindeutigste Auftrag wäre die absolute Mehrheit, dennoch ließen sich andere Entscheidungen nicht ausschließen, auch nicht die Opposition. Entscheidend sei der Wählerauftrag, so Kreisky.¹⁰⁵

¹⁰¹ JM-700116_a.

¹⁰² Lepuschitz. S. 83

¹⁰³ Hölzl. S. 149 f.

¹⁰⁴ JA-700213_b.

¹⁰⁵ JM-700218_a.

Die Angst vor der „roten Katze“, die die ÖVP trotz allem immer wieder aufzubauen versuchte, hatte Kreisky der Öffentlichkeit schon 1969 genommen, als er in seiner Eisenstädter Erklärung die mögliche Koalition mit der KPÖ verneinte.¹⁰⁶

Die SPÖ trat – offiziell zumindest – für die große Koalition ein, wie das obige Zitat aus einem ORF-Journal belegt. Die ÖVP hingegen, vor allem ihr Spitzenkandidat Klaus, strebte abermals die Alleinregierung an, denn:

„Das System einer starken Regierungspartei und einer starken Opposition sei für die parlamentarische Demokratie viel gesünder, als es Koalitionen sein können.“¹⁰⁷

Schließlich hätte sich das System der Alleinregierung in den letzten dreieinhalb Jahren durchaus bewährt, so Bundeskanzler Klaus. Dagegen sprachen aber Meinungsumfragen im Sommer 1969, die bestätigten, dass die Beliebtheit der ÖVP gesunken war. Dennoch wollte die ÖVP an ihrem Wahlziel, nämlich die Erneuerung des Wählerauftrages für eine Alleinregierung in der kommenden Legislaturperiode, festhalten. Dazu wollte Klaus verstärkt auf die Leistungen der Regierung in den letzten vier Jahren hinweisen und auf die Ziele der ÖVP für die Siebzigerjahre. Im Journal-Interview bestand der Redakteur Helmut Pfitzner darauf, dass zu dieser Zeit, das heißt Anfang September 1969, nichts nach einer absoluten Mehrheit für die ÖVP aussähe und fragte, was Klaus dann zu tun gedenke. Klaus erwiderte abschweifend, dass man nur eine Partei, nicht aber eine Koalition wählen könnte. Und er hielt eine starke Regierung und eine starke Opposition für eine parlamentarische Regierung geeigneter als eine Koalition, in der Misstrauen, Proporz und Veto herrschten. Weiters bezeichnete er Koalitionen allgemein, egal ob groß oder klein, als „bedeutendes Übel“. Ob er der ÖVP als Oppositionspartei noch vorstehen wollte, läge nicht in seiner Entscheidung, sondern das hatte der Bundesparteitag zu beschließen. Er wäre aber bereit, sich auch dieser Aufgabe zu stellen, so Klaus Anfang September 1969. Einer Koalitionsregierung wollte er aber nicht angehören, selbst wenn er Bundeskanzler bliebe.¹⁰⁸

Noch Mitte Februar gab sich der ÖVP-Generalsekretär Hermann Withalm hoffnungsfroh. Er sprach von einer „Aufbruchstimmung“ in der österreichischen Bevölkerung und meinte, dass die ÖVP nach seinem Gefühl von den Wahlveranstaltungen wieder stark im Kommen sei. Prognosen, welche Entscheidung die ÖVP je nach Wahlausgang treffen würde, wollte er nicht geben. Grundsätzlich lehnte er aber jegliche Koalition ab, was er mit folgenden Worten begründete:

¹⁰⁶ Gruber. S. 70

¹⁰⁷ Lepuschitz. S. 84

¹⁰⁸ JM-690903_a.

„Wenn ich davon sprach, dass wir jede Koalition ablehnen, bzw. ihr absagen, die sozialistische genauso und erst recht schon, wie ich sagte, die mit den Freiheitlichen, dann wollte ich damit zum Ausdruck bringen: Die Sozialisten haben uns ja eine Koalition nicht angeboten, während die Freiheitlichen diese Koalition in einer geradezu aufdringlichen Form uns angeboten haben. Und ich liebe das nicht, wenn sich jemand in aufdringlicher Art und Weise anbietet, wie das hier geschehen ist, und deshalb der hier von mir gebrauchte Ausdruck. Das hat mit einer Wertung absolut nichts zu tun gehabt (...).“¹⁰⁹

Kurz vor der Wahl bekräftigte Bundeskanzler Klaus abermals seinen Entschluss, einer Koalitionsregierung nicht als Bundeskanzler zur Verfügung stehen zu wollen. Die Parteiobmannschaft wäre daran aber nicht gekoppelt, diese Frage müsste auf einem Parteitag nach dem Wahltag geklärt werden, so Klaus.¹¹⁰

Die ÖVP wollte alleine regieren, nicht in einer Koalition. Ihr Spitzenkandidat Klaus stand für eine Koalitionsregierung als Kanzler nicht zur Verfügung.¹¹¹ Diese Erklärung machte die ÖVP unflexibel, denn sie musste sich sowohl von der SPÖ als auch von der FPÖ, die ihr öffentlich ein Angebot gemacht hatte, distanzieren. Die SPÖ wirkte dabei schon offener: Sie hatte einzig die Zusammenarbeit mit der KPÖ ausgeschlossen, was ein guter taktischer Schachzug war, den die Partei 1966 verabsäumt hatte. Weiters hatte nicht die SPÖ die FPÖ als Koalitionspartner ausgeschlossen, sondern es war umgekehrt, wodurch Kreisky nicht zum Nein-Sager stilisiert werden konnte und dennoch die Angst in der Bevölkerung vor einer Regierungsbeteiligung der FPÖ im Falle einer nur relativen Mehrheit der SPÖ gebannt war. Letzten Endes gab sich die SPÖ interessiert an einer großen Koalition und erschien somit als freundlicher und aufgeschlossener als die Klaus-ÖVP, die nach außen hin alleine oder gar nicht regieren wollte.

2.2.6. Wählerrends im Laufe des Wahlkampfes

In tagesaktuellen Medien spielen naturgemäß Meinungsumfragen und momentane Stimmenverteilungen eine größere Rolle als in wissenschaftlichen Werken, die rückblickend die politischen Vorgänge in der Wahlkampfzeit beurteilen. In den noch vorhandenen Journalbeiträgen aus 1969/1970 lassen sich schön Veränderungen in der Wählergunst analysieren.

¹⁰⁹ JA-700213_b.

¹¹⁰ JM-700225_d.

¹¹¹ Woche sländer. S. 176

Im August 1969 teilte Karl Blecha vom Institut für empirische Sozialforschung (IFES) nach einer Meinungsumfrage mit, dass die Ergebnisse kaum von jenen des ersten Quartals des Jahres 1969 abwichen. In der Umfrage sprachen sich 33% für die Volkspartei aus, 41% für die SPÖ, 5% für die FPÖ. 20% verweigerten die Antwort oder waren unentschlossen. Dennoch, so Blecha, hätten die meisten scheinbar Parteilosen trotz allem eine bestimmte Parteienbindung, vorwiegend zu ÖVP oder FPÖ, weniger zur SPÖ. Professor Fritz Karmasin, Leiter des Gallup-Instituts, kam zum selben Ergebnis: Die Regierungspartei ÖVP büßte an Sympathiewerten ein, die beiden Oppositionsparteien SPÖ und FPÖ hingegen konnten Gewinne verzeichnen. Als Gründe nannte er zum einen den „Schock der Bevölkerung auf die Einparteienregierung“, zum anderen die einschneidenden wirtschaftlichen Maßnahmen. Die Persönlichkeitswertung sah hingegen anders aus: Bundeskanzler Klaus war immer noch die beliebteste politische Persönlichkeit. Die Mehrheit bevorzugte ihn als Bundeskanzler, an zweiter Stelle kam Bruno Kreisky. Das zeigte, dass selbst SPÖ-Wähler Klaus als Bundeskanzler lieber sähen als ihren eigenen Parteivorsitzenden. Somit war es schon 1969 klar, dass im Wahlkampf entscheidend werden würde, wie sehr die Parteien auf die Persönlichkeit ihrer Spitzenkandidaten setzten.¹¹²

Ende Jänner 1970, etwas mehr als einen Monat vor dem Wahltag, führte die dem ÖGB nahe stehende Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft eine Meinungsumfrage durch. Thema dabei war die bevorzugte künftige Regierungsform. Nur 5% der Befragten hielten eine kleine Koalition, also rot-blau oder schwarz-blau, für wünschenswert. Ein überraschend hoher Prozentsatz der Befragten bevorzugte eine Konzentrationsregierung, nämlich durchschnittlich 12%, 22% davon waren nicht deklarierte Wähler. Mehr als die Hälfte der Befragten, war jedoch für die Zusammenarbeit der Parteien, also für die große Koalition zwischen SPÖ und ÖVP oder für eine Konzentrationsregierung. Dennoch war diese Zahl seit 1966 zurückgegangen – die Wähler hatten in den vergangenen vier Jahren gesehen, dass auch eine Alleinregierung möglich und wünschenswert war. 55% der Befragten wünschten eine Alleinregierung ihrer bevorzugten Partei, wobei nur 17% der ÖVP-Wähler glaubten, dass eine ÖVP-Alleinregierung zustande kommen könnte. Die SPÖ-Wählern waren skeptischer als die ÖVP-Wähler. Von ihnen hielten lediglich 6% eine Alleinregierung ihrer Partei (der SPÖ) für wahrscheinlich. Die Mehrheit aller Wähler erwartete eine große Koalition: 25% mit der ÖVP als stärkster Partei und 20% mit der SPÖ als stärkster Partei. Grund für die positive Meinung zur großen Koalition war, dass diese Zeit in der Erinnerung der Österreicher „nicht das finstere Mittelalter war, sondern die gute alte Zeit“, so Heinz Kienzl, Leiter der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft.¹¹³

¹¹² JM-690816_a

¹¹³ JM-700129_a

Dreieinhalb Wochen vor der Wahl stimmten in einer Umfrage des Gallup-Institutes 45% der Befragten mit „ja“ zur kleinen Koalition, 30% mit „nein“. Ein Viertel war unentschieden, welche Regierungsform die für sie beste wäre, falls keine der Großparteien die absolute Mehrheit erringen sollte. 52% bevorzugten die kleine Koalition zwischen ÖVP und FPÖ, 39% SPÖ und FPÖ. Mehr als zwei Drittel (67%) der FPÖ-Wähler wollten lieber die Koalition mit der ÖVP sehen, als mit der SPÖ. Die Erklärung des FPÖ-Obmannes Peter vom 16. Jänner, dass er nur eine Koalition mit der ÖVP eingehen wollte, nicht jedoch mit der SPÖ, begrüßten 62% der Befragten, da dadurch alle Zweifel ausgeschlossen wurden.¹¹⁴

2.2.7 Schlussplädoyers der Spitzenpolitiker

Am 28. Februar, einen Tag vor den Nationalratswahlen, gaben die drei Spitzenkandidaten in einer Fernseh-Wahlsendung ihr Schlussplädoyer ab. Im Hörfunk-Abendjournal wurden alle drei Statements in voller Länge wiedergegeben.

Zuerst war Bundeskanzler Klaus an der Reihe:

„Auf meiner Wahlreise bin ich über hunderttausend Österreichern begegnet. Und ich habe in dieser Zeit an die 5.000 Zuschriften erhalten. In diesen wird mir immer wieder eine bestimmte Frage gestellt, wie zum Beispiel: Warum verkauft Ihre Regierung Ihre Politik so schlecht? Ja, meine Damen und Herren, wir wollten nicht primär etwas verkaufen, sondern wir wollten etwas leisten. Und in der Demokratie ist es nun einmal so, dass nicht allein die Regierung etwas zu sagen hat. Wir sind in den letzten vier Jahren und vor allem in den letzten Wochen einer äußerst negativen Propaganda ausgesetzt gewesen. Erinnern Sie sich: Österreich wurde als das Armenhaus Europas hingestellt, unsere Wirtschaft als eine Misswirtschaft, die Leistungen der Regierung wurden verleugnet und der steigende Lebensstandard einfach abgestritten. Sie wissen es aber besser, denn jeder kann sichtbare Erfolge bemerken. Wer sehen will, der kann sehen: neue Schulen und Studentenheime, neue Wohnblocks und Eigenheime, neue Straßen und Autobahnen, neue Kraftwerke und Fabriken. Das danken wir in erster Linie der Leistung aller Österreicher und diese Leistung lassen wir uns von niemandem abstreiten. Aber ich glaube, noch eines gilt: Unsere Politik kann nicht so schlecht gewesen sein, wenn wir auf solche Erfolge hinweisen können. Und dann ist den verschiedenen Diskussionen und

¹¹⁴ JM-700205_b

Zuschriften noch etwas gesagt worden, so wie zum Beispiel von dem früheren Abgeordneten Oskar Helmer, der einmal geschrieben hat: Sie sind zu dem Opfer der politischen Selbstverbrennung ? (unverständlich). Glauben Sie mir. Ich nehme das Amt des Bundeskanzlers nicht so leichtfertig. Aber ich habe meine Erfahrungen gemacht. Ich habe die Koalitionsregierung erlebt als Finanzminister und als Bundeskanzler. Und die Sozialisten waren es, die sich als Opposition in der Regierung bezeichnet und auch so verhalten haben. Und jetzt soll wieder Proporz und Postenschacher und Päckelei statt sachlicher Arbeit in Österreich herrschen. Nein, ich glaube das können wir uns in den Siebzigerjahren einfach nicht leisten. Und jahrelang haben doch fast alle Österreicher über den alles lähmenden Proporz entweder geschimpft oder gelacht und nun auf einmal soll das alles wieder gut sein. Deswegen steht mein Entschluss nach wie vor fest: Ich werde in einer Koalition nicht mehr Bundeskanzler sein. Aber ich bin zuversichtlich, dass Sie mir morgen wieder eine Mehrheit geben, und diese Mehrheit wird wieder nicht missbraucht. Und in den verschiedenen Jugendparlamenten oder in der großen Fernsehdiskussion, die wir in Linz in den Stickstoffwerken abgehalten haben, oder in den Jugendparlamenten zuletzt in Knittelfeld und Mürzzuschlag ist mir vor allem von jungen Wählern immer wieder die Frage gestellt worden, welche Chance sie in dem Österreich von morgen und in dem Europa von morgen hätten. Ich sehe eine Chance, dass nämlich Österreich in den nächsten Jahrzehnten in die Spitzengruppe der wohlhabendsten kleinen Nationen vorrückt. Dies allerdings nur dann, wenn wir weiterhin eine echte soziale Leistungsgemeinschaft und eine echte Bildungsgesellschaft ausbauen. Die letzten internationalen Vergleichsdaten zeigen uns schon auf diesem Wege. Und dann sehe ich eine noch größere Perspektive: Österreich ist unser Vaterland, Europa unsere Chance, die Dritte Welt der jungen Staaten aber unsere Verpflichtung. Und mit der Freiheit ist es so wie mit der Luft, die wir atmen: Wenn wir nicht mehr genug davon haben, dann ist es zu spät, um uns über ihren Wert Gedanken zu machen. Die Freiheit muss uns daher auch ein Opfer wert sein. Und nun zum morgigen Tag. Die Verantwortung, die wir jetzt vier Jahre getragen haben, legen wir morgen in Ihre Hände. Durch Ihren Stimmzettel werden Sie nicht nur Ihr persönliches Schicksal, sondern auch das weitere Schicksal Österreichs entscheiden. Und denken Sie, wenn Sie in die Wahlzelle eintreten, was Ihnen vor allem anvertraut ist: Wir haben in Österreich mehr Freiheit als im Osten und mehr Ordnung als im Westen. Soll es nie schlechter um dieses Land bestellt sein. Dann wird es uns gelingen, in noch besseren Jahren uns eine schönere Heimat und eine

*bessere Zukunft gemeinsam aufzubauen. Machen Sie morgen alle von Ihrem Wahlrecht Gebrauch und denken Sie dabei zuerst an Österreich.*¹¹⁵

Der SPÖ-Vorsitzende Kreisky gab als Zweiter sein letztes Fernsehstatement ab. Man beachte die häufige Wiederholung des SPÖ-Slogans „Modernes Österreich“:

„Ich möchte, da ja viele Millionen Österreicher und Österreicherinnen sich schon entschieden haben werden, nur eine Zusammenfassung der Argumente hier vorbringen, die wir in der Wahlbewegung verwendet haben. Ich habe eine lange Reise durch Österreich hinter mir. 10.000 km lang war diese Reise. Das heißt so lange wie die Luftlinie von Wien bis Hongkong. Ich bin mit hunderttausenden Menschen in Verbindung gekommen, ich habe über 440 [Anm.: 44?, unverständlich gesprochen] Versammlungen abgehalten und das Schöne an dieser Bewegung, an dieser Wahlbewegung war, dass es nirgends Gefühle des Hasses, der Intoleranz gegeben hat, auch dort nicht, wo sehr viele politischen Gegner zu meinen Veranstaltungen gekommen sind. Und das besonders Schöne war die Zuversicht meiner Parteifreunde, die diesem ersten März wirklich voll Hoffnung entgegensehen. Wir haben seit über zwei Jahren, um gut vorbereitet zu sein, mit mehr als 1.400 Fachmännern und –frauen aus allen Teilen unseres öffentlichen, unseres staatlichen Lebens zusammengearbeitet, um ein großes Programm für ein modernes Österreich zu erstellen. Und ich habe mich der Hoffnung hingegeben, dass es vor diesen Wahlen am 1. März zu einer echten Auseinandersetzung zwischen uns und der ÖVP über diese Fragen kommen wird. Wir haben den Österreichern und Österreicherinnen ein Programm für ein modernes Österreich vorgelegt, und die ÖVP ist mit den Kapuzenmännern gekommen. Wir haben eine große Alternative präsentiert, und die ÖVP kam mit einem Plakat, das die rot-weiß-rote Fahne, unsere Fahne, zeigt, wie sie eine rote Faust umkrallt hält und niederreißen will. Das sagt die ÖVP-Propaganda von einer Partei, aus deren Reihen die vier Bundespräsidenten der Zweiten Republik gekommen sind. Aber nun genug von dem. Die Sozialistische Partei wird, und das sage ich im vollen Bewusstsein der Verantwortung, die ich als Vorsitzender dieser großen Partei trage, wenn sie durch das Vertrauen der Wähler und Wählerinnen zur Regierungsverantwortung berufen werden wird, alles tun, um zu einer gerechten Steuerreform zu kommen, die verhindern muss, dass die Abgeltung der Teuerung, dass auch die kleinste Steigerung des Lebensstandards

¹¹⁵ JA-700228_a

vom Finanzamt konfisziert wird. Die SPÖ wird dafür eintreten, dass es in der Landesverteidigung keinen Leerlauf gibt, und wir sind daher dafür, dass die Dienstzeit auf sechs Monate herabgesetzt wird. Wir werden dafür eintreten, dass es zu einer Besteuerung der öffentlichen Mandatare kommen wird, die die Regierungspartei bisher nicht wirklich in Angriff genommen hat, die in der öffentlichen Meinung auch verstanden wird und auch vertreten werden kann. Ich sagte ja schon: Über 1.400 Fachleute haben mit uns zusammen dieses große Programm für ein modernes Österreich erarbeitet. Wir werden uns vom ersten Tag an die Arbeit machen. Für dieses moderne Österreich, das den Jungen echte Chancen geben wird und dennoch auf die Älteren nicht vergessen darf. Dieses moderne Österreich, das wir bauen wollen, wird ein gutes Vaterland und eine sichere Heimat des ganzen Volkes sein.“¹¹⁶

Als letzter kam FPÖ-Obmann Peter zu Wort. Auch er baute als Schluss den FP-Wahlslogan „Damit die Richtung stimmt“ ein:

„Am Ende dieses Nationalratswahlkampfes danke ich Ihnen, meine Damen und Herren, und vor allem der jungen Generation für das gegenüber der Freiheitlichen Partei bekundete Verständnis und Interesse. Wir Freiheitlichen haben in diesem Wahlkampf weder Gespenster beschworen noch haben wir den politischen Gegner verteufelt und an ihm Rufmord begangen. Wir haben mit der Formel 70 den konstruktiven Weg Österreichs aufgezeigt und dargelegt, wie wir die vor uns stehenden Probleme lösen wollen. Wir haben in freiheitlichen Veranstaltungen weder einen Dr. Klaus diffamiert, noch einen Dr. Kreisky verteufelt. Wir haben darüber hinaus dem Wähler vor dem Wahltag reinen Wein eingeschenkt, ihm unmissverständlich gesagt, was wir mit seinem Vertrauen und mit seiner Stimme nach dem Wahltag tun werden. Wir Freiheitlichen gehen nach dem 1. März keine Koalition mit den Sozialisten ein. Wir helfen keinem Sozialistischen Bundeskanzler in den Sattel, mit unserer Hilfe wird Dr. Bruno Kreisky nicht einmal Vizekanzler. Es steht heute schon fest, dass die ÖVP weiter in der Regierung sein wird, aber Sie, meine Damen und Herren, entscheiden morgen mit dem Stimmzettel, ob die Freiheitlichen oder ob die Sozialisten Regierungspartner der ÖVP sein werden. Meine Damen und Herren, es ist in diesen Tagen die Rede davon gewesen, dass es ein sportlicher Wahlkampf war. In diesem Wahlkampf hatte nur einer ein Handicap: die Freiheitliche Partei. Uns standen nicht jene Wirkungsmöglichkeiten zur Verfügung wie der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei. Wir hoffen und glauben aber, dass wir durch unsere Arbeit, durch die

¹¹⁶ JA-700228_b.

Persönlichkeit unserer Wahlwerbung, ihre Ideen und Zielsetzungen, Ihr Vertrauen morgen gewinnen werden. Um dieses Vertrauen, meine Damen und Herren, bitte ich namens der Mitarbeiter des FPÖ-Teams und der Freiheitlichen Wahlwerber recht herzlich. Ich weiß, wählen ist mit Risiko verbunden. Seien Sie aber versichert: Wir wollen Ihr Vertrauen nicht nur am Wahltag gewinnen, wir wollen es am Wahltag bewahren und auch nachher erhalten, einfach dadurch, dass wir Ihnen im Wort bleiben und das halten, was wir vor dem Wahltag versprochen haben. Nochmals bitte ich Sie herzlich um Ihre Stimme für die Freiheitliche Partei, für die Liste 3. Wählen Sie freiheitlich: Dann stimmt die Richtung Österreichs in den Siebzigerjahren.“¹¹⁷

2.2.8. Resümee

Erstmals in der Geschichte der österreichischen Wahlkämpfe gab es eine Wahl ohne Kampf, schreibt Hölzl. Aus dem Nebeneinander verschiedener Parolen war ein Dialog geworden, aus Rede und Gegenrede. Man hörte dem anderen zu. Das war neu.¹¹⁸ Es kam zu einer Wahldiskussion ohne Zorn und ohne Hass, was als Zeichen höherer demokratischer Reife einer besser informierten und damit kritischeren Wählerschaft zu deuten sein könnte.¹¹⁹

Man konnte die neue Form der Kommunikation auch negativ betrachten: FPÖ-Obmann Peter bezeichnete in einem Hörfunkinterview die Fernsehdiskussion zwischen dem SPÖ- und dem ÖVP-Spitzenkandidaten Kreisky und Klaus als „keine Konfrontation, sondern ein Koalitionsgeplätscher über die abgelaufene Legislaturperiode“.¹²⁰

Auch von der Gruselpropaganda mit den Kapuzenmännern nahm man 1970 Abschied. Die ÖVP hatte sich zwar auch in diesem Wahlkampf immer wieder in der Angstmacherei versucht, musste es aber letztlich aufgeben. Auch der SPÖ waren zwei Entgleisungen in das Horrorfach passiert. Dennoch gehörte auch dieses ab 1970 der Geschichte an. „1970 wurde der Geisterbahnzug mit den traditionellen österreichischen Wahlkampfgespenstern nach einer Fahrt von genau einem Vierteljahrhundert gestoppt. Nicht Gruselprodukte wie Katze, Spinne, Polyp, Galgenstrick oder Kapuzenmann kämpfen weiterhin für Politiker. Die Politiker müssen sich selbst engagieren.“¹²¹

So kam es 1970 erstmals zu einem Kampf der politischen Persönlichkeiten. Die Spitzenkandidaten wurden zur personifizierte Partei, man bastelte am eigenen Image.

¹¹⁷ JA-700228_c.

¹¹⁸ Hölzl. S. 156

¹¹⁹ Ders. S. 160

¹²⁰ JM-700129_b.

¹²¹ Hölzl. S. 160

1970 markierte einen Wendepunkt in österreichischen Wahlauseinandersetzungen: Die Wahl wurde zu einem Wettbewerb zwischen Personen, nicht zwischen Parteien. In den Sechzigerjahren konzentrierte man sich noch auf Parteien, in den Siebzigern verlagerte sich die Aufmerksamkeit auf politische Akteure.¹²²

2.3. Der Wahltag: 1. März 1970

2.3.1. Technik und Struktur

Für die Berichterstattung über die Nationalratswahlen 1970 wurde vom ORF ein großer technischer Aufwand betrieben: 28 Redakteure und 51 Techniker waren im Einsatz, ein großer Stereoübertragungswagen und drei Schnellreportagewagen. Es wurde aus den drei Parteizentralen in Wien übertragen, aus dem Wiener Rathaus, sowie aus den anderen acht Bundesländern. Die Nationalratswahlen 1970 waren die ersten Wahlen seit der Rundfunkreform 1967.

Ein Spezifikum der Wahlen 1970 war die ORF-Computeranalyse. Dabei ging es nicht um Hochrechnungen und Prognosen, sondern um die Ermittlung, warum das Wahlergebnis „so und nicht anders ist“, so der zuständige Redakteur, Gundomar Eibegger. Es sollte aufgeklärt werden, welche Bevölkerungsschichten welche Partei gewählt haben, in welchen Bereichen sich die stärksten Abweichungen von vorhergehenden Wahlen ergeben hatten. Erstmals konnten derartige Analysen schon am Wahlabend präsentiert werden. Der ORF war dabei auch international der Spitzenreiter. Die Trendanalyse funktionierte folgendermaßen: Aus den dreitausend österreichischen Gemeinden wurden achthundert ausgewählt, die repräsentativ waren. Aus diesen Gemeinden wurde das Ergebnis telefonisch an das ORF-Rechenzentrum im vierten Wiener Gemeindebezirk weitergegeben. Das daraus errechnete und gruppierte Ergebnis wurde dann ins Computerstudio im Innenministerium weitergegeben. Die Vorprogrammierung des Computers hatte zwei Monate gedauert.¹²³ Detaillierte Ergebnisse aus der ORF-Computeranalyse werden in der vorliegenden Arbeit nur sehr knapp wiedergegeben.

Die zweite wichtige Informationsverarbeitungsstelle war das IBM-Hochrechnungszentrum. Dort bediente Professor Gerhart Bruckmann, der Leiter des Instituts für Höhere Studien, den Computer. Der zuständige Redakteur war Hugo Portisch. Zuerst berechnet wurden Ergebnisse

¹²² Prochart. S. 61 ff.

¹²³ JS-700301_a-[02].

aus jenen Gemeinden, die schon um 14 Uhr Wahlschluss hatten, weitere Daten wurden dem Computer laufend zugeführt. So konnte um 17 Uhr bereits die erste Hochrechnung erfolgen. Erstmals wurde das Computersystem 1966 angewandt, bis 1970 wurde es weiter verfeinert: Statt mit zwei wurde nun mit sechs Methoden hochgerechnet. Die ersten Wahlergebnisse stammten, wie üblich, aus kleinen Gemeinden. Es war die Aufgabe des Rechenprogramms, diese Inhomogenitäten in das Wahlergebnis mit einzubeziehen. Um 17 Uhr würden acht bis neun Prozent aller Stimmen vorliegen. Bei der ersten Hochrechnung könnte die Anzahl der Mandate im Vergleich zum Endergebnis um plus oder minus zwei Mandate für jede Partei differieren. Innerhalb dieser Bandbreite würde um 17 Uhr dann das Ergebnis bereits feststehen.¹²⁴

Die gesamte Wahlberichterstattung dauerte von 16 Uhr 30 bis 22 Uhr, das heißt, es wurde fünfeinhalb Stunden lang berichtet. Im Vergleich dazu die Berichterstattungsdauer auf Ö1 am Wahltag der Nationalratswahlen 2002: Von 17 bis 20 Uhr 05 gab es ein Sonderjournal, das heißt, man berichtete „nur“ etwas über drei Stunden. Um 22 Uhr gab es dann ein weiteres halbstündiges Sonderjournal.

Das Sonderjournal zur Nationalratswahl 1970 bestand aus aufeinander folgenden Berichten aus den drei Parteizentralen in Wien, sowie aus den neun Zentralen in den Bundesländern. Dort wurden Interviews mit Spitzenpolitikern gemacht. Weiters gab es Ergebnisse aus dem Hochrechnungszentrum, der ORF-Analyse und Detailliergegebnisse für einzelne Bezirke. Dazwischen wurden immer wieder Nachrichtenblöcke und Musikbrücken eingeschoben, die jedoch nur teilweise oder nicht mehr erhalten sind. Ein interessanter Beitrag war eine Journalistendiskussion über Zwischenergebnisse kurz vor 18 Uhr.

2.3.2. Hochrechnungen und Stellungnahmen

Hier sollen die Hochrechnungsergebnisse wiedergegeben werden und die interessantesten Stellungnahmen der Politiker, nicht aber detaillierte Zahlen für jedes Bundesland. Grundsätzlich muss gesagt werden, dass es an diesem Wahlabend zu keinen überaus spannenden Aussagen kam. Jeder hielt sich bedeckt über das weitere Vorgehen der Partei oder der eigenen Person. Gründe für den Erfolg der SPÖ und den Misserfolg der ÖVP wurden nur oberflächlich behandelt. Es schien, als ob niemand ins „Fettnäpfchen“ treten wollte.

Die erste Prognose, die erste Hochrechnung, wurde um 17 Uhr gegeben. Sie wurde aus 8,4% aller Stimmen errechnet, wobei Vorarlberg bereits komplett ausgezählt war, sieben bis acht

¹²⁴ JS-700301_a-[03, 04].

Prozent der Landgemeinden und null Prozent in Wien. Es zeichnete sich ein überraschend hoher Wahlsieg der SPÖ ab, knapp an der absoluten Mehrheit, nämlich 82 bis 83 Mandate. Die ÖVP hatte ihre absolute Mehrheit verloren. Professor Bruckmann prognostizierte für sie 76 bis 77 Mandate, für die FPÖ fünf bis sechs. Schwankungen um ein Mandat nach unten und oben waren noch möglich.¹²⁵

Die erste Reaktion in der ÖVP-Zentrale war gefasst. Generalsekretärstellvertreter Pisa nahm als Erster Stellung. Er sagte, dass der Trend zur SPÖ im Westen am stärksten wäre und gegen Osten ein wenig abflachte. Genauso verhielte es sich mit der FPÖ. Einen Grund für das Wahlergebnis sah er in der Aussage von FPÖ-Obmann Peter am 16. Jänner, als er verkündete, nur eine Rechts-, aber keine Linkscoalition eingehen zu wollen. Es wären Wähler von der ÖVP zur FPÖ abgewandert und FPÖ-Wähler zur SPÖ. Die Mobilität der Wählerschaft hatte sich bestätigt. Zwei weitere Gründe wären das schlechtere Abschneiden der ÖVP in ländlichen Gebieten und die Erstwähler, so Pisa.¹²⁶

In der SPÖ-Zentrale stammten die beiden ersten Reaktionen von den Zentralsekretären Gratz und Probst. Gratz schlug vor, die endgültigen Ergebnisse abzuwarten. Er wollte nicht von der absoluten Mehrheit sprechen, meinte aber, dass bei 83 Mandaten für die SPÖ zumindest keine „kleine Koalition der Verlierer“ möglich wäre. Er führte das positive Ergebnis für die SPÖ auf die konsequente Oppositionspolitik im Parlament zurück und die Entwicklung der Konzepte und deren Darlegung vor dem Wähler. Die Reduktion der Präsenzdienstzeit auf sechs Monate könnte Jungwähler beeindruckt haben, so Gratz, doch ob dies wahlentscheidend war, konnte er nicht sagen. Zentralsekretär Probst erwartete auch in Wien ein gutes Ergebnis für die SPÖ. Die SPÖ hatte in den vier Jahren Opposition Kritik geübt, die Verwaltung der ÖVP kontrolliert und eigene Konzeptionen entwickelt. Auf die Frage, wie viele Personen sich mit dem Sieg rühmen würden, obwohl Kreisky eigentlich alleine den Wahlkampf geführt hatte, antwortete Probst mit einem alten chinesischen Sprichwort:

„Der Sieg hat tausend Väter, die Niederlage ist ein Waisenkind.“

Über mögliche Regierungszusammensetzungen wollte niemand Auskunft geben.¹²⁷

In der FPÖ war man überrascht über das gute Abschneiden der SPÖ. FP-Presseschef Bruno Müller war aber nicht sehr erfreut über den momentanen Mandatsstand, da man schon bisher sechs Mandate gehabt hatte und auf deren Erhöhung gehofft hatte. Er wies auf die ungerechte Wahlarithmetik hin, die die kleinen Parteien benachteiligte. Der ORF-Reporter Machatschke

¹²⁵ JS-700301_a-[06].

¹²⁶ JS-700301_a-[07].

¹²⁷ JS-700301_a-[08].

wies darauf hin, dass die FPÖ mit „Kein roter Bundeskanzler, kein schwarzes Österreich“ geworben hatte, und ersteres Ziel auf jeden Fall und zweiteres vermutlich auch verfehlt sein würde. Darauf wiederholte Müller, dass die FPÖ keinem Sozialisten auf den Bundeskanzlerposten helfen würde, dass die FPÖ ihr Versprechen halten würde.¹²⁸ Dass diese Aussage grundlegend falsch war, würde sich einige Wochen später zeigen.

Sehr früh an diesem Wahlabend, nämlich bereits um 17 Uhr 22, meldete sich Vizekanzler Withalm zu Wort. Er betonte, dass das, was das Volk gesprochen hatte, zur Kenntnis genommen werden müsse, ob es ihn persönlich nun freue oder nicht. Beschlüsse würden erst bei der Bundesparteileitungssitzung zwei Tage später gefasst werden. Da Bundeskanzler Klaus erklärt hatte, dass er einer Koalitionsregierung nicht mehr angehören würde, stand nun die Frage nach der Nachfolge der Parteispitze im Raum. Withalm erklärte, sich für alles, was seine Partei von ihm verlangte, zur Verfügung zu stellen.¹²⁹

Die ersten kompletten Ergebnisse kamen aus Vorarlberg. Der ÖVP-Spitzenkandidat und Landeshauptmann Herbert Kessler äußerte sich zum Stimmenverlust seiner Partei um über sieben Prozent in Vorarlberg, indem er sagte, dass das Spitzenergebnis von 1966 auf ganz besondere Umstände zurückzuführen gewesen sei. Das Ergebnis von 1970 entspräche jenen von 1962. Grundsätzlich wäre das Ergebnis von rund 55% für die Vorarlberger ÖVP ohnehin gut, im Vergleich zum Abschneiden der Volkspartei im restlichen Österreich. Der Vorsitzende für die SPÖ-Vorarlberg, Roman Heinz, zeigte sich erfreut über den Stimmenzuwachs von fast neun Prozent. Die SPÖ hielt nun bei 31%. Verantwortlich dafür sah er die Jungwähler, jene FPÖ-Wähler, die mit Peters Aussage vom 16. Jänner nicht zufrieden waren, Grenzgänger und die Persönlichkeit Kreiskys. Die FPÖ hatte in Vorarlberg ihr Ziel, ein Grundmandat zu erreichen, knapp verfehlt.¹³⁰

Um 17 Uhr 40 gab es dann die Ergebnisse einer zweiten Hochrechnung, der Auszählungsgrad hatte bereits 11,8% erreicht. Die Mandatszahl für die SPÖ hatte sich eher auf die Zahl 82 eingependelt, die ÖVP lag bei 77 und die FPÖ bei 6 Mandaten. Die Bandbreite hatte sich eingeeengt und auf einen konkreten Wert zugespitzt. Die absolute Mehrheit für die SPÖ war demnach weiter entfernt als bei der ersten Hochrechnung. Der Unsicherheitsfaktor Wien blieb bestehen – bis zu dieser Uhrzeit wurden noch keine Stimmen ausgezählt.¹³¹

Schon um 17 Uhr 45 traf der Tagessieger, Bruno Kreisky, in der SPÖ-Wahlzentrale ein. Er zeigte sich sichtlich erfreut. Doch wollte Kreisky den Erfolg nicht seiner Person zuschreiben, sondern betonte die Wichtigkeit der 1.400 Experten, die an der Ausarbeitung des SPÖ-

¹²⁸ JS-700301_a-[09].

¹²⁹ JS-700301_a-[10].

¹³⁰ JS-700301_a-[12].

¹³¹ JS-700301_a-[13].

Programms „für ein modernes Österreich“ beteiligt waren. Er wollte noch keine endgültigen Aussagen zur Regierungsbildung treffen, hielt aber eine „Koalition der Verlierer für ganz ausgeschlossen“.¹³²

Bei der nächsten Hochrechnung kurz nach 18 Uhr betrug der Auszählungsgrad bereits 15,3%. Es zeigte sich, dass der Trend in städtischen Gebieten anders verlief als in den ländlichen. In die erste Hochrechnung waren fast nur ländliche Bereiche einbezogen worden, nun lagen auch schon die ersten Zahlen aus den Städten vor. Die Erwartung für die SPÖ war nunmehr auf 81 Mandate gesunken, jene der ÖVP auf 78 gestiegen und jene der FPÖ auf 6 Mandaten verblieben.¹³³

Trotz der Verbesserung der Mandatszahl für die ÖVP hatte sich die Stimmung in der ÖVP-Zentrale nicht gehoben. Mittlerweile war Bundeskanzler Klaus eingetroffen. Er gratulierte der SPÖ zu ihrem Sieg. Er zog Resümee über die Regierungstätigkeit seiner Partei, wies auf Errungenschaften, aber auch Fehler hin. Er meinte, dass es den Österreicherinnen und Österreichern 1970 besser ginge, als es ihnen 1966 gegangen war. Klaus wiederholte seinen Beschluss, an einer Koalitionsregierung nicht mitarbeiten zu wollen und betonte auch, dass er bei den Bundespräsidentenwahlen 1971 nicht als Kandidat zu Verfügung stehen würde.¹³⁴

Bei der SPÖ bat Klubobmann Pittermann seine Partei, ihn im Falle einer großen Koalition nicht mit einem Ministeramt zu betrauen. Er meinte, er habe schon lange genug einer Regierung angehört und seine Erfahrung sei im Parlament nützlicher als in der Regierung. Er kritisierte die Aussage von Bundeskanzler Klaus, sich nur an einer ÖVP-Alleinregierung beteiligen zu wollen, nicht jedoch an einer Koalitionsregierung. Er empfand das als Anmaßung, denn seiner Meinung nach müsse ein Politiker den Auftrag des Volkes so erfüllen, wie er ihm erteilt wurde.¹³⁵

Mit dem derzeitigen Mandatsstand wurden von den Berichterstattern die große Koalition zwischen SPÖ und ÖVP und die kleine Koalition zwischen ÖVP und FPÖ als mögliche Regierungsformen erachtet.¹³⁶ Um kurz vor sieben Uhr wurde eine mögliche Veränderung in der Mandatsverteilung gemeldet: Die ÖVP näherte sich dem 79. Mandat, was für die FPÖ den Verlust eines Mandates bedeutet hätte. Selbst der Verlust eines weiteren Mandats an die ÖVP schien möglich. Auch zwischen ÖVP und SPÖ wären noch einige Verschiebungen zugunsten der Sozialisten möglich, so Professor Bruckmann. Dennoch hielt er die Verteilung von 81 – 78 – 6 für am wahrscheinlichsten.¹³⁷

¹³² JS-700301_a-[15].

¹³³ JS-700301_a-[18].

¹³⁴ JS-700301_b-[20].

¹³⁵ JS-700301_b-[21].

¹³⁶ JS-700301_b-[24].

¹³⁷ JS-700301_b-[31].

Für Wahlabende durchaus unüblich, begannen die Politiker, schon vor dem Vorliegen des endgültigen Ergebnisses über dieses zu diskutieren, allen voran der erste Nationalratspräsident Maleta. Wäre die SPÖ tatsächlich stimmenstärkste Partei, würde er seine Position verlieren. Dies sei aber Demokratie, und er würde sich „schlicht und einfach einreihen“. Über seine weitere Funktion, etwa als zweiter Nationalratspräsident, und über mögliche Koalitionen wollte er sich nicht äußern. Er gab zu, mit einem „Erfolg“ der ÖVP gerechnet zu haben, allerdings seit der Aussage der Freiheitlichen, nur eine Rechtskoalition eingehen zu wollen, nur noch mit einem „mäßigen“. Er habe vorhergesehen, dass die linken FPÖ-Wähler zur SPÖ abwandern würden. Dennoch wollte er nicht alle Ursachen für das Wahlergebnis außerhalb der Partei suchen.

„Die Ursachen sind wie immer im Leben sehr verschiedentlich. Ich glaube, in allererster Linie darf man nicht vergessen, und ich glaube, es ist heute noch nicht angesprochen worden, dass die Österreichische Volkspartei seit 25 Jahren die Mehrheit hat. Und dann entstehen gewisse Ermüdungserscheinungen, und der Mensch will etwas Neues sehen, neue Menschen und Personen.“

Demnach hielt er personelle Konsequenzen für notwendig. Man müsste sich mit „Entschiedenheit und Entschlossenheit“ daran machen, die Partei zu reformieren. Dass sich die ÖVP 1966 für eine Alleinregierung und nicht für eine große Koalition entschlossen hatte, sah Maleta jedoch nicht als Grund für das schlechte Abschneiden der ÖVP.¹³⁸

Im Burgenland hatte die SPÖ um 7% zugenommen, erstmals in der Geschichte dieses Bundeslandes hatten die Sozialisten bei Nationalratswahlen die Mehrheit errungen. Der burgenländische Landeshauptmann Kery hatte einen Sieg der SPÖ erwartet. Diesen führte er auf folgende Ursachen zurück:

„Ich würde die Reihenfolge so sagen: Erstens auf die Persönlichkeit Dr. Kreiskys, den ich persönlich für einen sehr seriösen und guten, für den besten Politiker halte, zweitens auf die gute Alternative, die die Partei erarbeitet hat und auch auf die etwas überhebliche Art der ÖVP.“

Kery meinte, es war in der Partei noch nicht über die zukünftige Regierungsform und die Art der Koalition gesprochen worden. Er sagte, es würde „eine Koalition werden“. Er persönlich würde aber, wenn er in ein Ministerium berufen würde, höflich ablehnen.¹³⁹ ÖGB-Präsident Benya erwähnte, dass die absolute Mehrheit das Wahlziel der SPÖ gewesen war. Im Falle des

¹³⁸ JS-700301_b-[34].

¹³⁹ JS-700301_b-[36].

Verfehlens selbiger, war er immer für die große und nicht für die kleine Koalition eingetreten. Benya selbst beabsichtigte nicht, Regierungsmitglied zu werden, außer die Partei würde dies entscheiden.¹⁴⁰

In weiterer Folge kamen Landeshauptmänner und Landesräte aus Kärnten, Salzburg und Niederösterreich zu Wort. Sie machten jedoch keine nennenswerten Aussagen.

In der Steiermark hatte die ÖVP im Vergleich zu den Nationalratswahlen 1966 um 7,67% der Stimmen verloren, die SPÖ gewann 10,82%. Landeshauptmann Krainer von der ÖVP erklärte sich dies damit, dass die Wechselwähler, ein Teil der KPÖ und Anhänger der Olah-Partei die SPÖ gewählt hatten. Dennoch ließe sich nicht verleugnen, dass die SPÖ einen Wahlsieg erzielt hatte. Für die Bundespolitik sprach sich Krainer für die große Koalition aus, jedoch nicht im Schema von vor 1966. Es müssten sich „die besten Geister anstrengen, um eine neue Form zu finden“, denn sonst würde die Jugend „demokratieüberdrüssig“ werden.¹⁴¹

Landeshauptmann Lechner sah das Abrutschen der ÖVP im Bundesland Salzburg nicht in der Bundespolitik begründet.

„Ich glaube, nach den Leistungen der Bundespolitik wäre dazu kein Anlass. Die Leistungen in den letzten vier Jahren lassen sich mit jeden vergleichen, im internationalen Geschehen, aber auch mit Koalitionsperioden gut vergleichen. Ich glaube vielmehr, dass hier gewisse Emotionen angeregt und erregt worden sind, die sehr maßgeblich dazu Veranlassung gewesen sind.“

Jedenfalls blieb die ÖVP in Salzburg die stärkste Partei.¹⁴²

Der Moderator Hellmuth Bock fasste einen Trend der Wahlen zusammen: Insgesamt hatte Österreich den „Extremisten“ eine klare Abfuhr erteilt. Weder Franz Olahs DFP noch die NDP von Norbert Burger noch die KPÖ konnten nennenswerte Stimmenzuwächse verzeichnen. Die österreichischen Wählerinnen und Wähler hatten sich für die beiden Großparteien entschieden. In Interviews mit niederösterreichischen und Wiener Landespolitikern kamen keine neuen Informationen zu Tage, ebenso nicht in der nächsten Hochrechnung.

In der ORF-Analyse zeigten sich folgende Wahltrends: In Regionen mit traditioneller SPÖ-Mehrheit betrugen die Gewinne nur um 3% mit Ausnahme Wiens, in den so genannten Hoffungsgebieten um 7 – 9%. Die Gewinne wurden durch die Verluste der ÖVP ausgeglichen. Eine Kandidatur der KPÖ wirkte sich negativ auf die Erfolge der SPÖ aus: Dort, wo die KPÖ stark war, stieg die Stimmenanzahl für die SPÖ um nur 1,25%. Die Protestwähler von 1966, die

¹⁴⁰ JS-700301_b-[37].

¹⁴¹ JS-700301_c-[44].

¹⁴² JS-700301_c-[45].

DFP gewählt hatten, kehrten 1970 wieder zur SPÖ zurück. Ein echter Trend zur SPÖ betrug 5%. Die Mobilität des Wählers hatte zugenommen, vier Prozent der Bevölkerung hatten sich zu Beginn des Wahlkampfes im Dezember noch nicht festgelegt. Die SPÖ konnte gerade bei den Wechselwählern besonders punkten. Der SPÖ war ein „echter Einbruch in den Mittelstand gelungen“. Das zeigte sich darin, dass die SPÖ in Wechselwählergemeinden mit hohem Pro-Kopf-Einkommen besonders dazu gewonnen hatte, weniger jedoch in Wechselwählergemeinden mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen. Interessanterweise hatte der Jungwähleranteil keine relevante Auswirkung. In der Steiermark gewann die SPÖ besonders in den kleinen Agrargemeinden.¹⁴³

In Tirol konnte die SPÖ einen Stimmenzuwachs von fast einem Drittel verzeichnen. Der SPÖ-Landesvorsitzende Salcher fasste die bisher schon mehrmals genannten Gründe folgendermaßen zusammen:

„Einmal, dass wir mit Dr. Kreisky unseren besten Mann vorgestellt haben, zum anderen, dass unsere Alternative für ein modernes Österreich einen Ausblick auf die Zukunft geboten hat, welcher die Jungwähler angesprochen hat, und drittens, dass wir im Gegensatz zur ÖVP in Tirol eine sachbezogene Wahlwerbung betrieben haben.“¹⁴⁴

Wien war das einzige Bundesland, in dem die ÖVP zwei Mandate verloren hatte. Der neue ÖVP-Landesobmann Bauer gab sich zwar zufrieden und zuversichtlich, teilte jedoch mit, dass er dafür sorgen werde, dass die Gesamtpartei Konsequenzen ziehen würde. Denn man müsste sich auf die Bedürfnisse der großen Städte, der Konsumenten und Jungwähler einstellen. Er kritisierte die Entscheidung von Verteidigungsminister Prader, nicht auf eine Bundesheerreform eingewilligt zu haben, denn dieses Thema schien bei den Jungwählern ausschlaggebend gewesen zu sein, die SPÖ zu wählen, die mit einer Reduktion der Wehrdienstzeit auf sechs Monate gelockt hatte.¹⁴⁵

Vizekanzler Withalm wollte sich nicht so konkret äußern, er hielt sich eher vage:

„Sicherlich ist eine Niederlage wie die heutige - und es ist eine Niederlage, das gebe ich ohne weiteres zu – Anlass dazu, dass man Verschiedenes überdenkt. Aber es wäre viel zu viel gesagt, wenn jetzt ich herginge und sagte, dort liegt die Ursache, da liegt die Ursache. Das wird erst zu ergründen sein, das müssen wir uns sehr, sehr

¹⁴³ JS-700301_c-[51].

¹⁴⁴ JS-700301_c-[52].

¹⁴⁵ JS-700301_c-[56].

wohl überlegen, damit wir wirklich dort hinkommen, wo wir hinkommen müssen, nämlich die Fehler richtig bloßzulegen.“

Ob er aber Reformen selbst durchführen wollte oder es in andere Hände legen würde, konnte und wollte Withalm nicht beantworten.¹⁴⁶

Um kurz vor 21 Uhr 30 verlas Innenminister Soronics das endgültige Ergebnis der Nationalratswahlen 1970. Die Mandatsverteilung hielt bei 78 Mandaten für die ÖVP, 81 für die SPÖ und 6 für die FPÖ. Man ging nicht davon aus, dass die Wahlkarten, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht ausgezählt worden waren, dabei noch zu Veränderungen führen würden.¹⁴⁷ Anschließend meldeten sich die drei Spitzenkandidaten zu Wort. Zuerst Bundeskanzler Klaus. Er gratulierte der SPÖ und wünschte alles Gute.

„Natürlich ist die Österreichische Volkspartei von dem Wahlergebnis nicht erbaut, aber als Demokraten respektieren wir es selbstverständlich. Aber aus Verantwortung für die immerhin zwei Millionen Wähler, die heute Volkspartei gewählt haben, muss ich hier erklären, dass wir auch ihre Interessen in den kommenden Jahren nach der neuen Legislaturperiode zu wahren wissen werden. Die Sozialistische Partei hat bei einem ähnlichen Mandatsstand es ausgezeichnet in vergangenen Legislaturperioden verstanden, die Interessen ihrer Wähler zu wahren. Als große Partei sind wir aber auch für das Staatsganze mitverantwortlich. Mein Dank gilt den Wählern, gilt den Mitarbeitern und den Funktionären unserer Partei. Es ist kein Grund zur Niedergeschlagenheit. Wir sind viel mehr der Meinung, wie wir es immer gehalten haben, in guten und in bösen Tagen – wir werden schon am morgigen Tag uns wieder darauf vorbereiten, das nächste Mal zu gewinnen und wir werden unsere Parteiarbeit so intensivieren, dass wir das nächste Mal wieder voran sind.“

Über seine persönliche Zukunft äußerte sich Bundeskanzler Klaus nicht. Klar war nur, dass er sich nicht an einer Koalitionsregierung beteiligen würde. Welche Form der Koalition eingegangen werden würde, darauf wollte er sich nicht festlegen. Doch seiner persönlichen Auffassung nach war eine kleine Koalition „nicht drinnen“.¹⁴⁸

Somit war der Bundeskanzlerposten für Kreisky so gut wie sicher. Auch Kreisky bedankte sich zuerst einmal bei Wählern und Parteikollegen, dann dankte er den beiden Parteiobmännern von

¹⁴⁶ JS-700301_d-[57].

¹⁴⁷ JS-700301_d-[58].

¹⁴⁸ JS-700301_d-[60].

ÖVP und FPÖ für ihre Fairness im Wahlkampf. Zur Regierungsbildung äußerte er sich nicht und schob den nächsten Zug galant dem Bundespräsidenten zu.

„Ich möchte der Entwicklung nicht vorgreifen. Jetzt geht ja mal eine Prozedur vor sich, die ich in keiner Weise stören möchte. Zuerst muss diese Regierung demissionieren und dann liegt das Gesetz des Handelns beim Herrn Bundespräsidenten, und er wird dann entscheiden, wen er rufen will.“

Auf die Frage, dass die Last, die Kreisky durch seinen Ein-Mann-Wahlkampf alleine zu tragen hatte, nun verteilt werden müsste, antwortete Kreisky:

„Ich möchte sagen, dass auch das mit dem Ein-Mann-Wahlkampf nicht stimmt. Alle meine Freunde haben in dieser Wahlbewegung sehr viel gearbeitet. Es hat sich möglicherweise die öffentliche Meinung mehr mit mir befasst, aber alle haben viel gearbeitet und daher auch einen gerechten Anteil an diesem Erfolg. Dass die Verantwortung, die mir nun zufällt, eine große ist, das weiß niemand besser als ich selber. Dabei wird mir aber zustatten kommen der Umstand, dass ich gewöhnt bin seit vielen Jahren, und das Glück gehabt habe, viel Verantwortung auch in der Vergangenheit zu tragen. Die allerdings, die mir jetzt auferlegt ist, ist eine besonders schwere und es wird mir vor allem darauf ankommen, dass in Österreich wohl erworbene Rechte in keiner Weise eingeschränkt werden dürfen, dass internationale Vereinbarungen politischer Art, wirtschaftlicher Art, finanzieller Art auf das Strikteste beachtet werden, und es wird mir darauf ankommen, dass alles geschieht, um sozial Benachteiligte (...), dass ihnen die Hilfe zuteil wird, auf die sie in einer demokratischen Gesellschaft Anspruch haben, dass ihnen diese Hilfe auch gewährt wird. Und so möchte ich noch einmal sagen: Die Wahl ist vorüber, und jetzt kommt es darauf an, dass wir neue Wege der Zusammenarbeit finden.“¹⁴⁹

FPÖ-Obmann Peter gab sich siegessicher, obwohl keine der beiden Großparteien in Richtung kleiner Koalition tendierte. Er hielt die große Koalition für sicher.

„Der freiheitliche David hat sich gegen einen zweifachen Goliath heute Abend behauptet. Er hat seine Position von 1966 nicht nur bewahrt, sondern verbessert. Die Frage einer kleinen Koalition ist uns nicht gestellt, deshalb brauchen wir sie auch nicht zu beantworten. Wir haben eben vom abtretenden Bundeskanzler gehört, dass

¹⁴⁹ Ebd.

eine neue große Koalition vor uns steht, voraussichtlich mit einem sozialistischen Bundeskanzler. Unsere Aufgabe als einzige Oppositionspartei wird es sein, diese neue große Koalitionsregierung fair, hart und sachlich zu kontrollieren.“

Dennoch sah Peter in einer großen Koalition keine sehr rosige Zukunft.¹⁵⁰

Interessanterweise zog am Wahltag und Wahlabend niemand die Möglichkeit einer Minderheitsregierung in Erwägung, weder Journalisten noch Politiker. Offiziell zumindest nicht. Fazit der Nationalratswahlen 1970: 78 – 81 – 6 für ÖVP, SPÖ und FPÖ.

2.4. Wahlergebnisse und Folgen

Die Kärntner Landtagswahlen am 23. Februar 1970, neun Tage vor den Nationalratswahlen, könnten als Vorzeichen für den Ausgang der Nationalratswahlen gewertet werden. Hier waren die SPÖ und der Landeshauptmann Hans Sima die eindeutigen Gewinner. Die SPÖ gewann zwei Mandate dazu, die ÖVP konnte ihre Mandate halten und die FPÖ verlor ein Mandat.¹⁵¹

Bei den Nationalratswahlen 1970 wurde die SPÖ erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik zur mandatsstärksten Partei und zum dritten Mal nach 1953 und 1959 zur stimmenstärksten Partei Österreichs.¹⁵² Die absolute Mehrheit verfehlte sie jedoch.

Die SPÖ bekam 48,42%, die ÖVP 44,69%, die FPÖ 5,52% und die KPÖ 0,98%. Die Wahlbeteiligung betrug lediglich 91,78%¹⁵³ (Tab. 1), was die geringste Wahlbeteiligung der zweiten Republik darstellte, im Vergleich mit 80% bei den Wahlen 1980 aber immer noch eher hoch war.¹⁵⁴ Den Einzug ins Parlament schafften nur die SPÖ, ÖVP und FPÖ, nicht aber die KPÖ, DFP (die Demokratische Fortschrittspartei von Franz Olah) und die NDP.¹⁵⁵

Tab. 1: Ergebnisse der Nationalratswahl 1970 im Vergleich mit jenen aus 1966. Alle Ergebnisse werden in Prozent (%) und Stimmenanzahl angegeben. Neben den Parteien werden auch die Wahlbeteiligung (= Wahlbet.), sowie die Anzahl der gültig abgegebenen Stimmen aufgeführt. Gewinne oder Verluste gegenüber 1966 werden nur in Prozent angegeben.

	Wahlbet.	gültig	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ	DFP	NDP
--	----------	--------	-----	-----	-----	-----	-----	-----

¹⁵⁰ Ebd.

¹⁵¹ JM-700224_b.

¹⁵² Lepuschitz. S. 89

¹⁵³ Rauchenberger, Josef (Hg.). Stichwort Demokratie. 50 Jahre Zeitgeschehen. Politisches Handbuch. Wien 1994. S. 716 f.

¹⁵⁴ Woche sländer. S. 183

¹⁵⁵ Dies. S. 182 f.

%	91,78	99,10	48,42	44,69	5,52	0,98	0,33	0,06
Stimmen	4630851	4588961	2221981	2051012	253425	44750	14925	2631
1966 %	93,50	98,92	43,56	47,00	5,77		3,21	
1966 Stimmen	4519125	4470222	1947098	2100821	258053		143340	
Differenz %	-1,72	+0,18	+4,86	-2,31	-0,25	/	-2,88	/

Die SPÖ gewann gegenüber 1966 um 4,86%, wohingegen alle anderen Parteien verloren: die ÖVP um 2,31%, die FPÖ um 0,25% und die DFP um 2,88%. Weder KPÖ noch NDP waren 1966 angetreten. Dafür traten 1966 drei Kleinparteien an, 1970 nur eine, auf die hier aber nicht eingegangen werden soll. Es muss angemerkt werden, dass die Anzahl der Wahlberechtigten von 1966 bis 1970 um 212.755 Personen gestiegen ist, dass daher, und auch aufgrund der Wahlbeteiligung, kein absoluter Vergleich der Stimmzunwächse, beziehungsweise –verluste angegeben werden können.¹⁵⁶ Rachhofer tut dies dennoch mit folgenden Zahlen: Die SPÖ gewann 300.000 absolute Stimmen, während die ÖVP 110.111 verlor. Die FPÖ konnte von der ÖVP 12.000 Stimmen abziehen, die KPÖ schrumpfte im Vergleich zu 1962 auf ein Drittel ihres Anteils.¹⁵⁷

Nachdem die SPÖ bei den Wahlen 1970 die relative Mehrheit erlangt hatte, richtete sie ein Koalitionsangebot an die ÖVP, das von dieser jedoch abgelehnt worden war. Daraufhin bildete die SPÖ eine Minderheitsregierung, die sich auf die Duldung durch die FPÖ stützen konnte.¹⁵⁸ Doch besteht die Möglichkeit, dass das Angebot der SPÖ so aussah, dass es von der ÖVP unmöglich hätte angenommen werden können, und dass die SPÖ ohnehin schon den Plan zur Bildung einer Minderheitsregierung gehegt hatte und nur nach außen hin Koalitionsbereitschaft signalisieren wollte. Hölzl weist zumindest darauf hin, dass noch in der Nacht vom 1. auf den 2. März 1970, Kreisky einen Anruf bei Peter getätigt hatte.¹⁵⁹ In den Journalen ist von solch einer Absprache nicht die Rede. Bundespräsident Jonas akzeptierte kritiklos das Scheitern der großen Koalition und die Bildung einer SP-Minderheitsregierung. Die ÖVP war der Meinung, dass ein Bundespräsident die Bildung einer Mehrheitsregierung hätte unterstützen und somit den Regierungsauftrag an die ÖVP hätte weitergeben müssen.

Der FPÖ, die zwar nur sechs Mandate erreicht hatte, kam plötzlich eine Schlüsselposition im Parlament zu. Sie wurde zu einem tonangebenden Element im Hohen Haus.¹⁶⁰ Die FPÖ versprach, die Zustimmung für das Budget 1971 zu geben und die Errichtung eines Ministeriums

¹⁵⁶ Rauchenberger. S. 714 ff.

¹⁵⁷ Rachbauer. S. 67

¹⁵⁸ Ebd.

¹⁵⁹ Hölzl, S. 161

¹⁶⁰ Woche sländer. S. 188

für Wissenschaft und Forschung zu unterstützen. Dafür bekam sie die Zusicherung einer Wahlrechtsreform, die ihr zugute kommen würde: Die Anzahl der Mandate wurde von 165 auf 183 erhöht und die Erringung der Mandate wurde für kleine Parteien erleichtert.¹⁶¹ Der große Vorteil der ÖVP, der durch das alte Wahlrecht bestand, sollte abgeschafft werden.¹⁶² Die veränderte Mandatsverteilung durch eine kleine Wahlrechtsreform (für eine große wären auch Stimmen von der ÖVP vonnöten gewesen) lässt sich gut am Beispiel der Wahlen 1970 darstellen: Nach dem neuen Wahlrecht hätte die FPÖ zehn statt sechs Mandate, die ÖVP 77 statt 79 und die SPÖ 80 statt 81.¹⁶³

Die FPÖ verblieb natürlich im Status der Opposition, dennoch wurde in den Medien oft von einer „stillen Koalition“ gesprochen. Die Regierung Kreisky I wurde am 21. April 1970 angelobt.¹⁶⁴ Zum ersten Mal in der Geschichte der Republik lag die komplette Regierungsverantwortung bei der SPÖ.¹⁶⁵

¹⁶¹ Lepuschitz. S. 91

¹⁶² Gruber. S. 76

¹⁶³ Vodopivec. S. 135

¹⁶⁴ Wocheisländer. S. 186

¹⁶⁵ Lepuschitz. S. 91

3. Die Nationalratswahlen 1971

3.1. Vorbedingungen mit veränderten Vorzeichen

Entgegen den Erwartungen der ÖVP regierte das sozialistische Minderheitskabinett doch eineinhalb Jahre lang – mit Hilfe der FPÖ, die das Budget 1971 unterstützt hatte.¹⁶⁶ Die große Oppositionspartei ÖVP hatte es abgelehnt, „musste“ es sogar ablehnen, so der ehemalige Finanzminister, ÖVP-Klubobmann Stephan Koren. Er erläuterte, was passieren würde, wenn das Budget von beiden Oppositionsparteien abgelehnt werden sollte, das heißt, auch von der FPÖ. Die Konsequenz für die Minderheitsregierung wäre dann, dass ab dem nächsten Jahr ein Budget-Provisorium in Kraft träte bis ein endgültiges Budget gefunden wäre. Die Folge könnte aber auch der Sturz der Regierung sein, was umgehend Neuwahlen bewirken würde.¹⁶⁷ Hauptkonfliktpunkt waren die Sondersteuern, deren Auslaufen die ÖVP forderte.¹⁶⁸ Das erste Budget und das erste Regierungsjahr waren mit Hilfe der FPÖ geschafft.

Ende Jänner 1971 sagte ÖGB-Präsident Benya für das Jahr 1972 eine schwierigere Budgetsituation voraus. Wenn also beide Oppositionsparteien gegen das Budget stimmten, dann würde es weitere Verhandlungen oder Neuwahlen geben (JM-710128_a).

Die ÖVP befand sich derweil in einer ihrer größten Krisen, die sich auch in Personalrochaden manifestierte. Nach dem Rücktritt von Josef Klaus wurde Hermann Withalm der neue Bundesparteiobmann, Karl Schleinzler wurde zum neuen Generalsekretär bestellt. Im Spätsommer 1970 kündigte Withalm die Zurücklegung seiner Position als Klubobmann an, die der ehemalige Finanzminister Stephan Koren übernahm. Als sich Withalm dann gänzlich aus der Politik zurückzog und auch den Posten des Bundesparteiobmannes niederlegte, übernahm Schleinzler den Parteivorsitz. Schleinzlers oberstes Ziel war die Wiedererlangung der relativen Mehrheit. Dafür öffnete er seine Partei nach rechts in Richtung FPÖ.¹⁶⁹ Durch die parteiinternen Querelen leistete die ÖVP kaum oppositionelle Arbeit,¹⁷⁰ außerdem war die ÖVP seit 25 Jahren Regierungspartei gewesen und hatte sich dabei vorwiegend auf Kritik an den drei benachbarten kommunistischen Ländern gestützt, was für eine Oppositionsrolle jedoch zu wenig war.¹⁷¹ Aufgrund dieser permanenten Führungsdiskussion litt die ÖVP unter Einbußen der Sympathiewerte. Karl Schleinzler, der dann beständiger Parteiobmann wurde, war seinem

¹⁶⁶ Lepuschitz. S. 91

¹⁶⁷ JM-700821_a.

¹⁶⁸ JA-700903_a

¹⁶⁹ WocheSländer. S. 187

¹⁷⁰ Dies. S. 190

¹⁷¹ Hölzl. S. 167

sozialistischen Gegenspieler Kreisky in sachlichen Belangen durchaus gewachsen, doch verfügte er nicht über dessen Charisma und Faszinationskraft.¹⁷² Der SPÖ-Regierung kam begünstigend noch eine internationale Hochkonjunktur zugute, wodurch es möglich wurde, populäre, doch aufwendige sozialpolitische Maßnahmen zu verwirklichen.¹⁷³

Das Schlagwort „Neuwahlen“ fiel in den ORF-Journalen mehrere Male, beginnend mit Mitte Februar 1971.¹⁷⁴ Überhaupt spielte die Möglichkeit nahender Neuwahlen in der tagesaktuellen Hörfunkberichterstattung eine große Rolle, was hier durch eine repräsentative Darstellungen der Diskussionen zu diesem Thema zwischen März und Anfang Juli 1971 veranschaulicht werden soll:

Bei der ÖVP-Klausur in Baden Mitte März 1971 kritisierte Parteiobmann Withalm, dass Bundeskanzler Kreisky wiederholt mit Neuwahlen drohte, gleichzeitig aber die ÖVP beschuldigte, nicht koalitionsfähig zu sein. Withalm ging davon aus, dass Bundeskanzler Kreisky schon in Richtung Neuwahlen zielte, sonst wären seine Worte unglaubwürdig. Die ÖVP fürchte keine Neuwahlen und wäre bereit Regierungsverantwortung zu übernehmen, so Generalsekretär Schleinzer. Dennoch liege es nicht an der ÖVP Neuwahlen herbeizuführen, da sie über keine parlamentarische Mehrheit verfügte.¹⁷⁵ Bundeskanzler Kreisky betonte Ende März 1971, dass die Regierung nichts anderes wünschte als ihr Regierungsprogramm verwirklichen zu können. Wenn die Regierung jedoch durch die ÖVP in einem solchen Maß blockiert würde, dass sich das Programm nicht verwirklichen ließe, so wäre es unumgänglich, das Volk nach seiner Meinung zu befragen. Persönlich jedoch erachtete Kreisky eine große Koalition zu diesem Zeitpunkt als unmöglich.¹⁷⁶

Bei der Klausurtagung der FPÖ in Baden am 7. Mai 1971 sollte die politische Marschroute für die Frühjahrsession des Nationalrates festgelegt werden. Es war auch geplant, Vorbereitungen für etwaige Neuwahlen zu treffen. FPÖ-Vorsitzender Peter sagte voraus, dass es, so die Herbstsession im Parlament früh beginnen würde, noch in diesem Jahr zu Neuwahlen kommen könnte. Er meinte aber, dass die ÖVP in Budget-Verhandlungen mit der SPÖ sehr nachgiebig sein würde, und dass sie es nicht auf Neuwahlen ankommen lassen würden. Weiters ließ Peter durchblicken, dass es die SPÖ etwas kosten würde, falls die FPÖ in den Budgetverhandlung eine tragende Rolle spielen sollte, sonst würde die FPÖ in Verdacht geraten, ein stiller Partner der SPÖ zu sein.¹⁷⁷

¹⁷² Hölzl. S. 175

¹⁷³ Kriechbaumer. S. 77

¹⁷⁴ JA-710210_a, JA-710217_a, JM-710227-[08], JM-710309-[05], JM-710326-[04], JA-710426-[05], JM-710507-[09], JM-710630-[06], JM-710705-[03], JM-710720-[04], JM-710722-[06], JM-710807-[08].

¹⁷⁵ JA-710311-[03].

¹⁷⁶ JM-710330-[11].

¹⁷⁷ JM-710507-[05].

Am darauf folgenden Tag fand der Landesparteitag der Kärntner SPÖ statt. Dort erklärte Bundeskanzler Kreisky, dass er die Arbeitsfähigkeit einer von der ÖVP ins Gespräch gebrachten Konzentrationsregierung stark bezweifelte. Er sah in der Konzentrationsregierung nur einen Weg der ÖVP, in die Regierung zu kommen. Er sprach sich dafür aus, dass die Wähler entscheiden müssten, ob sie das Bedürfnis nach einem Regierungswechsel hätten. Die SPÖ plante bezüglich des Budgets 1972 zuerst mit der ÖVP zu verhandeln, bei Scheitern der Verhandlungen mit der FPÖ das Gespräch aufzunehmen. Sollte dies auch zu keiner Klärung führen, so hätten die Wähler zu entscheiden.¹⁷⁸ Ende Juni äußerte sich Bundeskanzler Kreisky so konkret zum Thema Neuwahlen, wie nie zuvor. Er sagte, dass sich in den nächsten Tagen herausstellen würde, „wie der innenpolitische Gleichgewichtszustand, oder eher Ungleichgewichtszustand“, überwunden werden könnte. Im Falle von Neuwahlen müsste es dem österreichischen Volk wert sein, an einem Sonntag im Oktober dafür eine halbe Stunde zu opfern. Bisher gäbe es jedoch noch keine feste Entscheidung.

„Es hängt von verschiedenen Entwicklungen ab. (...) Wenn sich ein Zustand herausbilden sollte, bei dem man der Meinung ist, dass ein neuer Wählerauftrag erforderlich ist, da wird man nicht zögern können, einen solchen zu verlangen. Aber im Moment sind die Dinge noch im Fluss.“¹⁷⁹

Die SPÖ tendierte also zu Neuwahlen, die ÖVP wollte hingegen einen vorzeitigen Urnengang vermeiden. Am außerordentlichen Parteitag der ÖVP in Wien am 4. Juni 1971 sprach der scheidende Parteiobmann Withalm dazu sogar eine Warnung aus:

„Es wäre keineswegs richtig, ja es wäre geradezu gefährlich, aus dieser Feststellung den Schluss zu ziehen, wir müssten alles tun, um so rasch als möglich und womöglich unter allen Bedingungen wieder in die Regierung zu kommen. Es darf kein Buhlen um die Regierungsbeteiligung geben. Wir werden umso eher wieder Regierungsverantwortung tragen, je ernster wir unsere derzeitige Rolle als Oppositionspartei nehmen.“¹⁸⁰

Für den steirischen Landeshauptmann Krainer, eine sehr autoritäre Persönlichkeit in der Österreichischen Volkspartei, stellte dennoch die Konzentrationsregierung seit jeher eine reale Alternative dar.

¹⁷⁸ JA-710508-[04].

¹⁷⁹ JA-710629-[04].

¹⁸⁰ JM-710604-[03].

„Es gibt ja auch eine Reihe anderer Möglichkeiten, um aus einer Situation herauszukommen, die sozusagen Neuwahlen bedeuten. Es ist halt doch problematisch, wenn man die Demokratie derart strapaziert, dass man nach eineinviertel Jahren Minderheitsregierung nicht versucht, und der Bundespräsident sollte versuchen, zu einer Mehrheitsbildung zu kommen, auch zu einer Konzentration zu kommen, anstatt, nachdem wir im heurigen Jahr schon Bundespräsidentenwahlen gehabt haben, nun auch noch Nationalratswahlen einzuleiten oder abzuhalten.“¹⁸¹

Man sieht hier, dass schon seit dem Frühjahr 1971 sehr viel zum Thema Neuwahlen geäußert wurde. Laut Literatur spekulierte Bruno Kreisky erst seit dem Frühsommer 1971 mit Neuwahlen, in der Hoffnung, dabei die absolute Mehrheit, also „klare Verhältnisse“ zu erreichen.¹⁸² Diesmal war es nicht die ÖVP, die ihre Regierung bestätigt sehen wollte, sondern die SPÖ. Die Vorzeichen hatten sich geändert. Den Zeitpunkt für die Neuwahlen wählte Kreisky geschickt zu einer Zeit, als seine Popularität einen Höhepunkt erreicht hatte.¹⁸³ Das war vor allem deshalb wichtig, weil die Bürger über eine Vorverlegung von Wahlen üblicherweise nicht sehr erfreut waren, und der Missmut gegen die Partei gerichtet werden hätte können, die für die Neuwahlen verantwortlich war.¹⁸⁴

Allerdings brauchte die SPÖ zur Auflösung des Nationalrats wieder einmal die Hilfe der FPÖ. Diese hatte zwei Möglichkeiten: Zum einen könnte sie Neuwahlen verhindern und warten, bis die SP-Minderheitsregierung sich von selbst abgenützt hätte, um dann mit Hilfe der ÖVP und einem Misstrauensantrag die SPÖ im Parlament zu stürzen. Zum anderen könnte sie bei sofortigen Neuwahlen die durch das neue Wahlrecht verbesserten Chancen unmittelbar wahrnehmen, um ihre Sitze im Nationalrat zu vermehren. Die FPÖ entschied sich für die zweite Möglichkeit. Die Neuwahlen wurden auf den 10. Oktober 1971 festgesetzt.¹⁸⁵

Eine Premiere war die Schaffung eines Wahlgerichtes, das die „demokratische Fairness“ zu überwachen hatte. Das Wahlgericht wurde von der SPÖ und ÖVP eingerichtet und bestand aus drei Richtern im Ruhestand.¹⁸⁶

¹⁸¹ JM-710705-[04].

¹⁸² Lepuschitz. S. 91

¹⁸³ Kriechbaumer. S. 75

¹⁸⁴ Woche sländer. S. 194

¹⁸⁵ Lepuschitz. S. 91

¹⁸⁶ Hölzl. S. 171

3.2. Der Wahlkampf 1971

3.2.1. Der Wahlkampf der SPÖ

a) Klare Verhältnisse

Das Ziel der SPÖ war es, alleinige Regierungspartei zu bleiben. Dazu benötigte sie nur eine leichte „Korrektur“ nach oben, keinen Pendelschlag, keinen Erdrutschsieg, sondern einfach eineinhalb Prozent mehr. Doch der essentielle Unterschied zwischen Minderheits- und Alleinregierung mit absoluter Mehrheit durfte nicht allzu auffällig in die Öffentlichkeit getragen werden. Die tatsächlichen Dimensionen wurden verzerrt: Man sprach von „klaren Verhältnissen“ und „Verantwortung“, statt von „absoluter Mehrheit“ und „Macht“. Die SPÖ musste laute Propaganda, die auf gravierende innenpolitische Veränderungen hindeuten würde, vermeiden. „Kreisky ‚kämpfte‘ nicht mit dem Einsatz einer ganzen Persönlichkeit um die absolute Mehrheit wie 1970 Dr. Klaus, sondern bat stets höflich um ein bisschen mehr Bestätigung.“ Kreisky unterspielte die Neuwahlen als „eine halbe Stunde im Oktober, die den Österreichern die Wahl wohl wert sein werde.“¹⁸⁷

Am Tag des Beginns des Wahlkampfs, am 1. September 1971, hielt Bundeskanzler Kreisky eine Pressekonferenz ab. Er erklärte, dass er mit dem Slogan „Klare Verhältnisse“ dreierlei zum Ausdruck bringen wollte:

„Erstens einmal, dass die beiden Parteien ÖVP und FPÖ nun zu den Wählern gehen müssen und ihnen sagen müssen, was sie vor dem 1. März nicht tun wollten, dass sie unter Umständen auch bereit sind, mit der SPÖ zu regieren. Sie müssen sich also auch für diese Möglichkeit einen Wählerauftrag holen. Klare Verhältnisse bedeutet auch, dass im Parlament nicht eine Mehrheit zu einer Lizitationspolitik sich bereit findet, die das Budget hunderte Millionen kostet und schließlich auch zu einer Gefahr für die Währung werden würde. Drittens bedeuten „klare Verhältnisse“, dass die SPÖ ein so hohes Maß an Vertrauen der Österreicherinnen und Österreicher haben will, damit sie daraus den Auftrag allein zu regieren ableiten kann.“¹⁸⁸

Hatte die SPÖ 1970 noch dazu aufgerufen, für ein modernes Österreich zu stimmen, so schien die Kreisky-Regierung - das implizierten zumindest die Parolen - nach eineinhalb Jahren für Österreich schon die Modernität erreicht zu haben. Und die Bürger müssten sich nur noch entscheiden, den Weg fortzuführen, denn „Das moderne Österreich braucht die Regierung

¹⁸⁷ Ders. S. 162 f.

¹⁸⁸ JM-710901-[12].

Kreisky.¹⁸⁹ So erklärte die SPÖ auf Plakaten zwar, dass Österreich Kreisky „brauche“, dennoch wurde der Wähler nicht mit ultimativ klingenden Forderungen brüskiert, denn: „Propaganda, (...), ist nicht nur die Kunst zu reden oder wirkungsvolle Parolen abzugeben, sondern auch die Kunst, im richtigen Moment zu schweigen.“¹⁹⁰

Ihrer Freude, die stärkste Partei zu sein, gab die SPÖ mit den Worten „Jetzt sind wir Nr. 1“ Ausdruck. Blicke in die Zukunft wurden auf Plakaten wenig gewährt, man konzentrierte sich im Wahlkampf 1971 auf wenige, immer wiederkehrende, aber prägnante und raffinierte Slogans, wie „Weil wir klare Verhältnisse brauchen“ oder „Lasst Kreisky und sein Team arbeiten“.¹⁹¹ Der erstere sollte dezent, aber klar das Ziel der SPÖ zum Ausdruck bringen, der zweite sollte beim Leser ein „beifälliges Nicken“ hervorrufen.¹⁹² „Diesen leisen Stil des sozialistischen Weges zur absoluten Mehrheit mit seinem Plauderton kritisierten unabhängige Kommentatoren zwar als „idyllische Lauheit“, andere aber bescheinigten „eine propagandistische Meisterleistung fürwahr“.“¹⁹³ Am 20. Juli - der Neuwahltermin am 10. Oktober stand bereits fest - hielt Bundeskanzler Kreisky im Presseklub Concordia eine Pressekonferenz ab, auf der er erklärte, sich das Gesetz des Ombudsmannes, das große Kompetenzgesetz, die Politikerbesteuerung und ein Verfassungsgesetz der Länder für die nächste Legislaturperiode nach der Wahl aufzuheben. Das zeigte, dass Kreisky sich sicher fühlte, abermals Bundeskanzler zu werden.¹⁹⁴

b) Werbezuckerl für die Jugend

Die SPÖ versprach wenig, aber dafür konkret. Hitverdächtig war Bruno Kreisky in der „Brautvaterrolle“.¹⁹⁵ Der Propagandaschlager war „Wer heiratet, erhält 15.000 Schilling als Hochzeitsgeschenk.“ Dazu sollte die Geburten- und Kinderbeihilfe erhöht werden, weiters wurden Schülerfreifahrt und Gratisschulbücher zugesichert. Mit diesen Versprechen übertrumpfte die SPÖ die ÖVP, die „nur“ 10.000 Schilling Gründungsgeld für Jungvermählte und einen einmaligen Zuschuss von 400 Schilling für Schulbücher und Fahrtkosten pro Kind anpriesen. Mit diesen Versprechen wollte man besonders die jungen Wähler ansprechen, bei denen die Parteibindung noch nicht so stark ausgeprägt war. So richtete Kreisky „ein offenes Wort an alle jungen Menschen, die von der Zukunft viel erwarten“.¹⁹⁶

Auf den Plakaten tummelten sich freudestrahlende Menschen vor blauem Himmel, Scharen junger Leute in typischer Freizeitmode. Dabei waren sich alle einig „Wir alle wählen SPÖ. Wir

¹⁸⁹ Lepuschitz. S. 93

¹⁹⁰ Hölzl. S. 169 f.

¹⁹¹ Lepuschitz. S. 92 f.

¹⁹² Gruber. S. 80

¹⁹³ Hölzl. S. 164

¹⁹⁴ JM-710720-[03].

¹⁹⁵ Hölzl. S. 164

¹⁹⁶ Gruber. S. 77 f.

wählen bessere Chancen für uns.“ Eine Frau mit Baby am Arm wurde mit den Worten „Ich wähle SPÖ. Ich wähle Sicherheit und Fortschritt.“ versehen.¹⁹⁷ Diese freundlichen, verbindlichen Plakate hatten lediglich die Aufgabe, das Gefühl zu suggerieren, dass die SPÖ die fortschrittlichere und sympathischere Partei wäre.¹⁹⁸

In den Journalen wurden kurz vor dem Wahltermin auch konkretere Pläne der SPÖ angesprochen. Am 21. September 1971 nahm Bundeskanzler Kreisky zu aktuellen innen- und außenpolitischen Themen Stellung. Dabei ging es unter anderem um eine mögliche Lohnsteuerreform in Zusammenhang mit der ÖGB-Forderung nach Progressionsmilderung. Ob das Budget für 1972 noch vor dem Wahltag dem Parlament vorgelegt werden würde, darauf wollte sich Bundeskanzler Kreisky nicht festlegen. Auch das Thema der Nachbesetzung des ersten Nationalratspräsidenten wollte er nicht ansprechen. Der Hintergrund: Der erste Nationalratspräsident, Dipl.Ing. Waldbrunner, würde aus Altersgründen ausscheiden. Es bestand die Frage, ob der dritte Nationalratspräsident, Otto Probst, nachrücken würde. Das würde nach den Wahlen in den Parteigremien behandelt werden, so Kreisky.¹⁹⁹

Am 7. Oktober gab Bundeskanzler Kreisky seine Wahlkampfabschlusspressekonferenz. Darin kritisierte er das 107-Punkte-Programm der ÖVP (siehe Kapitel 3.2.2.). Weitere Themen auf der Diskussionsliste waren die Verstaatlichungen und die Äußerungen von Vizekanzler Häuser, der die FPÖ als gewerkschaftsfeindlich bezeichnet hatte. Wichtig war auch die Bundesheerreform. Bundeskanzler Kreisky wollte die Waffenübungen aus technischen und organisatorischen Gründen von sechzig auf dreißig Tage reduzieren. Darüber hatte er jedoch noch nicht Verteidigungsminister Lütgendorf konsultiert, der zu diesem Zeitpunkt im Ausland weilte. Kreisky sagte:

„Meine Auffassung ist die, dass dreißig Tage es wahrscheinlich sein werden, das ist meine – dafür ist der Verteidigungsminister Lütgendorf auch überhaupt nicht verantwortlich. Seine Aufgabe wird es sein zu schauen, dass es sechzig Tage sein können. Das ist klar – er wird sich sicher bemühen, die sechzig Tage zu erreichen. Ich sage nur, dass ich nicht glaube, dass es gelingen wird. Gelingt es, na schön. Ich bin der Meinung, dreißig Tage werden ausreichend sein.“

Zu einer möglichen Änderung des Wehrgesetzes sagte er:

¹⁹⁷ Lepuschitz. S. 93

¹⁹⁸ Hölzl. S. 165

¹⁹⁹ JM-710921-[03].

„Nein, da sage ich dezidiert nein, weil ich der Meinung bin, jetzt soll einmal Schluss sein mit den Dingen. Jetzt steht einmal sechzig Tage drinnen, bringen es die Militärs zusammen, ich habe meine Zweifel, dann soll es bleiben. Man soll eine Ruhe geben. So wie ich auch beim Rundfunkgesetz der Meinung bin, dass es hier keinerlei, das habe ich auch immer vertreten und auch gehalten, es soll hier keinerlei neue Unruhe geben, gewisse Einrichtungen sollen, so gut es geht, außer Streit gestellt werden. Ich meine, was das Rundfunkgesetz in seiner Substanz betrifft, also (...), was die Ratio des Rundfunkgesetzes betrifft. (...)²⁰⁰

c) Bruno, der Sonnenkönig

Kreisky gab sich würdevoll, freundlich, locker und siegessicher, nicht mehr angriffslustig, wie noch eineinhalb Jahre zuvor. Dennoch war er auf der Hut vor dem Übermut, der seinem Gegner Klaus damals so geschadet hatte. Er verbarg seine Ungeduld und sein autoritäres Auftreten und zeigte sich als sanftmütiger Werber voll Würde und Sympathie.²⁰¹ Kreisky wurde 1971 stärker in den Vordergrund gerückt als noch 1970. Grund dafür war vermutlich, dass die Rolle des Oppositionsführers nicht so ganz zu seiner langsamen und sonoren Sprechweise passte. Die Rolle des Bundeskanzlers passte ihm da schon viel besser, perfekt sogar. Sein Werbechef Brantl sagte passender Weise:

„Durch die Worte Kreiskys rinnt quasi immer die Bundeshymne.“²⁰²

Kreisky präsentierte sich als ein Mann mit bestimmten Vorhaben, die sich jedoch nur mit „klaren Verhältnissen“ verwirklichen ließen.²⁰³

Auch 1971 fehlte Kreiskys Porträt auf den Plakaten. Trotz allem war er extrem präsent, vor allem in den TV-Propagandafilmen.²⁰⁴ Die SP-Propagandachefs waren der Meinung, dass Personenplakate viel weniger bewirkten, als allgemein angenommen wurde. Dies fand sich in der Tatsache bestätigt, dass die SPÖ 1966 mit riesigen Pittermann-Porträts verloren und 1970 ohne Kreiskys Bildnis gewonnen hatte.²⁰⁵ In den Fernsehfilmen trat Kreisky sanftmütig, väterlich, besonnen, vertrauensvoll und großzügig auf. Auch in der TV-Diskussion mit dem VP-Obmann Schleiner präsentierte er sich staatsmännisch und menschlich, da ein zu großes Ungleichgewicht der Diskutanten bei den Zusehern einen Mitleidseffekt für den Unterlegenen

²⁰⁰ JA-711007-[03].

²⁰¹ Hölzl. S. 164

²⁰² Gruber. S. 79

²⁰³ Ders. S. 78

²⁰⁴ Lepuschitz. S. 92.

²⁰⁵ Hölzl. S. 165

auslösen hätte können. Kreiskys hervorragende rhetorische Performanz brachte ihm den Titel „Sonnenkönig Bruno I.“ ein.²⁰⁶

d) Testimonialwerbung

Bei den Wahlen 1971 warben Publikumsliebtinge wie Senta Berger, Dietmar Schönherr, Fritz Muliar und Ulli Fessel, aber auch der Bestsellerautor Johannes Mario Simmel, für Kreiskys „ideenreiche, brillante Persönlichkeit“.²⁰⁷

3.2.2. Der Wahlkampf der ÖVP

a) Kritik an der sozialistischen Regierung

Im August 1971 eröffnete die ÖVP ihren Wahlkampf mit inhaltlichen Attacken gegen die SPÖ. Das Motto war: „Politik muss ehrlich sein.“. Die SPÖ hätte ihre Wahlversprechen von 1970 nicht eingehalten, wettete die ÖVP. Es wären weniger Wohnungen gebaut worden als versprochen, die Preise wären gestiegen, statt gesunken, und die sechs Monate Präsenzdienst hätten sich als „Scheinlösung“ entpuppt. Die SPÖ reagierte prompt mit Gegenangriffen unter dem Titel „Ein Bumerang der ÖVP-Propaganda“. Darin wies die SPÖ darauf hin, dass unter der VP-Regierung Klaus nicht genügend Wohnungen geplant worden waren, die FPÖ und ÖVP gegen ein Preisregelungsgesetz gestimmt hätten und sich der Wehrdienst sehr wohl verkürzt hatte. Nach diesem ersten, wenig erfolgreichen Schlagabtausch, widmete sich auch die ÖVP fortan der Positivwerbung und versuchte, wie die SPÖ Wahlversprechen zu verkaufen.²⁰⁸ Die ÖVP hatte erkannt, dass sie gegen die Stimmung der Bevölkerung agierte, wenn sie „zum Kampf im alten Stil gegen ein frivoles Spiel der SPÖ mit den Menschen in diesem Land“ ansetzte. Dennoch wurden Schleinzers Reden auf den Wahlreisen immer schärfer und schärfer, das Vorhaben, positiv zu werben, trat in den Hintergrund. Doch war die Schärfe im Ton nicht selbstbewusst wie bei Klaus 1970, sondern hatte einen zaudernden Unterton.²⁰⁹

b) 107 Vorschläge für Österreich

Am 10. September 1971 kam der ÖVP-Bundesparteirat in Klosterneuburg zusammen, um das Wahlprogramm zu veröffentlichen. Das Motto war: 107 Punkte für Österreich. Hierbei kamen viele Vertreter der ÖVP zu Wort. VP-Wehrexperte Othmar Tödling kritisierte die Wehrreform der

²⁰⁶ WocheSländer. S. 195

²⁰⁷ Hölzl. S. 169

²⁰⁸ Gruber. S. 76 f.

²⁰⁹ Hölzl. S. 167

SPÖ, denn mit weniger Geld und verkürzter Wehrdienstzeit ließe sich kein besseres Bundesheer schaffen. Weiters forderte er die gesetzliche Verankerung einer Neutralitätsschutztruppe. Abgeordneter Josef Gruber warf der SPÖ-Regierung vor, ihre Versprechen in Sachen Hochschul- und Schulreform nicht gehalten zu haben. Abgeordneter Karl Wedenig forderte die verfassungsmäßige Verankerung des Umweltschutzes. Weiters wurden die Wohnungsinitiativen der ÖVP präsentiert und ein umfassendes wirtschaftspolitisches Konzept in Aussicht gestellt. Der ÖAAB-Bundesobmann Mock wollte das Bildungswesen in Richtung Europa öffnen, die Forschungsorganisation verbessern und Kunstzentren und mehr Kindergartenplätze schaffen. Weiters wollte die ÖVP die Probleme der Frau in Zukunft lösen.²¹⁰ Im Gegensatz zur SPÖ, die im Wahlkampf 1971 so wenig versprochen hatte wie noch nie, versprach die ÖVP so viel wie noch nie. Ganze 107 Vorschläge hatte die Volkspartei für die Verbesserung des Lebens in Österreich zu bieten.²¹¹ Scheinbar hatte man versucht, den Erfolg der SPÖ mit ihren 1.400 Experten zu imitieren und mit Sachlichkeit zu punkten.

„107 Vorschläge für Österreich. Hinter diesen 107 Vorschlägen steht die Erfahrung unserer Abgeordneten und Mitarbeiter, das Fachwissen unserer Experten, die Initiativen unserer Arbeitsausschüsse und das Verantwortungsbewusstsein der politischen Führung. Wir verpflichten uns, für die Verwirklichung dieser 107 Vorschläge auf allen politischen Ebenen einzutreten. ÖVP.“

Die Vorschläge teilten sich auf fünfzehn Themenkreise auf: gesünder Leben, gleiche Chancen für die Frau, Sicherheit für die Familie, glückliche Kinder, schöner wohnen, Unabhängigkeit im Ruhestand, besser wirtschaften, Vermögen für alle, gesicherte Neutralität und weltweite Partnerschaft, bilden und forschen für morgen, saubere Umwelt, schöpferisches Leben, menschliche Städte, besser leben im ländlichen Raum, Sicherheit durch Rechtsschutz.²¹² Damit schien sie alles auf einmal lösen zu wollen, „von der Steuer bis zum Spitalswesen“, ein Vorhaben, für das mehr als zwei Generationen nötig gewesen wären. Der Wähler war weniger beeindruckt als schlichtweg verwirrt.²¹³ Außerdem wirkte das Vorhaben, alles auf einmal zu erledigen, als wenig glaubhaft.²¹⁴

Drei Tage vor der Wahl kritisierte Kreisky auf seiner Wahlkampfabschlusspressekonferenz, dass die Durchführung des 107-Punkte-Programms der ÖVP 31 Milliarden Schilling pro Jahr betragen

²¹⁰ JM-710910-[03].

²¹¹ Hölzl. S. 164

²¹² Lepuschitz. S. 95

²¹³ Hölzl. S. 167

²¹⁴ Lepuschitz. S. 95

würde, plus einer einmaligen Belastung von 65 Milliarden Schilling. Diese Rechnung war für die ÖVP nicht wirklich löblich.²¹⁵

c) Verwirrung durch zu viele Personen

Das Vielerlei an Sachproblemen fand eine Fortsetzung in einem vielerlei an Personen. Während in den Wahlfilmen der SPÖ Bundeskanzler Kreisky dominierte, wechselten in jenen der ÖVP alle zwei Tage die Politiker, die auf bestimmte Themen der 107 Vorschläge eingingen. Auch auf dem VP-Personalplakat zeigten sich gleich fünf als „verlässliche Leute“ bezeichnete Politiker, nämlich Karl Schleinzner, Alois Mock, Marga Hubinek, Herbert Kohlmaier und Stephan Koren. Schleinzner in der Mitte, als „Boss mit Randfiguren, am größten abgebildet, Hubinek und Kohlmaier links und rechts schon etwas kleiner und Mock und Koren am Rande zwar, jedoch wurde Mock mit strahlend blauen Augen und Koren mit roten Lippen versehen.“²¹⁶

Eine besondere Werbeidee der ÖVP war, dass erfundene Personen stellvertretend für die Österreicher gezeigt wurden. Da gab es den Pensionisten „Franz Holzinger“, der dazuverdienen können soll, die „kleine Kati“, die einen Platz zum Spielen braucht, die „Brigitte“, die auch noch in zehn Jahren in sauberem Wasser baden können soll, den frisch verheirateten „Peter“ und schließlich „Josef Huber“, ein Opfer des Finanzministers. Diesen Phantasiefiguren standen reale Kaliber wie Johannes Mario Simmel oder Fritz Muliar gegenüber, die für die SPÖ warben.²¹⁷

Schleinzner versuchte einsam, den Wahlkampf durch schlagkräftige Parolen noch in den Griff zu bekommen, wurde jedoch weder von Fernsehwerbung, Präsentation der Sachfragen oder anderen Politpersönlichkeiten unterstützt.²¹⁸

d) Die Unabhängigen und die Schlammschlacht

Im Wahlkampf 1971 versuchte die ÖVP durch die Aufstellung von drei parteiunabhängigen Kandidaten Wählerstimmen aus dem rechten Lager zu gewinnen.²¹⁹ Für diese drei wurde auch ein eigenes Plakat herausgebracht mit dem Slogan „Zur rechten Zeit der richtige Weg“.²²⁰

Die Aufstellung dieser drei unabhängigen Kandidaten führte zu einigen Querelen zwischen den Parteien, vor allem aber zwischen der ÖVP und der SPÖ, ein Umstand, dem in den Journalen größte Aufmerksamkeit zuteil wurde. Im Rückblick schien dieser Umstand an Relevanz verloren zu haben, denn in der Literatur wird darauf nicht detailliert eingegangen.

²¹⁵ JA-711007-[03].

²¹⁶ Hölzl. S. 167 f.

²¹⁷ Ders. S. 168 f.

²¹⁸ Ders. S. 169

²¹⁹ WocheSländer. S. 190

²²⁰ Lepuschitz. S. 96

Die drei Kandidaten waren Professor Felix Ermacora, Staats- und Verwaltungsrechtler und Delegierter der UN-Menschenrechtskommission, Ernst Strachwitz, ehemaliger Chef der Jungen Front, und der ehemalige FPÖ-Bürgermeister von Gleisdorf, Rudolf Heinz Fischer. Bei einer Pressekonferenz teilte Professor Ermacora mit, dass er zwar in der ÖVP loyal mitarbeiten würde, jedoch bei Themen wie Südtirol und Ratifizierung der UNO-Konvention zur Beseitigung von Rassendiskriminierung nachdrücklich seine Ansichten durchsetzen wollte. Er rechnete es der ÖVP hoch an, dass man mitarbeiten konnte, ohne der Partei beizutreten. Bürgermeister Fischer war am 6. September aus der FPÖ ausgetreten. Er erklärte sich selbst als Gegner der großen Koalition „alten“ Stils; falls nach dem Wahltag 1971 eine große Koalition „erforderlich“ wäre, so müsste diese Zusammenarbeit auf „neue Grundlagen gestellt werden“, ohne Proporz im alten Stil und entscheidungsfreiem Raum im Parlament. Dr. Strachwitz, ÖVP-Klubmitglied nach dem Zweiten Weltkrieg, kehrte nach zwanzigjähriger politischer Abwesenheit zur ÖVP zurück, jedoch nicht als Parteimitglied. Er wollte besonders bisherigen Nicht-Wählern und Unentschlossenen eine Alternative bieten. Er wollte verhindern, „dass die pluralistische Gesellschaft durch ein sozialistisches Modell sowohl in gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Beziehung Änderungen setzt, die nicht mehr repariert werden können.“²²¹

FPÖ-Obmann Peter, gegen den der ÖVP-Streich mit den unabhängigen Kandidaten eigentlich gerichtet war, reagierte gelassen. Er befürchtete durch den Wechsel Fischers zur ÖVP keine Schwächung des freiheitlichen Stimmenpotentials. Weiters zeigte sich Peter verwundert, dass die ÖVP die unabhängigen Kandidaten dazu einsetzen wollte, um gegen den Marxismus zu kämpfen, und dennoch als Wahlziel eine große Koalition anstrebte. Umso verwunderlicher war für ihn der Gleisdorfer Bürgermeister Fischer, der jahrelang mit der FPÖ gegen die große Koalition angekämpft hatte und nun für die ÖVP die große Koalition vertrat.²²²

Noch kurz vor dem Wahltag wurde der Wahlkampf härter: Der unabhängige Kandidat der ÖVP, Rudolf Heinz Fischer, ließ die Grazer SPÖ-Zeitung „Neue Zeit“ beschlagnahmen, da ihm darin vorgeworfen wurde, mit einem Fememord in Zusammenhang zu stehen, der sich 1936 bei Radkersburg zugetragen hatte. Es wurde ein illegaler SS-Mann von anderen illegalen SS-Männern ermordet. In diesem Zusammenhang war Fischer einvernommen worden, jedoch nicht angeklagt, so die „Neue Zeit“. Der ÖVP-Landespartei sekretär Franz Hasiba bestätigte, dass sich die ÖVP an das für solche Fälle eingerichtete Wahlkampfschiedsgericht wenden würde. Es wäre aber klar, dass dies für den Ausgang der Wahl unbedeutend sein würde. Von Seiten der „Neuen Zeit“ gab man bekannt, dass das Wahlkampfschiedsgericht für nicht zuständig befunden wurde, da es sich um die Veröffentlichung einer Tageszeitung und nicht um eine Parteiaussendung

²²¹ JA-710916-[04].

²²² JM-710914-[10].

handelte. Weiters begrüßte die „Neue Zeit“ die Möglichkeit, vor Gericht den Wahrheitsbeweis anzutreten.²²³

In der Inlandspresseschau am 8. Oktober 1971 war die Rede von dem „Beginn einer Schlammschlacht“ kurz vor dem Wahltag. Die Presse fragte sich, ob die bisher „lendenlahm geführte Kampagne“ in ein „unfares Furioso“ ausarten würde. Bundeskanzler Kreisky sprach von Leuten mit krimineller Vergangenheit, ohne Namen zu nennen, und warf der ÖVP faschistische Ansätze vor. Er tut das, „wogegen sich seine Partei stets verwehrt hatte: Er verteufelt, setzt der roten Katze die braune Ratte vor die Augen.“ Die Sozialisten wollten die Diffamierung in der Endphase des Wahlkampfes, schrieb Die Presse. In der unabhängigen Kleinen Grazer Zeitung wurde das Vorgehen der Grazer Neuen Zeit als unentschuldig bewertet und wies auf den Fall Johann Öllinger hin. Öllinger war zu Beginn der Regierung Kreisky I Landwirtschaftsminister, und wurde, als seine Vergangenheit als Mitglied der SS bekannt wurde, von Kreisky gedeckt.²²⁴

In seiner Pressekonferenz am 7. Oktober sagte Bundeskanzler Kreisky, dass für die Erwägung der ÖVP als Koalitionspartner wichtig wäre, wieviel Spielraum die ÖVP „faschistoiden Ansichten“ in ihren Reihen gewährte. Gemeint war damit vor allem der unabhängige VP-Kandidat Strachwitz. Der FPÖ bescheinigte er hingegen, keine faschistoiden Elemente zu enthalten. ÖVP-Obmann Schleinzer wehrte sich mit den Worten:

„Ich bedaure, dass in dieser letzten Phase der Bundeskanzler zu solchen Methoden der Wahlkampfführung greift. Ich lehne diese Methoden ab. Er hätte Gelegenheit gehabt in der Fernsehdiskussion, die wir führten, dieses Thema, das ihn nunmehr so wichtig erscheint, anzuschneiden. Er hätte von mir dort vor aller Öffentlichkeit auch die gebührende Antwort bekommen. Ich stelle zunächst einmal ausdrücklich fest, dass der SPÖ und auch dem Herrn Bundeskanzler keine Schiedsrichterrolle in der Demokratie darüber zusteht zu beurteilen, wer die besseren Demokraten sind. Diese Methode ist unqualifizierbar, das ist auch eine Methode, wie sie von der Linken geübt wird. Diese Methode wird auch von den Kommunisten, ich sage es hier ganz deutlich, benutzt, um den politischen Gegner zu diffamieren und von den eigenen Absichten oder Schwierigkeiten abzulenken. Was Dr. Strachwitz betrifft, stelle ich fest, dass er im Jahre 1938 inhaftiert war, und dass er ein aufrechter Demokrat und Österreicher ist.“²²⁵

²²³ JA-711007-[04].

²²⁴ JM-711008-[03].

²²⁵ JM-711008-[04].

Die Uneinigkeit über Äußerungen über zwei der drei unabhängigen ÖVP-Kandidaten war nicht die einzige Beschwerde, die beim Wahlkampfschiedsgericht eingereicht wurde. Schon viel früher, nämlich am 6. September, hatten Richter einer SPÖ-Beschwerde gegen ein ÖVP-Inserat in der Tiroler Tageszeitung teilweise stattgegeben. Am 7. September waren die Richter mit einer umfangreichen Beschwerde der ÖVP beschäftigt, die fünf Detailbeschwerden enthielt. In drei Punkten wurde entschieden. Der vorsitzende Richter Dr. Sucher teilte mit:

„Erstens: Die SPÖ hat durch die in der Glosse des in Linz erscheinenden Tagblattes vom 6.9.1971 „Haltet den Dieb“ enthaltene Wendung „oder nimmt das Präsidium diesen Vorwurf weniger ernst als das Biertischgebrüll des ÖVP-Bundesparteiobmannes“ das Wahlübereinkommen bezüglich des Gebotes der Fairness verletzt. Zweitens: Die SPÖ hat durch Anbringung eines Plakatständers am Bahnhofgeländer von Lustenau, Vorarlberg, das Wahlübereinkommen in Punkt zwei, Absatz drei verletzt. Punkt Drei: Die SPÖ hat durch Anbringen eines Transparentes zwischen zwei Lichtmasten vor dem ÖBB-Bahnhof in Liesing das Wahlübereinkommen in Punkt zwei, Absatz drei verletzt.“

Laut Spruch der Wahlkampfrichter musste die SPÖ am 9. September über das Urteil im ersten Beschwerdepunkt im Linzer Tagblatt veröffentlichen. Der SPÖ-Wahlkampfmanager Brantl nannte die beiden anderen Beschwerden als reine Bagatelldfälle, um nicht von Haarspalterei zu sprechen, da es doch nicht wichtig wäre, ob ein Plakat an jener Stelle oder an einer hundert Meter entfernten Stelle stände. Der stellvertretende ÖVP-Generalsekretär Karl Pisa begrüßte die rasche Entscheidung. Die letzten beiden Beschwerden der ÖVP betrafen die Störung einer ÖVP-Veranstaltung in Kärnten durch einen SPÖ-Gemeinderat und ein Flugblatt, worin dem ehemaligen ÖVP-Minister Weiß vorgeworfen wurde, dass er in seiner Amtszeit lediglich für den ÖAAB Mitglieder geworben hätte. Gleichzeitig mit der ÖVP hatten auch die Sozialisten eine neue Beschwerde eingebracht, da eine Postwurfsendung des ÖVP-Rentner- und Pensionistenbundes an alle Haushalte das Fairnessabkommen verletzt hätte, da pro Partei nur eine bundesweite Postwurfsendung erlaubt war.²²⁶

3.2.3. Der Wahlkampf der FPÖ

²²⁶ JM-711007-[05].

Aufgrund ihres geringeren Wahlbudgets hatte die FPÖ weniger Werbeplakate zu Verfügung als die Großparteien. Grundsätzlich stützte sich die FPÖ auf die Wahlreisen ihres Spitzenkandidaten Friedrich Peter.²²⁷ Auf einem Plakat mit abgerundeten Ecken, die an einen Fernsehbildschirm erinnern sollten, präsentierte man ihn im Profil mit dem Text „Politik der Vernunft“. Auf einem weniger gelungenen Plakat gab es drei verschiedenfarbige Streifen: Bei dem roten Streifen stand „Die mag ich nicht“, beim schwarzen Streifen „Die mag ich auch nicht“ und beim blauen Streifen „Die mag ich. Die wähl' ich. FPÖ“. Auf anderen Plakaten blickte ein aufmerksames Augenpaar von einem blauen Hintergrund herab, dazu der Slogan „Augen auf. Kritisch wählen“.²²⁸

Die Informationen zu dem Wahlkampf der FPÖ bei den Nationalratswahlen 1971 war in der Literatur ziemlich mager. Auch von den Journalen ist nicht ausnehmend viel vorhanden, dennoch geben sie eine bessere Information über das Parteiprogramm als die Literatur.

Die FPÖ plante Mitte September ein Schwerpunktprogramm zu veröffentlichen. Eckpfeiler darin würden Sozial- und Wirtschaftspolitik sein, darunter fiele die Anhebung des Realeinkommens, die Erhöhung des Reallohnes in Richtung des Europalohnes.²²⁹ Pünktlich am 14. September legte die FPÖ als letzte der im Parlament vertretenen Parteien ihr Wahlprogramm vor. Es bestand aus einem Schwerpunktprogramm zu Sozial- und Wirtschaftspolitik und zwei Rahmenkonzepten, eines für Fremdenverkehr und Umweltschutz und eines für die Verwaltungsreform. Peter kritisierte, dass die SPÖ-Regierung zwar ein Sozialpaket verabschiedet hatte, jedoch kein Wirtschaftspaket. Wie auch in SPÖ und ÖVP stand die „Europareife“, das heißt die Anhebung des wirtschaftlichen und sozialen Standards auf europäisches Niveau, im Vordergrund. Peter meinte, dass nur bei einer wirtschaftlichen Europareife eine soziale Europareife möglich wäre und dass daher die Wachstumspolitik oberste Priorität hätte. Jegliche Lizitationspolitik wäre als unverantwortlich abzulehnen. Die FPÖ wollte sich auch dafür einsetzen, dass Österreich eine führende Rolle bei der Schaffung eines europäischen Volksgruppenrechtes übernehme. Peter sagte, dass seine Partei keine goldenen Berge verspreche, sondern eine einheitliche Sozial- und Wirtschaftspolitik verfolgen würde.²³⁰

Die FPÖ trat weiters auch gegen weitere Verstaatlichungen ein. Kreisky hätte in einer Diskussion zwar versichert, dass es zu keinen weiteren Verstaatlichungen kommen würde, doch Peter hielt diese Aussage für nicht aufschlussreich genug. Zur Entgegnung von Vizekanzler Häuser, der die FPÖ als gewerkschaftsfeindlich bezeichnet hatte, meinte Peter, dass dieser sich nicht nur im Ton vergriffen hatte, sondern auch eine unhaltbare Erklärung abgegeben hatte,

²²⁷ Woche sländer. S. 197

²²⁸ Lepuschitz. S. 96

²²⁹ JM-710820-[06].

²³⁰ JM-710914-[05].

denn er gehörte seit 26 Jahren dem ÖGB an.²³¹ Die Zwistigkeiten zwischen Peter und Häuser, der nicht nur Vizekanzler, sondern auch Vizepräsident des Gewerkschaftsbundes war, spielten in den Journalen eine ebenso große Rolle wie die Kritik Kreiskys an den unabhängigen Kandidaten der ÖVP. In der Literatur gehen beide Streitpunkte eher verloren.

Vizekanzler Rudolf Häuser wiederholte in einem Interview seine Aussage, dass

„die Zielsetzungen der FPÖ sich gegen die Interessen der Arbeitnehmer richten, wie das deutlich aus ihrem eigenen Programm hervorgeht“.

Die Frage, ob er einer Bundesregierung angehören wollte, der auch die FPÖ angehörte, hielt er für verfrüht. Wenn sich die Parteien auf ein Regierungsprogramm einigen könnten, das die Interessen der großen Gewerkschaftsgruppe mit verträte, dann stünde Häuser als Kandidat seiner Partei auch in einer Koalition zur Verfügung. Er hob hervor, dass es bei einer Regierungsbeteiligung der SPÖ unmöglich wäre, dass die Interessen der Arbeitnehmer nicht gewahrt würden.²³²

Am 5. Oktober hielt die FPÖ eine Pressekonferenz zu Wahlkampffragen ab. Man präsentierte ein Konzept für eine Verwaltungsreform, die eine Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Rechnungshofes vorsah. Die FPÖ sah in allen Bereichen der Verwaltung den Einsatz von Computern vor, plante die Errichtung einer Verwaltungsakademie und die Einführung eines Leistungsschemas im Besoldungsrecht des öffentlichen Dienstes. Weiters forderte die FPÖ die Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie, sowie der Kraftfahrbetriebe von Bahn und Post. Obmann Peter stellte klar, dass er keinesfalls einer kleinen Koalition als Regierungsmitglied angehören würde. Auch würde er nicht dem Nationalratspräsidium angehören, da das mit seinen Funktionen als Parteichef und Klubobmann zeitlich nicht vereinbar wäre. Weitere inhaltliche Schwerpunkte der Pressekonferenz waren wiederum der Konflikt mit Vizekanzler Häuser, sowie der Plan der SPÖ, die Dauer der Waffenübungen im Bundesheer auf dreißig Tage zu reduzieren.²³³

3.2.4. Der Wahlkampf der KPÖ

Die KPÖ kandidierte 1971 in allen neun Wahlkreisen. Aufgrund des neuen Wahlrechtes, das die

²³¹ JM-710930-[04].

²³² JM-710930-[05].

²³³ JM-711005-[08].

„Diskriminierung kleiner Parteien nicht ganz aufhebt, aber doch wesentlich gemildert hat“,

so KPÖ-Obmann Muhri, erwartete sich die KPÖ ein Grundmandat in Wien. Muhri erwartete eine Stärkung der Partei durch Jungwähler, da

„mehr als ein Jahr Regierung Kreisky manche Illusionen zerstört hat, die im März vorigen Jahres bei Wählern noch vorhanden waren.“

Die KPÖ verstand sich selbst als eine

„linke Oppositionspartei, die in grundsätzlicher Gegnerschaft sich befindet zur Politik aller im Parlament vertretener Parteien.“

Dennoch plante die KPÖ, auch positive Vorschläge zu machen und Lösungsalternativen zu entwickeln. Auch sollten alle Schritte im Interesse der arbeitenden Menschen, dem sozialen und demokratischen Fortschritt Österreichs unterstützt werden. Die KPÖ setzte sich für eine „Demokratisierung und Einschränkung des Bundesheeres ein“, obwohl in den kommunistisch regierten Staaten die Heere sogar immer stärker wurden. Denn Österreich hatte sich für die immerwährende Neutralität entschlossen.²³⁴

Am 8. Oktober gab die KPÖ ihre Abschlusspressekonferenz. Der Obmann Franz Muhri wiederholte seine Vermutung, dass die KPÖ in Wien ein Grundmandat erreichen könnte. Das Wahlprogramm der Kommunisten enthielt einen Preisstopp gegen die Teuerung, sowie die gänzliche Beseitigung der Politikerprivilegien. Er sprach sich auch gegen die Beteiligung der FPÖ an einer zukünftigen Regierung aus.

„Niemandem soll ein Vorwurf gemacht werden, dass er früher ein Mitglied der NSDAP gewesen ist. Entscheidend ist einzig und allein die heutige Haltung. Aber es ist eine Gefahr für die Demokratie, für den sozialen Fortschritt, für die immerwährende Neutralität und Unabhängigkeit, wenn eine Partei Regierungsmacht erhält, deren maßgebende Führer weder geistig noch politisch wirklich mit dem Hitlerfaschismus gebrochen haben.“

KP-Zentralsekretär Scharf erhoffte sich für seine Partei Stimmen von Wählern der SPÖ, denen die Koalitionsbestrebungen der SPÖ mit der FPÖ widerstrebten. Weiters erwartete sich die KPÖ

²³⁴ JM-710910-[05].

noch Stimmen aus dem Lager von Franz Olah's DFP, die nicht kandidierte, und von Protestwählern, die bisher ungültig oder gar nicht gewählt hatten. Die Gruppierung „Offensiv Links“, eine Abspaltung der KPÖ mit verstärkter Orientierung nach China, die in Wien kandidierte, empfand Muhri als ungefährlich.²³⁵

Die Kommunisten versuchten, sich als die einzig wahre Opposition darzustellen, fanden dafür aber nicht die richtige Argumentation, sondern verzettelten sich in einer Vielzahl von Angriffsvarianten.²³⁶ Mit „Opposition ist notwendig. Wählt Kommunisten“, „Protestieren heißt KPÖ wählen“ oder „Echte Opposition. KPÖ“ versuchte man auf die Oppositionsaufgabe der KPÖ hinzuweisen. Das Budget der KPÖ schien im Vergleich zur FPÖ groß zu sein, worauf man anhand der Anzahl verschiedener Wahlplakaten schließen könnte. Man stützte sich weniger auf programmatische Inhalte, als auf Kritik an allen drei Konkurrenzparteien. Zwar war auf den SPÖ-Plakaten auch nicht viel von ihrem Programm zu finden, doch zumindest stützten sie sich auf psychologisch durchdachte Slogans. Die KPÖ-Propaganda wirkte planlos, eine Konzentration auf wenige raffinierte Plakate wäre sinnvoller gewesen. Das Programmatischste war schon „Schach dem politischen Betrug“, „Preisstopp“, „Gegen Teuerung“, „Für Mitbestimmung“ oder „Für alle, die arbeiten“ - allesamt wenig wirksame Slogans. Die KPÖ griff alle gegnerischen Parteien an, oft auch gleichzeitig. Interessanterweise wurde von den politischen Gegnern immer zuerst die FPÖ genannt. Auf einem Plakat fand man die Parteiobmänner Kreisky, Schleizer und Peter angelnd auf einer Insel. Die Worte dazu waren: „FPÖ – ÖVP – SPÖ auf Stimmenfang. Diesmal nicht auf Wahlversprechungen hereinfallen! Wähle – kommunistisch!“. Auf einem anderen Plakat gab es ein kleines Wortspiel: „FP nicht für Freiheit. VP nicht für das Volk. SP nicht für den Sozialismus. Gegen den politischen Betrug! KPÖ.“ Durchaus originell war die Abbildung eines Weckers, dessen Zeiger auf „Liste 4“ stand. Der Text dazu war „Deine Stimme weckt sie auf“. Das Porträt des Vorsitzenden Franz Muhri wurde mit den Worten „Eine echte Entscheidung“ versehen.²³⁷ Die Präsenz der KPÖ in den Medien war minimal, so Woche sländer, da diese aufgrund gesetzlicher Regelung keinen Anspruch auf Belangsendungen hatte.²³⁸

3.2.5. Andere Parteien

Am 15. September präsentierte die kleinste wahlwerbende Gruppe, nämlich „Offensiv Links“, ihre Kandidaten für die Nationalratswahl. Offensiv Links trat nur in Wien an. Diese Gruppierung

²³⁵ JM-711008-[05].

²³⁶ Woche sländer. S. 198

²³⁷ Lepuschitz. S. 97

²³⁸ Woche sländer. S. 198

bezeichnete sich selbst als gegen Kapitalismus, Imperialismus und Militarismus gewandt. Die Kandidaten wurden mangels eines Spitzenkandidaten alphabetisch vorgestellt, außerdem wollte die Bewegung weniger personenorientiert agieren als die anderen Parteien. Als Ziel nannte der Kandidat Paul Kolm die

„Aktivierung eines möglichst großen Teils junger Menschen, wobei sich die Aktivierung nicht auf die Stimmabgabe am 10. Oktober beschränken darf.“

Das Programm von „Offensiv Links“ enthielt, wie jenes der KPÖ, die Emanzipation der Frau und den Abbau des Bundesheeres. Da „Offensiv Links“ ihre Wurzeln in der Arbeiterpartei hatte, genauso wie die KPÖ, würde es natürlich Übereinstimmungen der beiden Parteien geben.²³⁹ KP-Obmann Muhri meinte dazu, dass Offensiv Links für die Kommunistische Partei „ungefährlich“ wäre.²⁴⁰

Bei einer Pressekonferenz verglich sich die Gruppierung „Offensiv Links“ mit der kubanischen Revolution oder den chilenischen Gruppierungen um Allende oder auch mit der kommunistischen Partei Spaniens.²⁴¹ In einem anderen Beitrag wird Offensiv Links als nach China orientierte Abspaltung der KPÖ bezeichnet.²⁴²

3.2.6. Koalitionsmöglichkeiten

Die Wahlen 1971 wurden grundsätzlich in der Literatur nicht so detailliert bearbeitet wie jene von 1970. Von Debatten über „wer mit wem“, das heißt, zwischen welchen Parteien Koalitionen möglich wären, ist nicht die Rede; umso mehr, verständlicherweise, in der tagesaktuellen Berichterstattung im Hörfunk. Vor allem über die Meinung der FPÖ ist besonders viel erhalten geblieben.

Die SPÖ signalisierte mit ihrem Slogan „Klare Verhältnisse“, dass sie eine absolute Mehrheit und damit eine Alleinregierung anstrebte. Kreisky gab das auch offen zu. Dennoch verschloss sich die SPÖ nicht gegen Möglichkeiten mit anderen Parteien eine Koalition einzugehen, sollte das Wahlziel verfehlt werden.

Die SPÖ wäre für alle Richtungen offen, antwortete Kreisky im Juli 1971 auf die Frage, ob er im Falle, dass keine Regierung die absolute Mehrheit erringen würde, auch eine große Koalition

²³⁹ JA-710915-[05].

²⁴⁰ JM-711008-[05].

²⁴¹ JM-711008-[06].

²⁴² JM-710910-[05].

eingehen würde. Dennoch sagte er, er erachtete eine große Koalition für nicht aktuell und strebe es auch nicht an in einer solchen Kanzler zu werden. Er wollte aber dennoch nicht die Entwicklungen nach der Wahl vorhersagen, es wäre alles möglich, vor allem, da jetzt die Frage der VP-Parteiführung geklärt wäre. Rückblickend bezeichnete Kreisky sowohl die Zusammenarbeit mit der ÖVP als auch mit der FPÖ in der vergangenen Legislaturperiode als „nicht sehr leicht“, doch meinte er, dass sich die FPÖ durch ihre neue politische Rolle „in manchen Fragen kooperativer gezeigt hat“. Kreisky war 1966 noch ein starker Befürworter der großen Koalition, im Juli 1971 bezeichnete er hingegen „nach seiner neuesten Erkenntnis“ die Einparteienregierung mit einer Mehrheit als die beste Regierungsform, denn „da kann man die volle politische Verantwortung am leichtesten tragen, dann kann man auch unpopuläre Maßnahmen allein vertreten“. Dennoch schien er nach dem neuen Wahlrecht nicht daran zu glauben, dass eine der beiden großen Parteien die absolute Mehrheit in Parlament erringen würde.²⁴³

Auch Anfang September hatte sich die Haltung Kreiskys nicht geändert: Sollte es keine absolute Mehrheit geben, wäre die SPÖ zur Zusammenarbeit mit den anderen Parteien bereit - in welcher Form wäre jedoch zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu sagen. Die Unterstützung durch die KPÖ lehnte er jedoch immer noch ab.²⁴⁴ Kurz vor der Wahl gestand sich Kreisky dann ein, dass er, im Falle des Verfehlens der absoluten Mehrheit, seiner Partei vermutlich nicht mehr die Bildung einer Minderheitsregierung vorschlagen würde. Doch ganz festlegen wollte er sich auch da noch nicht.²⁴⁵

Die ÖVP gab sich nach außen hin als Verfechter der großen Koalition. Kreisky hatte jedoch drei Tage vor der Wahl zu einer großen Koalition gesagt: „Eine mögliche große Koalition nach den Wahlen dürfe man nicht überfordern.“ Dazu VP-Obmann Schleiner:

„Ich habe den Eindruck, dass zu dieser Wahlkampfführung und auch zu dieser Argumentation der Bundeskanzler greift, weil er offenbar in seiner Partei nicht mehr völlig Herr der Lage ist und seine Partei nicht mehr ganz in der Hand hat. Hier brechen innerhalb der SPÖ Gegensätze auf, die ihn in solche Gehässigkeiten flüchten lassen. Diese Gegensätze haben sich ja gezeigt bei der Auseinandersetzung um die Frage Gesellschaftspolitik und Verstaatlichung in Österreich. Ich bin überzeugt, dass alle Österreicher diese Methode ablehnen, vor allem, dass auch die Jugend solche Methoden nicht schätzt. Sie sind in ihrer Grundhaltung reaktionär und ein Ausdruck eines Geistes von gestern. Was nun die

²⁴³ JM-710720-[03].

²⁴⁴ JM-710901-[12].

²⁴⁵ JA-711007-[03].

Frage der Belastungsfähigkeit einer Koalition betrifft, stelle ich fest, dass diese rhetorische Frage gegenüber einer Partei gestellt wird, die mit den Namen von Figl und Raab untrennbar verbunden sind. Ich kann mir diese Argumentation überhaupt nur erklären als den Versuch, damit innerparteilich sein Konzept einer möglichen rot-blauen Koalition zu motivieren.²⁴⁶

Auf seinen unzähligen Wahlveranstaltungen hatte ÖVP-Obmann Schleinzer betont, dass die Sozialisten die Neuwahlen „vom Zaun gebrochen“ hatten und jetzt übermütig geworden wären und die absolute Mehrheit und alle Positionen des Staates in ihrer Hand vereinen wollten. Er hatte sich aber schon mehrmals für die große Koalition ausgesprochen. So auch zwei Tage vor der Wahl:

„... dass wir diese Aufgaben nicht im politischen Gegeneinander, sondern nur in einem vernünftigen und zweckmäßigen Miteinander lösen können. Ich glaube aber, meine Damen und Herren, dass eine solche Gesinnung einer modernen und zweckmäßigen und vernünftigen Zusammenarbeit nur durchzusetzen ist, wenn die Volkspartei in Österreich wiederum mandatsstärkste Partei wird.“²⁴⁷

Weiters wurden im Mittagsjournal des 8. Oktober 1971 erwähnt, dass FPÖ-Obmann Peter in Wien mit Passanten diskutierte und dabei unterstrich, dass man am Wahltag der SPÖ keinesfalls die absolute Mehrheit geben sollte.²⁴⁸ Das heißt, im Gegensatz zu 1970, als er die Alleinregierung der ÖVP noch als geringeres Übel als die große Koalition bezeichnet hatte, empfand er es 1971 offenbar umgekehrt. Unverändert bevorzugte er unauffällig aber eine kleine Koalition, wobei er sich in diesem Jahr nicht auf die ÖVP fixierte, sondern sich auch mit der SPÖ Gesprächsmöglichkeiten offen zu halten versuchte.

In Richtung FPÖ sagte der Bundeskanzler, dass hier keinerlei faschistoide Elemente zu finden wären (wie zum Beispiel in einem der unabhängigen Kandidaten der ÖVP), dass aber sowohl bei FPÖ als auch ÖVP die Schlacken der Vergangenheit wieder besonders in den Vordergrund treten würden. FPÖ-Abgeordneter Peter antwortete darauf:

„Für die Freiheitliche Partei Österreichs ist nicht entscheidend, ob sie ein Wohlverhaltenszeugnis von der einen oder anderen Partei ausgestellt erhält. Für uns ist entschieden, dass wir am kommenden Sonntag einen entsprechenden Vertrauensbeweis durch die Wählerinnen und Wähler erhalten. Zum

²⁴⁶ JM-711008-[04].

²⁴⁷ JM-711008-[06].

²⁴⁸ JM-711008-[06]

gegenständlichen Thema bin ich der Meinung, dass es in Österreich längst bewältigt ist und dass man die Siebzigerjahre nicht mehr mit den Dreißigerjahren belasten soll.“

Über die Möglichkeit einer rot-blauen Koalition äußerte sich Peter folgendermaßen

„Die Freiheitliche Partei wird nach erfolgter Wahl nach beiden Seiten offen sein. Sie steht in diesem Sinne sowohl der Volkspartei als auch der Sozialistische Partei Österreichs für Gespräche zur Verfügung. Wir bedauern nur, dass die Festlegung wohl von einer Partei erfolgt ist, nämlich von der Österreichischen Volkspartei, mit dem Ziel der Wiedererrichtung der großen Koalition mit den Sozialisten. Dennoch brechen wir Freiheitlichen die Brücken zur Volkspartei nicht ab und sind auch für sie gesprächsbereit.“

1971 war der Spielraum für Koalitionsmöglichkeiten größer, so Bundeskanzler Kreisky, denn keine Partei hatte sich derart festgelegt wie 1970.²⁴⁹

3.2.7. Resümee

Nach eineinhalb Jahren Kreisky-Regierung fürchtete sich niemand mehr vor einem roten Bundeskanzler. Die „rote Katze“ war nun endgültig dem Tode geweiht.²⁵⁰ So stützte sich im Wahlkampf 1971 nicht nur die SPÖ auf vorwiegend positive Plakate, sondern auch die ÖVP. Die „roten Wahlgespenster“ hatten ausgedient. Daher sprachen viele von einem „flauen Wahlkampf“.²⁵¹ Es war ein neues Zeitalter des Wahlkampfes angebrochen. Wahlplakate wurden sachlicher, freundlicher, unverbindlicher. Informationen wurden vor allem über das Fernsehen durch unabhängige Kommentare oder Wahlwerbungen verbreitet, die Plakate wurden zu unterstützenden Werbeträgern degradiert.²⁵² Hörfunk und Fernsehen brachten neben Nachrichten und Journalen immer mehr Sendungen, die über Politik nicht nur berichteten, sondern das Geschehen auch kommentierten.²⁵³

Der Chefredakteur der Kleinen Zeitung, Fritz Csoklich, sprach von einer treuherzigen Beschwörung der Offenheit nach allen Seiten bis zum Eindruck der Gesinnungslosigkeit. „Von

²⁴⁹ JM-711008-[04].

²⁵⁰ Hölzl. S.164

²⁵¹ Lepuschitz. S. 92 und 94

²⁵² Dies. S. 98

²⁵³ Woche sländer. S. 202

grundsätzlichen Positionen ist kaum mehr die Rede, möglichst verwaschene Allgemeinheiten herrschen vor, und es scheint so, als ob es schon fast als unfein gelten würde, eine pointierte Meinung zu äußern.“ Nach der Fernsehdiskussion wurde sowohl Kreisky als auch Schleinzler attestiert, sich wie wohlerzogene Gentlemen verhalten und sich mit Glacéhandschuhen angefasst zu haben.²⁵⁴

In der Inlandspresseschau am Tag nach der Fernsehdiskussion zwischen Bundeskanzler Kreisky und ÖVP-Obmann Schleinzler am 29. September wurde ausführlich berichtet. Die Oberösterreichischen Nachrichten schrieben vom „Duell des Lächelns“, sprachen von gleichwertigen Diskussionspartnern und erachteten weder Kreisky noch Schleinzler als Sieger. Die Salzburger Nachrichten betitelten ihren Kommentar mit „Debatte ohne Schach“ und Die Presse mit „Schleinzler: Griesgram lernt lächeln. Kreisky: Defensive mit Schweiß.“ Weiters beschrieb Die Presse die Diskussion, so wie den bisherigen Wahlkampf, als „ein wenig unterkühlt“, der Favorit hätte „ein wenig enttäuscht, der Underdog hat sich glänzend geschlagen“.²⁵⁵ FPÖ-Obmann Friedrich Peter bezeichnete das Gespräch in der Fernsehdiskussion weniger als Diskussion zweier Kanzlerkandidaten, denn als Belangsendung der SPÖ und ÖVP. Denn beide Kandidaten hätten nicht erklärt, wie der zukünftige Weg Österreichs aussehen würde, sondern sie hätten „in ihrer politischen Vergangenheit herumgekrämt“.²⁵⁶

Unabhängige Beobachter sprachen nicht mehr von Wahlfronten, sondern von einer Wahlarena. „Die ÖVP war noch nie so sozialistisch und die SPÖ noch nie so christlich-sozial wie vor diesen Wahlen“.²⁵⁷ Freda Meissner-Blau, Mitarbeiterin bei der UNESCO und spätere Klubobfrau der Grünen, brachte die Situation in den Siebzigerjahren auf den Punkt: Sie sprach von einem Verlust der Ziele und Ideen in allen Parteien, vor allem aber in den Großparteien, was sich in den Wahlplakaten widerspiegelte:

„Sie werden nichtssagend, man fürchtet sich, eine politische Aussage zu machen und zu vermitteln, wohin man eigentlich will, was der gesellschaftspolitische Auftrag ist. Die Parteien verhindern ängstlich, dass eine Geisteshaltung durchkommt, einerseits, weil sie keine mehr haben, andererseits, weil sie es sich mit niemandem verscherzen will, kann man nichts mehr sagen.“²⁵⁸

²⁵⁴ Hölzl. S. 170

²⁵⁵ JM-710930-[03].

²⁵⁶ JM-710930-[04].

²⁵⁷ Hölzl. S. 162

²⁵⁸ Lepuschitz. S. 99

In der Inlandspresseschau am Vortag der Wahl wurde in der Grazer Kleinen Zeitung über Wahlkampf und Wahlwerbung Resümee gezogen. Es war die Rede von rufmörderischen Attacken, zerfetzten Plakaten, Schmieraktionen mit SS-Runen, Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen. Besonders schlimm wäre die Unaufrichtigkeit in der Wahlwerbung der Großparteien gewesen. Bei der SPÖ wurden Bereiche wie die Auflösung des Nationalrates, der Zustand des Bundesheeres, Argumente wie „Blütezeit des Parlamentarismus“ oder „Vergrößerung des Freiheitsraumes für die Österreicher“ kritisiert. Der ÖVP wurde vorgeworfen, dass sie die Finanzierungsmöglichkeiten ihrer Wahlversprechen nicht ausreichend dokumentiert und durch die Kandidierung von drei parteineutralen Kandidaten Verwirrung gestiftet hatte.²⁵⁹ Über die Wichtigkeit der Wahlkampfwerbung lässt sich grundsätzlich aber diskutieren: Bei den Wahlen 1971 hatten sich 94% bereits vor Beginn des eigentlichen Wahlkampfes entschieden.²⁶⁰ Das wichtigste Motiv für die Wahlentscheidung für die SPÖ war, so zeigte es sich in einer Umfrage, die Persönlichkeit von Bundeskanzler Kreisky. Die Krise der ÖVP hieß damit Bruno Kreisky und nicht SPÖ.

3.3. Der Wahltag: 10. Oktober 1971

3.3.1. Technik und Struktur

Die eigentliche Wahlberichterstattung am 10. Oktober 1971 dauerte von 16 Uhr 30 bis 21 Uhr 15, das heißt „nur“ 4 Stunden und 45 Minuten. Der Aufbau war gleich wie eineinhalb Jahre zuvor: Reporter berichteten aus den drei Parteizentralen und aus den neun Bundesländern. Die Hauptwahlbehörde befand sich abermals im Innenministerium. Wieder war Professor Bruckmann für die Hochrechnungen am IBM-Computer zuständig, wieder wurde mit sechs Formeln gerechnet, und wieder gab es eine Trendanalyse vom IFES, durch die die Ergebnisse interpretiert werden sollten. Beide Berechnungen wurden im ORF-Computerzentrum durchgeführt. Neu war, dass auch in der Hauptwahlbehörde ein Computer zur Verfügung stand. So konnten die Mandatszahlen schneller berechnet werden. Natürlich durfte auch ein Journalistengespräch nicht fehlen. Weiters gab es auch wieder Musikbrücken und Nachrichtenblöcke, wobei hier beide noch erhalten sind.

²⁵⁹ JM-711009-[03].

²⁶⁰ Hölzl. S. 173

Anders als bei der Berichterstattung am Wahltag 1970 wurden 1971 etwas weniger lange Listen von Detailergebnissen, Zahlen, Wählerstimmen verlesen. Möglicherweise waren diese beim Hörer nicht so gut angekommen, und man hatte sich entschlossen, verstärkt Interviews zu bringen, die im Vergleich zu 1970 auch um einiges interessanter und aufschlussreicher waren.

3.3.2. Hochrechnungen und Stellungnahmen

Die erste Hochrechnung um 17 Uhr wurde aus 12% aller Stimmen berechnet, es gab ausgezählte Stimmen aus allen Bundesländern außer aus Wien. Vorarlberg, wo die Wahllokale schon um 14 Uhr geschlossen hatten, war schon zur Gänze ausgezählt, viele abgegebene Stimmen stammten auch aus Niederösterreich und der Steiermark. Die erste Hochrechnung zeigte, dass es der SPÖ gelungen war, knapp die absolute Mehrheit im Parlament zu erringen, falls der Trend in Wien nicht komplett von jenem der anderen acht Bundesländern abwich. Es ergab sich eine Mandatsverteilung von 93 – 95 für die SPÖ, 78 – 80 für die ÖVP und 9 – 10 für die FPÖ. Für die KPÖ ließ sich vorhersagen, dass sie das Grundmandat auch in Wien knapp verfehlen würde.²⁶¹

Der Wählertrend war demnach: 3% mehr für die SPÖ, 3% weniger für die ÖVP.²⁶²

Der ÖVP-Generalsekretär Kohlmaier war der erste, der ein Interview zum Wahlausgang gab:

„Ja, es hat natürlich keinen Sinn, das Wahlergebnis von uns aus zu beschönigen. Die Spekulation der Sozialisten, durch diese vorzeitigen Wahlen einen Erfolg noch einmal einzuheimen, bevor die Zeit der Bewährung der Regierung gekommen ist, dürfte aufgegangen sein. (...), während die Überlegung der Freiheitlichen Partei wohl ganz daneben gegangen sein dürfte. Sie ist hier den Sozialisten sehr entgegengekommen durch ihre Taktik im letzten Jahr.“

Kohlmaier unterstellte der SPÖ, dass es ihr Hintergedanke gewesen war, Neuwahlen zu veranstalten, bevor sich die Regierung beweisen musste, und bevor es der ÖVP möglich war, ihren „Konsolidierungsprozess abzuschließen“.²⁶³

Für die SPÖ meldete sich zuerst Zentralsekretär Marsch zu Wort.²⁶⁴

²⁶¹ JS-711010_a-[08].

²⁶² JS-711010_a-[09].

²⁶³ JS-711010_a-[10].

²⁶⁴ JS-711010_a-[11].

Die FPÖ hatte offenbar ihr Wahlziel erreicht, ihre Stimmen zu behalten. Neue hatte sie jedoch nicht dazu gewinnen können. Das weitere Wahlziel, sowohl die große Koalition als auch die Alleinregierung zu verhindern, hatte die FPÖ klar verfehlt. Zum Vorwurf des ÖVP-Generalsekretärs meinte Friedrich Peter:

„Na, wenn dem Herrn Kohlmaier heute nichts anderes einfällt, so ist das auf seine Einfallsllosigkeit zurückzuführen. Wir Freiheitlichen sind der Meinung, dass wir uns im Kampf der Giganten ausgezeichnet behauptet haben, und der Herr Generalsekretär Kohlmaier dürfte wissen, dass die Diffamierung der Freiheitlichen durch die Volkspartei in diesem Wahlkampf ohne Grenzen gewesen ist.“

Angst vor einem „parlamentarischen Schattendasein“ im Falle einer SPÖ-Alleinregierung - wie es die FPÖ in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung oder während der großen Koalition geführt hatte - hatte Peter nicht. Grund dafür war, dass er „Herrn Dr. Kreisky für klüger halte, als es seinerzeit der Herr Dr. Klaus gewesen ist“.²⁶⁵

Auch in Vorarlberg hatte die ÖVP 3% ihrer Stimmen eingebüßt. Landeshauptmann Kessler nannte einen Grund:

„Nach Gründen dieses Stimmenrückgangs befragt, möchte ich vor allem feststellen, dass es sicherlich ein ganz entscheidendes Manko für die Österreichische Volkspartei war, dass sich die Parteispitze, die bekanntlich am 4. Juni dieses Jahres bei einem außerordentlichen Parteitag neu gewählt wurde, sich nur sehr kurz formieren konnte. Und dass es offensichtlich in der relativ kurzen zur Verfügung stehenden Zeit nicht gelungen ist, die Profilierung der neuen Parteispitze so zu erreichen, wie sie offensichtlich notwendig gewesen wäre, um ohne Verlust abzuschneiden.“²⁶⁶

Die SPÖ hatte in Vorarlberg um über 5% mehr Stimmen erreicht als noch vor eineinhalb Jahren. Das war das beste Wahlergebnis für die SPÖ in Vorarlberg in der Ersten und Zweiten Republik. Auch die FPÖ hatte einen Stimmenverlust von 3,1% zu verzeichnen. FPÖ-Landesparteiobmann Melter sagte dazu, dass seine Partei den Wähler falsch eingeschätzt hatte. Er meinte, dass der Wähler weniger die geleistete Arbeit beurteilte als die Parteiversprechungen. Im Gegensatz zur SPÖ und ÖVP hatte die FPÖ keine Bargeldversprechen gemacht und scheinbar ließen sich Wähler doch von geschenktem Geld überzeugen. Melter weiter:

²⁶⁵ JS-711010_a-[12].

²⁶⁶ JS-711010_a-[13].

„Ein Teil der Wähler wird sich vielleicht vom liberalen Gehabe des Bundeskanzlers verlocken haben lassen. Und dagegen ist natürlich kein Kraut gewachsen.“²⁶⁷

In der Trendanalyse zeigte sich, dass die ÖVP, im Gegensatz zu 1970, in allen Gemeinden einen ähnlich hohen Stimmenrückgang zu verzeichnen hatte. Die SPÖ gewann in den so genannten SPÖ-Hochburgen nur ein halbes Prozent dazu, dort, wo sie bisher nicht so stark vertreten war, hatte sie bis zu vier Prozent dazu gewonnen.²⁶⁸

Bei der ÖVP war vor allem der stellvertretende Generalsekretär Pisa für die Wahlwerbung zuständig gewesen. Man hatte sich vor allem auf die 107 Punkte für Österreich und die fünf Spitzenkandidaten gestützt. Rückblickend betrachtete Pisa die Situation als sehr schwierig, da die SPÖ den Wahltermin vorgegeben hatte. Die ÖVP musste somit zwischen Juni und August personelle Änderungen durchführen, ein Programm erstellen und die entsprechende Wahlwerbung konzipieren. Das Konzept war, mit Sympathiewerbung zu beginnen, dann Personen und Problemlösungen vorzustellen und zum Schluss die Entscheidungsfrage aufzuzeigen. Er hielt dieses Konzept für gut, soweit innerhalb so weniger Wochen eine Wahlwerbung überhaupt möglich war.²⁶⁹

Vizekanzler Häuser, der durch seine Äußerungen über die Verstaatlichung und Vergesellschaftung der österreichischen Wirtschaft ins Kreuzfeuer der konservativen Kritik gekommen war, sah sich angesichts des Wahlergebnisses bestätigt. Der SP-Wahlstrategie Brantl beschrieb seine Wahlkampagne als Präsentation der Person Kreiskys und der guten Politik seiner Regierung in den letzten 18 Monaten, die in der Öffentlichkeit nur im richtigen Licht dargestellt werden mussten.²⁷⁰

Um 17 Uhr 50 bei einem Auszählungsgrad von zwanzig Prozent, mussten die ersten Hochrechnungsergebnisse zugunsten der ÖVP korrigiert werden. Die Mandatsverteilung sah nun folgendermaßen aus: 92 – 94 Mandate für die SPÖ, 79 – 81 Mandate für die ÖVP, 9 – 10 Mandate für die FPÖ.²⁷¹

Der steirische Landeshauptmann Krainer zeigte sich über die absolute Mehrheit der SPÖ nicht überrascht. Er meinte, die SPÖ hätte es verstanden „mit einigen Wahlversprechen oder sogar Wahlgags die Leute aufzumuntern“. Außerdem wäre der Zeitpunkt der Wahl für die ÖVP ungünstig gewesen, so Krainer. Der stellvertretende Landeshauptmann und SP-Landesobmann Sebastian stellte fest, dass die SPÖ besonders in den ländlichen Gebieten gewinnen konnte. FP-Landesobmann Götz gab sich zufrieden, dass die FPÖ ihre Stimmen mehr oder weniger

²⁶⁷ JS-711010_b-[13].

²⁶⁸ JS-711010_b-[14].

²⁶⁹ JS-711010_b-[16].

²⁷⁰ JS-711010_b-[17].

²⁷¹ JS-711010_b-[18].

halten konnte, zeigte sich jedoch nicht erfreut über die absolute Mehrheit der SPÖ. Doch meinte er, dass man ja schon am Beispiel der ÖVP-Alleinregierung gesehen hatte, wie schnell der Glanz bei alleiniger Regierungsverantwortung von einer Partei abfallen würde.²⁷²

Der Politikwissenschaftler Dr. Norbert Leser hielt die Alleinregierung für die idealste Regierungsform, gab aber zu bedenken, dass bei einer ganz knappen absoluten Mehrheit von nur 92 Mandaten viele Faktoren bedacht werden müssten. Er äußerte sich nicht als Freund der großen Koalition, erachtete sie dennoch im Vergleich zur kleinen Koalition als das geringere Übel.²⁷³

Unterrichtsminister Gratz erläuterte die Probleme für eine Alleinregierung bei einer Mandatszahl von nur 92. Da der geschäftsführende Nationalratspräsident nicht stimmberechtigt wäre, käme die SPÖ genauso wie die Opposition auf 91 Stimmen. Stimmengleichheit entspräche aber einer Ablehnung des Antrags. Gratz meinte aber, dass dieser Fall interessant wäre, um die drei vermeintlich unabhängigen Kandidaten auf ihre Neutralität zu überprüfen. Das größte Problem sah Gratz bei den Budgetverhandlungen, für die sich die SPÖ einen Partner, in dem Fall die FPÖ, suchen müsste, um eine Mehrheit zu erreichen.²⁷⁴

In der Wiener ÖVP-Zentrale wurden unabhängig vom ORF Trendberechnungen angestellt. Dort wurden schon früher die ersten Ergebnisse aus Wien mit einberechnet, was zu einem deutlich anderen Ergebnis führte, als bei den Hochrechnungen des Dr. Bruckmann. Die SPÖ würde demnach über 94 – 95 Mandate verfügen, die ÖVP über 78 – 79 und die FPÖ über 9. Das heißt, es gab nach diesen Berechnungen Verschiebungen zugunsten der SPÖ.²⁷⁵ Die Wiener Wahlergebnisse, die traditionsgemäß immer zuletzt fertig ausgezählt wurden, schienen durchaus ausschlaggebend zu sein. Besonders starke Gewinne konnten die Sozialisten vor allem in den bürgerlichen, kleinen Bezirken erzielen. Im achten Wiener Gemeindebezirk gewannen sie um rund 3% dazu, in den traditionellen, sozialistischen Hochburgen jedoch nur 1 – 1,5%.²⁷⁶

Über die Zukunft von Einzelpersonen wurde nichts Konkretes geäußert. Weder ob Unterrichtsminister Gratz zum Klubobmann berufen werden würde²⁷⁷, noch ob ÖGB-Vorsitzender Benya erster Nationalratspräsident werden würde, noch ob Vizekanzler Häuser in der Regierung verbleiben würde.²⁷⁸

²⁷² JS-711010_b-[20].

²⁷³ JS-711010_b-[21].

²⁷⁴ JS-711010_b-[22].

²⁷⁵ JS-711010_c-[26].

²⁷⁶ JS-711010_c-[29].

²⁷⁷ JS-711010_c-[22].

²⁷⁸ JS-711010_c-[30].

Die Zuwachsrate für die SPÖ war in Vorarlberg besonders hoch, nämlich 5,6%. Es gab ein West-Ost-Gefälle. In den anderen Bundesländern waren es nur rund 2%. Bei einem höheren Auszählungsgrad sank die Mandatszahl der SPÖ auf 92 – 93, stieg für die ÖVP auf 80 – 81 und für die FPÖ auf möglicherweise 11 Mandate.²⁷⁹ Diese Aussicht brachte Freude in die Freiheitliche Partei, denn so würde sie im Vergleich zu 1970, wenn man auf die neue Wahlordnung umrechnete, ein Mandat dazu gewinnen. Besonders hatte man in Ostösterreich zulegen können.²⁸⁰

SPÖ-Landesrat Vogel führte den Stimmenzuwachs im Burgenland auf die erfolgreiche Bundespolitik der Regierung Kreisky zurück, die „nicht nur für die landespolitischen Interessen mehr Verständnis als die vorherige Bundesregierung gehabt hat, sondern vor allen Dingen auch für die agrarischen Interessen sehr viel Verständnis gezeigt hat“. Im Burgenland konnten in agrarischen Gemeinden größere Stimmenzuwächse erzielt werden als in anderen Gemeinden.²⁸¹ In der schwarzen Hochburg Niederösterreich kam es zu Stimmenverlusten von 2,57% für die ÖVP. Es zeigte sich aber auch, dass die Verluste der ÖVP höher waren als die Gewinne der SPÖ. Das bedeutete, dass einige ÖVP-Wähler nicht zur Wahl gegangen waren.²⁸² Bei Interviews mit Landespolitikern aus Salzburg, Tirol, Kärnten und der Steiermark wurden keine nennenswerten Aussagen getätigt.

Die „klaren Verhältnisse“, die sich Bundeskanzler Kreisky erbeten hatte, wurden ihm nur knapp gegeben, falls es tatsächlich bei 92 Mandaten für die SPÖ bleiben würde. Der innenpolitische Journalist Feichtlbauer wies aber darauf hin, dass da Kreisky selbst Schuld daran hatte, denn ohne die Wahlrechtsreform hätte er eindeutig die absolute Mehrheit erreicht.²⁸³ Die nächste Hochrechnung brachte wieder klarere Verhältnisse, nämlich 93 – 80 – 10. Sollte die Einschätzung der Wahlkartenstimmen korrekt sein, so würde zwei Tage später, nach Auszählung der Wahlkarten, ein Mandat von der SPÖ zur FPÖ überwandern.

Um kurz vor 20 Uhr wurde das vorläufige Endergebnis für Wien bekannt gegeben: 60,4% bekam die SPÖ, das bedeutete einen Stimmenzuwachs von 2,5%. Die ÖVP erreichte 33,1% der Stimmen, was ein Minus von 2,4% bedeutete. Für die FPÖ blieben 4,2%, also ein Gewinn von 0,3%, und die KPÖ erreichte 2,1%, was ein Plus von 0,5% ausmachte.²⁸⁴ Sowohl FPÖ als auch ÖVP rechneten das Reststimmenmandat für sich aus.²⁸⁵

²⁷⁹ JS-711010_c-[31].

²⁸⁰ JS-711010_d-[35].

²⁸¹ JS-711010_d-[39].

²⁸² JS-711010_d-[40].

²⁸³ JS-711010_e-[47].

²⁸⁴ JS-711010_e-[49].

²⁸⁵ JS-711010_f-[53].

Um 20 Uhr 45 verkündete Innenminister Rösch das vorläufige Endergebnis der Nationalratswahl 1971. Die SPÖ erhielt 50,22% der Stimmen, die ÖVP 42,98%, die FPÖ 5,40%, die KPÖ 1,36% und Offensiv Links 0,04%. Die Mandatsverteilung lautete: 93 – 80 – 10 – 0 – 0. Die Wahlkarten würden in den folgenden zwei Tagen ausgezählt werden.²⁸⁶

Im Gegensatz zu den Wahlen 1970 waren die drei Spitzenkandidaten erst nach der Verkündung des Endergebnisses zu Statements bereit. Eineinhalb Jahre zuvor hatte der damalige Oppositionsführer Kreisky sich schon um 17 Uhr 45 zu Wort gemeldet, Bundeskanzler Klaus um 18 Uhr 10.

Kreisky bedankte sich bei der Unterstützung der Österreicher und Österreicherinnen. Über die Möglichkeit, dass die SPÖ nach dem Auszählen der Wahlkarten nur noch 92 Mandate haben könnte, machte sich Kreisky noch keine Sorgen. Er wollte abwarten. Auch wollte er sich noch nicht auf eine Alleinregierung festlegen, es müssten alle Möglichkeiten besprochen werden, auch mögliche Koalitionen. Auf die Frage, ob er glaubte, dass der Erfolg der SPÖ zu einer dauerhaften Machtausübung seiner Partei führen würde, oder ob der Erfolg bald verblasen würde, sagte Kreisky:

„Ich möchte einmal mit aller Deutlichkeit sagen, dass ich den Ausdruck „Macht“ im Zusammenhang mit einer demokratischen Staatsform für unangebracht halte, sondern eine Partei wird zur Verantwortung berufen, und in dieser Verantwortung ist sie an die Grenzen, die die Verfassung setzt, und unterliegt der Kontrolle des Parlaments. Es ist ein hohes Maß an Verantwortung. Und ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Arbeit, die wir nun leisten werden, diesen Erfolg nicht nur rechtfertigen wird, sondern dass das der Anfang neuer Erfolge sein wird.“²⁸⁷

Oppositionsführer Schleinzler gab zu, dass die ÖVP ihr Wahlziel verfehlt hatte. Wie die meisten seiner Parteikollegen gab er für das schlechte Abschneiden der ÖVP dem Wahltermin die Schuld:

„Es hat sich gezeigt, dass die sozialistische Rechnung aufgegangen ist. Dass die Übertumpelungswahlen sie an die absolute Mehrheit herangeführt haben, ist eine Tatsache. Ich möchte aber meinerseits die Gelegenheit auch benutzen, dass ich all jenen, die uns das Vertrauen geschenkt haben, sehr herzlich danke. Ich darf sie versichern, dass wir alle Kraft einsetzen werden, dieses Vertrauen in den nächsten Jahren zu rechtfertigen.“

²⁸⁶ JS-711010_f-[58].

²⁸⁷ JS-711010_f-[59].

Auf die Frage, ob er den Versuch der ÖVP, sich „nach rechts auszubreiten“, als eine Ursache für die Wahlniederlage sah, sagte Schleinzner:

„Ja, ich habe schon seinerzeit gesagt, dass das kein Rechtsruck, sondern ein Zusammenrücken war. Diese Auffassung vertrete ich auch heute. Heute die Motive im Einzelnen zu analysieren, ist sicherlich verfrüht. Wir werden uns natürlich damit sehr eingehend auseinandersetzen, aber es scheint mir sicherlich eine Rolle gespielt zu haben der Umstand, dass diese Regierung verhältnismäßig kurz im Amte gewesen ist, daher noch keinem größeren Abnützungsprozess unterlag und dass die Wahl des Termins für die vorzeitigen Nationalratswahlen auf diesen Umstand Rücksicht nahm, einschließlich der Hochkonjunktur steht für mich außer Zweifel.“

Über Veränderungen in der Parteispitze und in Landesgremien wollte er nicht spekulieren. Schleinzner schloss nicht aus, dass das Wahlergebnis Folgen haben würde, aber:

„Diese Konsequenzen werden nicht heißen Resignation, sondern doppelte Anstrengungen. Und sie werden nicht lauten Zwietracht, sondern noch stärkere Einigkeit. Davon werden wir uns leiten lassen.“²⁸⁸

FPÖ-Obmann Peter sprach abermals vom „Kampf der Giganten“, gegen die sich die FPÖ erfolgreich behauptet hätte. Nach einem Dank an seine Wähler widmete er sich der Poesie und der Schuldzuweisung an die ÖVP:

„Die freiheitlichen Dämme haben gehalten, geborsten sind die Dämme der Österreichischen Volkspartei. Wir haben das unsere dazu beigetragen, die absolute Mehrheit der Sozialisten zu verhindern. Das Ziel wurde nicht erreicht, weil die ÖVP ihre Aufgabe nicht erreicht hat.“

Weiters wies er auf die Errungenschaften und Leistungen der FPÖ hin und auf ihre wichtige Rolle im Parlament.

„Und die Wähler aller drei Parteien, und damit die Gesamtwählerschaft Österreichs, verlangt neuerlich eine Konfrontation im Nationalrat. Und dieser Entscheidung gehen wir nicht aus dem Weg. Wir werden mit zehn Mandaten oder mit elf Mandaten im kommenden Parlament eine mindestens so initiative Rolle übernehmen, als in der

²⁸⁸ JS-711010_f,g-[60].

*abgelaufenen Gesetzgebungsperiode. Und wenn es notwendig ist, nehmen wir halt die Österreichische Volkspartei in den Schlepptau, wie es schon des öfteren der Fall war.*²⁸⁹

Es folgte die Siegesfeier der SPÖ auf dem Rathausplatz.

3.4. Wahlergebnisse und Folgen

„Die Kugel rollte am 10. Oktober tatsächlich auf „Rouge“ und blieb dort für die Siebzigerjahre liegen.²⁹⁰ Kreisky bekam fast genau das dazu, was er sich gewünscht hatte, nämlich „ein bisschen mehr Bestätigung“.

„No, eineinhalb Prozent werden wir doch noch dazubekommen können!“²⁹¹

Tatsächlich bekam er, nach der Auszählung der Wahlkarten, insgesamt 1,6% dazu, hatte somit 50,04% der Stimmen und 93 Mandate. Die ÖVP erhielt mit 43,11% 80 Mandate. Die FPÖ profitierte wie erwartet vom neuen Wahlrecht: Obwohl ihr Stimmenanteil um knapp ein Zehntel Prozentpunkte auf 5,45% gesunken war, erhielt sie um vier Mandate mehr als 1970, nämlich zehn Mandate. Die Kommunisten hatten zwar zugelegt, 1,3% waren jedoch immer noch zu wenig, um in den Nationalrat einzuziehen.²⁹²

Tab. 2: Ergebnisse der Nationalratswahl 1971 im Vergleich mit jenen aus 1970. Alle Ergebnisse werden in Prozent (%) und Stimmenanzahl angegeben. Neben den Parteien (OL = Offensiv Links) werden auch die Wahlbeteiligung (= Wahlbet.), sowie die Anzahl der gültig abgegebenen Stimmen aufgeführt. Gewinne oder Verluste gegenüber 1970 werden nur in Prozent angegeben.

	Wahlbet.	gültig	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPO	OL
%	92,61	98,90	50,04	43,11	5,45	1,36	0,04
Stimmen	4.607.616	4.556.990	2.280.168	1.964.713	248.473	61.762	1.874
1970 %	91,78	99,10	48,42	44,69	5,52	0,98	/
1970 Stimmen	4.630.851	4.588.961	2.221.981	2.051.012	253.425	44.750	/
Differenz %	+0,83	-0,2	+1,62	-1,58	-0,07	+0,38	/

²⁸⁹ JS-711010_g-[61].

²⁹⁰ Kriechbaumer. S. 75

²⁹¹ Hölzl. S. 171

²⁹² Lepuschitz. S. 98

Die Wahlbeteiligung lag 1971 mit über 92% ein wenig höher als 1970, die Zahl der ungültigen Stimmen stieg hingegen marginal an (um 0,2%). Die ÖVP verlor fast genauso viel (-1,58) wie die SPÖ gewonnen hatte (+1,62). Die Gruppierung Offensiv Links, die nur in Wien angetreten war, erreichte lediglich 0,04% der Stimmen.²⁹³ (Tab. 2). Die Differenz zwischen den Stimmen wurde hier nicht errechnet, da durch veränderte Zahl der Stimmberechtigten, Wahlbeteiligung und gültigen Stimmen so kein absoluter Wert errechnet werden könnte.

²⁹³ Rauchenberger. S. 716 ff.

4. Literatur

Faulhaber, Theodor. Eine Dokumentation des SPÖ-Wahlkampfes 1969/70. In: Conturen. Bilanz einer Ära. vip Nr. 8 A / Winter 1982 / 83. Wien.

Gruber, Wolfgang. Die Nationalratswahlkämpfe der SPÖ von 1970 – 1990. Ein Beispiel für die Übernahme ökonomischer Werbemethoden in die politische Werbung. Wien 1994.

Hözl, Norbert. Propagandaschlachten. Die österreichischen Wahlkämpfe 1945 bis 1971. Wien 1974.

Kriechbaumer, Robert. Österreichisches Jahrbuch für Politik. Sonderband 1. Österreichs Innenpolitik 1970 – 1975. Wien 1981.

Lepuschitz, Dinah. Die Nationalratswahlen der Zweiten Republik im Spiegel der Plakate. Wien 1996.

Prochart, Helmut. Personalisierung und Kandidatenzentrierung in österreichischen Wahlkämpfen. Eine inhaltsanalytische Untersuchung der Wahlberichterstattung aus vier Jahrzehnten. Wien 1996.

Rachbauer, Thomas. Das Wahlkampfmanagement der SPÖ bei Nationalratswahlen von 1970 bis 2002. Hall in Tirol 2003.

Rauchenberger, Josef (Hg.). Stichwort Demokratie. 50 Jahre Zeitgeschehen. Politisches Handbuch. Wien 1994.

Vodopivec, Alexander. Der verspielte Ballhausplatz. Vom schwarzen zum roten Österreich. Wien 1970.

Wochesländer, Jutta. Die Rolle der Medien bei den Nationalratswahlen der Zweiten Republik. Ein historischer Längsschnitt vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels. Wien 2002.